

62 149 / 1 .

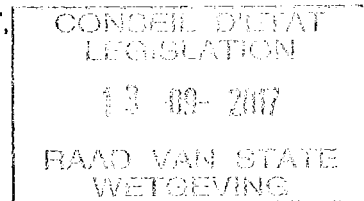
REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:



Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

AS

DEKRETVORENTWURF ÜBER DIE FAMILIENLEISTUNGEN

INHALTSANGABE

Vorliegender Dekretentwurf reformiert die Familienleistungen, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen der sechsten Staatsreform zuständig geworden ist, und schafft dazu eine neue und einheitliche Rechtsgrundlage.



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Bemerkungen zum Gutachten der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.....	9
Bemerkungen zum Gutachten des Rates für Familienleistungen.....	9
Bemerkungen zum Gutachten des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens	11
Kommentar zu den Artikeln	12
Vorentwurf	31

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Im Rahmen der sechsten Staatsreform wurde der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Zuständigkeit für die Familienleistungen übertragen.

Die Familienleistungen bestehen aus dem Kindergeld einerseits und der Geburts- und der Adoptionsprämie andererseits. Bei dem Kindergeld handelt es sich um regelmäßige Zahlungen. Die Prämien sind einmalige Zahlungen. Diese Leistungen dienen dazu, allen Kindern Entwicklungs- und Entfaltungschancen zu bieten, einen teilweisen Ausgleich der erhöhten Kosten des Haushalts aufgrund der Unterhaltskosten von einem oder mehreren Kindern zu bieten und die Kinderarmut zu bekämpfen.

Vorliegender Dekretentwurf schafft dazu eine neue und einheitliche Rechtsgrundlage der Familienleistungen.

Das Recht des Kindes

Diese neue Grundlage beendet das heutige System, in dem ein Berechtigter das Recht für ein Kind eröffnete. Das Kindergeld wird das Recht eines jeden Kindes.

Der Wohnsitz des Kindes wird der Ausgangspunkt für das Recht: Jedes Kind, das seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat, eröffnet das Recht auf das Kindergeld.

Es wird ein einheitliches System für alle Kinder geschaffen, unabhängig der Arbeitssituation der Eltern. Das System des garantierten Kindergeldes, das heute besteht, um für die Kinder ein Recht zu eröffnen, die nicht aufgrund der Arbeitssituation ihrer Eltern Anrecht haben, ist deshalb nicht mehr notwendig und wird aufgehoben.

Der vorliegende Dekretentwurf regelt die Anrechte auf Familienleistungen unter Vorbehalt der Anwendung des europäischen Rechtes und internationaler Abkommen und Protokolle.

Das Recht auf Kindergeld

Das Recht auf Kindergeld ist bis zum Alter von 18 Jahren bedingungslos, um dazu beizutragen, dass alle Kinder Entwicklungs- und Entfaltungschancen haben, und um eine Unterstützung bei den Erziehungskosten zu leisten. Die Familienleistungen werden nicht für andere Zuständigkeitsbereiche instrumentalisiert. Deshalb sind zum Beispiel weder das Einhalten der Schulpflicht, noch das Einkommen des Kindes in diesem Zeitraum Bedingung zum Erhalt des Kindergeldes.

Das Recht auf das Basiskindergeld für Kinder mit Beeinträchtigung ist weiterhin bis zum Erreichen des Alters von 21 Jahren bedingungslos, wenn die Auswirkungen der Beeinträchtigung zu einem Zeitpunkt begonnen haben, an dem das Kind kindergeldberechtigt war, da in Anwendung des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung die Leistungen für erwachsene Personen mit einer Beeinträchtigung erst ab einem Mindestalter von 21 Jahren gewährt werden.

Nach dem Erreichen des Alters von 18 bzw. 21 Jahren werden erwachsene Kinder bis zum Alter von 25 Jahren unter gewissen Bedingungen weiterhin finanziell unterstützt. Dazu muss das Kind die Ausbildungsbedingungen erfüllen. Daneben bestehen auch Bedingungen bezüglich der Erwerbstätigkeit des Kindes.

Auch nach dem Ende der Ausbildung sollen die Kinder in dieser Übergangsphase ihres Lebens eine Zeit lang unterstützt werden. Diese Verlängerung des Anrechtes entspricht ungefähr den momentan bestehenden Regeln, die Anrecht während der Berufseingliederungszeit mit eventueller Verlängerung geben. Die vorgesehene Verlängerung des Anrechtes beträgt 12 Monate. Sie ver-

weist nicht mehr auf die föderale Gesetzgebung im Bereich Arbeitslosigkeit. Dieser Verweis hatte das heutige Anrecht immer komplexer werden lassen. Auch während der Verlängerung des Anrechtes bestehen Bedingungen bezüglich der Erwerbstätigkeit des Kindes. Das Kindergeld ist kein Instrument der Beschäftigungspolitik. Deshalb ist für das Recht als Schulabgänger keine Einschreibung als Arbeitssuchender notwendig.

Das Kindergeld setzt sich zusammen aus dem Basiskindergeld und den Zuschlägen. Ein Recht auf einen Zuschlag kann nur bestehen, wenn gleichzeitig ein Recht auf das Basiskindergeld besteht.

Das Basiskindergeld

Da das Kindergeld ein Recht des Kindes wird, erhält jedes Kind denselben Basisbetrag, unabhängig davon, ob es sich um das erste, zweite oder dritte Kind in der Familie handelt. Die vorherigen Alterszuschläge werden in den Basisbetrag miteingerechnet, um von Beginn an eine ausgewogene Unterstützung jedes Kindes zu ermöglichen.

Der Jahreszuschlag

Zum Schuljahresbeginn entstehen für die Familien besondere Kosten. Als Unterstützung bei diesen Kosten erhält jedes Kind einen Jahreszuschlag.

Der Zuschlag für kinderreiche Familien

Bei kinderreichen Familien fallen zusätzliche Kosten an, zum Beispiel im Bereich des Wohnungsbedarfes oder der Mobilität. Darüber hinaus ist erwiesen, dass für Familien mit drei oder mehr Kindern ein erhöhtes Armutsrisiko besteht, im Vergleich zu Familien mit einem oder zwei Kindern. Aus diesen Gründen wird ein Zuschlag für das dritte und jedes folgende Kind eingeführt.

Der Sozialzuschlag

 Nicht alle Familien haben dieselben finanziellen Möglichkeiten. Für Familien mit niedrigerem Einkommen ist es schwieriger, die Kosten des Kindes zu tragen. Es ist deshalb schwieriger, dem Kind die gleichen Entfaltungs- und Entwicklungschancen wie anderen Kindern zu bieten. Das Kindergeld ist ein Recht des Kindes, doch das Kind wählt nicht, in welcher Familie es aufwächst. Deshalb werden Kinder, die in Familien mit niedrigerem Einkommen leben, besonders unterstützt. Dadurch wird auch die Kinderarmut bekämpft.

Die aktuell bestehende Regelung, dass nur Arbeitslose, Rentner, Invalide, Langzeitkranke oder Alleinerziehende einen Sozialzuschlag erhalten können, wird aufgehoben. Auch geringverdienende Arbeitnehmer oder Selbstständige sollen zukünftig Zugang zum Sozialzuschlag erhalten.

Aus diesem Grund wird für die Kinder, die Recht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung haben, ein Sozialzuschlag gezahlt. Recht auf die erhöhte Beteiligung haben alle Mitglieder des Haushaltes, in dem ein Begünstigter der erhöhten Beteiligung lebt.

Der Sozialzuschlag wird im Gegensatz zur heutigen Situation unabhängig vom Rang des Kindes gewährt. Durch den einheitlichen Zuschlag erfolgt eine verstärkte Unterstützung der kinderreichen Familien, die Recht auf den Sozialzuschlag haben.

Der Zuschlag bei Beeinträchtigung

Der Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung ist eine Beihilfe aufgrund des höheren Pflegebedarfs der Kinder, der damit verbundenen erhöhten Kosten und der zusätzlichen Anstrengungen, die die Eltern leisten.

Der Waisenzuschlag

Im heutigen System erhalten Halbwaisen einen Zuschlag, wenn der überlebende Elternteil alleine mit seinem Kind oder seinen Kindern lebt, unabhängig vom Haushaltseinkommen. Im Zuge der Reform der Familienleistungen stellt sich allerdings die Frage, ob es gerechtfertigt ist, dass Halbwaisen und Kinder von Alleinerziehenden unterschiedlich behandelt werden. Der überlebende Elternteil von Halbwaisen hat im Gegensatz zu Alleinerziehenden keine Möglichkeit Unterhaltszahlungen zu erhalten, kann aber möglicherweise eine Hinterbliebenenrente erhalten. Da die Hinterbliebenenrente des überlebenden Elternteils und die Unterhaltszahlungen für das Kind an den Alleinerziehenden genau wie andere Einkommen für das Berechnen des Haushaltseinkommens zum Erhalt der erhöhten Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung, d.h. für den neuen Sozialzuschlag berücksichtigt werden, was für die bisherigen Sozialzuschläge nicht der Fall war, können die Situationen eines überlebenden Elternteils von Halbwaisen, eines Alleinerziehenden und auch eines Zweielternhaushaltes den gleichen Regeln unterliegen. Unter dieser Voraussetzung ist ein Zuschlag für Halbwaisen nicht gerechtfertigt.

Die Situation der Vollwaisen ist jedoch nicht mit Eineltern- oder Zweielternhaushalten zu vergleichen. Sie können ausschließlich im Rentensystem der Beamten Recht auf eine Hinterbliebenenrente eröffnen. Im System der Selbstständigen und der Lohnempfänger ist dies nur für den Ehepartner möglich. Für die Vollwaisen wird das heutige erhöhte Waisenkindergeld durch das Basiskindergeld und einen Waisenzuschlag ersetzt. Dieser soll den Verlust des Einkommens oder der Einkommensfähigkeit durch den Tod der Eltern teilweise kompensieren.

Der Empfänger

Der Empfänger des Kindergeldes soll die Person sein, die das Kind tatsächlich erzieht. Es wird davon ausgegangen, dass dies die Person ist, die denselben Wohnsitz wie das Kind hat.

Die Geburts- und Adoptionsprämien

Nach der Geburt oder der Adoption eines Kindes entstehen einmalige Kosten. Deshalb werden die Familien durch die Geburts- bzw. Adoptionsprämien unterstützt. Die Prämie wird einheitlich sein, d.h. nicht mehr abhängig vom Rang des Kindes.



Entwicklung der Leistungen

Die Leistungen werden automatisch angepasst werden. Es wird sichergestellt, dass die Höhe der Leistungen nicht abnehmen kann.

Für ausführliche Erklärungen wird auf den Kommentar zu Art. 36 verwiesen.

Verfahren

Der Dekretentwurf sieht gewisse Vorgaben für das Verfahren zum Erhalt der Leistungen und zur Rückforderung von zu Unrecht gezahlten Leistungen vor. Ziel der Verfahrensregeln ist, verschiedene Rechte des Bürgers zu definieren und zu schützen.

Für Ausführung der in vorliegendem Dekretentwurf beschriebenen Aufgaben, benötigt die Regierung verschiedene Informationen über die betroffenen Bürger. Diese trägt sie auf eigene Initiative zusammen. Soweit möglich, greift sie um eine effektive und gründliche Begutachtung des Rechtes auf die Familienleistungen zu gewährleisten auf elektronische Daten zurück, die sie von den authentischen Quellen erhält. Dadurch wird die administrative Last für den Bürger bestmöglich verringert. Bei dem Zurückgreifen auf diese elektronische Daten befolgt die Regierung strikt die Bestimmungen des Datenschutzes. Sie achtet darauf, ausschließlich die notwendigen Daten zu erfassen.

Kontrolle

Neben der Bearbeitung der Anträge und der Gewährleistung der Zahlungen ist es auch Aufgabe der Regierung, die Anwendung der Gesetzgebung über die Familienleistungen zu überprüfen. Ziel

ist sowohl die Prävention als auch das Feststellen von Verstößen. Um dies zu gewährleisten, bestellt die Regierung Inspektoren. Darüber hinaus werden Strafen für Verstöße gegen die Bestimmungen, die die Familienleistungen betreffen, vorgesehen.

Der Rat für Familienleistungen

Um die Zivilgesellschaft aktiv in die Gestaltung der Familienleistungen einzubeziehen, wird ein Rat für Familienleistungen geschaffen. Dieser soll den Autoren von Dekreten und Erlassen im Bereich der Familienleistungen beratend zur Seite stehen.

Zuständigkeit des Familiengerichts

Da das Familiengericht bereits heute zuständig ist, um familiäre Streitfälle zu beurteilen, wird dieses Gericht künftig zuständig für alle Fragen in Bezug auf Familienleistungen. Für ausführliche Erklärungen wird auf den Kommentar zu den Art. 92 bis 95 verwiesen.

Bestimmungen betreffend die Jugendhilfe

Bei Unterbringung des Kindes in einer Einrichtung im Rahmen der Jugendhilfe wird bisher ein Drittel des Kindergeldes an den vorherigen Kindergeldempfänger oder auf ein Sperrkonto des Kindes gezahlt. Der Jugendrichter oder die Behörde, die die Unterbringung beschlossen hat, entscheiden wer das Drittel erhält.

Wird das Geld auf ein Sperrkonto für das Kind gezahlt, kann das Kind mit 18 Jahren über dieses Geld verfügen. Dies ermöglicht dem Kind bessere Chancen beim Einstieg in das erwachsene Leben. Das eine Drittel kann an die leiblichen Eltern gezahlt werden, wenn sie trotz der Unterbringung weiterhin Kosten aufgrund des Kindes tragen, beispielsweise wenn es sie regelmäßig besucht und sie ein Kinderzimmer vorsehen.

Bei Unterbringung des Kindes im Bereich der Jugendhilfe in einer Pflegefamilie gibt es nicht die Möglichkeit ein Drittel auf ein Konto für das Kind zu zahlen. Dieser Unterschied ist nicht gerechtfertigt. So beginnen Pflegekinder mit 18 Jahren ihr erwachsenes Leben möglicherweise ohne finanzielle Mittel. Sie sind auf die eventuelle Unterstützung der Pflegeeltern angewiesen.



Deshalb wird für alle im Bereich der Jugendhilfe untergebrachten Kinder eine finanzielle Unterstützung eingeführt, in Einrichtungen und in Pflegefamilien. Dies ist eine Gleichstellung des Pflegekindes im Vergleich zu Kindern, die in einer Einrichtung untergebracht sind. Diese Unterstützung ist allerdings kein Kindergeld, sondern eine Unterstützung im Rahmen der Jugendhilfe. Das Dekret vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen wird entsprechend abgeändert.

Leibliche Eltern von Kindern, die in einer Pflegefamilie untergebracht sind, erhalten bisher eine monatliche Pauschale. Diese soll dazu dienen sie finanziell darin zu unterstützen, den Kontakt mit ihren Kindern aufrecht zu erhalten. Diese Pauschale erfüllt allerdings nicht immer ihren Zweck. Sie sorgt nicht unbedingt dafür, dass die Eltern Kontakt zu ihren Kindern aufrecht erhalten. Sie wird deshalb aufgehoben. Allerdings wird im Bereich der Jugendhilfe die Möglichkeit gegeben, leibliche Eltern von untergebrachten Kindern bei Bedarf individuell finanziell zu unterstützen, um den Kontakt mit ihren Kinder aufrecht zu erhalten. Auch diese Unterstützung ist kein Kindergeld und wird deshalb im Dekret vom 19. Mai 2008 vorgesehen.

Der Übergang

Das neue Kindergeldsystem sieht verschiedene Veränderungen für die Familien vor. Gewisse Familien würden dadurch am Tag der Einführung des neuen Systems weniger Kindergeld erhalten. Dies wären vor allem die Familien mit älteren Kinder. Um dies zu verhindern, wird eine Übergangsregelung vorgesehen. Diese Übergangsregelung hält pro Empfänger den Betrag fest, den er vor der Einführung des neuen Systems erhielt. Da das System des Zuschlages bei Beeinträchtigung unverändert bleibt, ist dieser Zuschlag nicht Teil des festgehaltenen Betrages. Wenn einer Familie, die

weiterhin den festgehaltenen Betrag erhält, ein Zuschlag bei Beeinträchtigung zugesprochen wird oder die Höhe dieses Zuschlages sich aufgrund einer neuen Untersuchung ändert, führt dies nicht zum Wechsel zum neuen Betrag.

Der festgehaltene Betrag wird nicht indexiert, denn das Ziel des Festhalten ist es, dass zum Zeitpunkt der Einführung des neuen Systems keine Familie weniger Kindergeld erhält.

Der Wechsel zum neuen Betrag erfolgt, wenn der neue Betrag vorteilhafter ist, oder wenn die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder, die demselben Empfänger zugeordnet sind, ändert.

Ob der neue Betrag vorteilhaft ist, wird sowohl bei der Einführung des neuen Systems als auch danach geprüft. Wenn z.B. eine Familie, die den festgehaltenen Betrag erhält, ein neues Recht auf den Sozialzuschlag eröffnet und der neue Betrag dadurch vorteilhafter wird, erhält sie den neuen Betrag.

Eine Änderung der Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder, die demselben Empfänger zugeordnet sind, geschieht zum Beispiel, wenn durch eine Geburt ein Kind hinzukommt oder wenn ein Kind den Haushalt verlässt. Auch wenn ein Kind kein Recht auf Kindergeld mehr hat oder die Auszahlung seines Kindergeldes ausgesetzt wird, das Kind aber Teil des Haushaltes bleibt, erfolgt der Wechsel zum neuen Betrag. Änderungen in der Familie, die keinen Einfluss auf die Anzahl kindergeldberechtigter Kinder haben, wie z.B. ein anderer Empfänger nach einer Trennung der Eltern, führen nicht zum Wechsel, es sei denn dies führt dazu, dass nicht mehr alle Kinder einem selben Empfänger zugeordnet werden. Dazu gibt es eine Ausnahme: Wenn der überlebende Elternteil eines Waisen erneut heiratet oder gesetzlich zusammenwohnt und deshalb im aktuellen föderalen System wieder Recht auf den normalen Kindergeldsatz hätte, führt dies zur Anwendung des neuen Betrages.

Der vorliegende Dekretentwurf sieht auch eine neue Prioritätenregelung zur Bestimmung des Empfängers vor. Dies könnte im Januar 2019 plötzlich Auswirkungen auf die Familien haben, ohne dass es eine Änderung in der Familie gegeben hat. Eine Neubestimmung des Empfängers für alle Kinder ist darüber hinaus ein erheblicher administrativer Aufwand, der die Kontinuität der Zahlungen in Gefahr bringen könnte. Aus diesen Gründen wird vorgesehen, dass alleine durch das Inkrafttreten des Dekretentwurfs kein neuer Empfänger bestimmt wird und der vorherige Empfänger das Kindergeld weiterhin erhält.



Standstill

Artikel 23 der Verfassung sieht vor, dass jeder ein Recht darauf hat, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Um dies zu ermöglichen, obliegt es jedem Gesetzgeber die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gewährleisten und die Bedingungen ihrer Ausübung zu bestimmen. Seit den letzten Verfassungsrevisionen gehört das Recht auf Familienleistungen zu diesen verfassungsmäßig verankerten Rechten, die jeder Gesetzgeber gewährleisten muss.

Den entsprechenden Parlamentsdokumenten¹ ist zu entnehmen, dass so sichergestellt werden soll, dass die gegenwärtig durch die föderale Gesetzgebung in dieser Materie vorgesehenen Vorteile nach der Zuständigkeitsübertragung an die Gemeinschaften aufrechterhalten werden sollen. Bedeutsame Rückschritte im Bereich der Familienleistungen sollen somit nicht möglich sein. In diesem Kontext spricht man von einer so genannten „Standstill“-Verpflichtung. Allerdings sieht diese Standstill-Verpflichtung nur vor, dass das verfassungsmäßig verankerte Recht auf eine zumindest gleichwertige Weise gewährleistet wird und dass der zuständige Gesetzgeber selbst über die angemessenste Weise entscheiden kann, durch die diese Rechte gewährleistet werden.

Vorliegender Dekretentwurf reformiert die Systematik des derzeit bestehenden föderalen Systems der Familienleistungen von Grund auf. Das eigentliche Recht auf Familienleistungen wird je-

¹ Revisionsentwurf von Artikel 23 der Verfassung, um das Recht auf Familienbeihilfen zu gewährleisten, Parl. Dok., Senat, 2013, Nr. 5-2240/1

doch auch unter dem neuen System der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiterhin auf einem zumindest gleichwertigen Niveau gewährleistet und dies in einer Form, die für die Verwirklichung der Reform am angemessensten scheint.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER DIENSTSTELLE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR SELBSTSTIMMTES LEBEN

Die Dienststelle macht in ihrem Gutachten gewisse terminologische Vorschläge, die das Recht bis 21 Jahre bei Beeinträchtigung und den Zuschlag bei Beeinträchtigung betreffen. Diese Vorschläge wurden in den Dekretentwurf übernommen.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Bezüglich des in Artikel 4 des Dekretentwurfs festgelegten Wohnsitzes wünscht der Rat, dass eine Abstimmung mit den anderen Gebietskörperschaften bezüglich des Rechtes aufgrund des Wohnsitzes erfolgt. Eine solche Abstimmung wird in einem Zusammenarbeitsabkommen zur Bestimmungen der Zuständigkeiten der Gebietskörperschaften vorgesehen.

Für verschiedene Bestimmungen des Dekretentwurfs, in denen ein Betrag festgelegt wird, fordert der Rat in seinem Gutachten eine Indexierung dieser Beträge bis zum Inkrafttreten des Dekrets über die Familienleistungen. Das Dekret legt die Beträge fest aufgrund der Beträge, die seit der Indexüberschreitung im Mai 2017 gelten. Wenn der Index erneut überschritten wird, wäre das Dekret anzupassen.

Bezüglich der gemäß Artikel 10 des Dekretentwurfs vorgesehenen Verlängerung des Anrechtes fordert der Rat, dass dieses Anrecht um drei weitere Monate verlängert wird, wenn das Kind eine negative Auswertung und anschließend eine positive Auswertung des Arbeitssuchverhaltens erhalten hat.

Allerdings ist das Kindergeld kein Instrument der Beschäftigungspolitik. Deshalb ist auch die Verlängerung des Anrechtes nicht an aktives Arbeitssuchverhalten des Kindes gebunden.

Darüber hinaus wäre eine zusätzliche Verlängerung des Anrechtes nach einer negativen und einer positiven Auswertung keine Hilfe für die Kinder, die zwei positiven Auswertungen erhalten haben, aber nicht die Diplombedingungen erfüllen, um Berufseingliederungsgeld zu erhalten. Dieses Problem ist auf Ebene der föderalen Arbeitslosenpolitik zu lösen. Es ist nicht die Aufgabe der Familienleistungen, Lücken in dieser föderalen Politik zu schließen.

Der Rat macht einige Bemerkungen bezüglich der verschwundenen und entführten Kinder. Was diese Kinder betrifft, ist der Wohnsitz des Kindes ausschlaggebend. Liegt dieser nach einem Umzug außerhalb des deutschen Sprachgebiets, ist vorgesehen, dass das Recht auf Kindergeld endet.

Der Rat fordert, dass das Kindergeld für ein Kind mit einer Beeinträchtigung, das entführt wurde, bis zum Alter von 21 Jahren gezahlt wird. Im Dekretvorentwurf wird jedoch weiterhin an der aktuellen Regelung festgehalten, dass bei einer Entführung das Kindergeld bis zum 18. Geburtstag gezahlt wird, da es nicht das Ziel dieser Regelung ist, eine Zahlungsunterbrechung zwischen dem Recht auf Kindergeld und dem Recht auf die föderalen Leistungen für die erwachsenen Personen mit Beeinträchtigung zu vermeiden.

Der Rat schlägt einen zweiten Jahreszuschlag vor, der im Januar ausgezahlt würde. Der vorgesehene Jahreszuschlag wird als Unterstützung bei den speziellen Kosten zum Schuljahresbeginn gewährt. Andere Kosten werden durch den Basisbetrag, d.h. ohne zusätzlichen Zuschlag, unterstützt.

Der Rat weist bezüglich Artikel 22 des Dekretentwurfs auf Situationen hin, in denen die Auswirkungen einer Beeinträchtigung nach dem Ende Anrechtes auf Kindergeld und vor dem Erreichen des 21. Lebensjahres begonnen haben. Die Begründung des entsprechenden Artikels wurde folglich angepasst, um zu verdeutlichen, dass in diesen Situationen Anrecht auf die föderalen Leistungen für erwachsene Personen mit Beeinträchtigung besteht.

Der Rat schlägt vor, dass es nicht nur wie durch Artikel 23 des Dekretentwurf vorgesehen einen Waisenzuschlag sondern auch einen Zuschlag für Halbwaisen geben soll. Die Regierung hält jedoch aufgrund der Argumente in der allgemeinen Erläuterung daran fest, keinen besonderen Zuschlag für Halbwaisen zu gewähren.

Der Rat stellt sich zu Artikel 30 des Dekretentwurfs die Frage, wie die Zahlung der Geburtsprämie im Todesfall der Mutter erfolgt. Hier kommt die Anwendung des Zivilrechtes zum Tragen, so dass nach der Geburt, die das Anrecht auf die Geburtsprämie eröffnet, die Forderung oder der Betrag Teil der Erbmasse der Mutter ist.

In seinen Bemerkungen zu Artikel 43 des Dekretentwurfs fordert der Rat, dass die Formulierung „Einschreiben“ durch „eingeschriebenem Brief“ ersetzt wird. Allerdings sollen künftige Dekrete technologisch neutral geschrieben werden, sodass etwa ein Einschreiben nicht nur in analoger Briefform erfolgen soll. In diesem Kontext verweisen wir auf das laufende Arbeitsprogramm 2014-2019 (Punkt „MDG e-government 02“) sowie die Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG, durch die der Grundsatz des elektronischen Schriftverkehrs festgelegt wird. Augenblicklich ist ebenfalls ein Dekretentwurf zur Regelung des elektronischen Schriftverkehrs der Behörden des deutschen Sprachgebiets in Arbeit, durch den dieser Grundsatz einen weiteren Eingang in unseren Rechtsgrundlagen finden soll.

Der Rat stellt die Frage wieso in den Artikel 54 und 58 feststehende Zinssätze benutzt werden. Bereits heute wird ein feststehender Zinssatz benutzt. Jedoch verweist vorliegender Dekretentwurf nicht mehr auf Artikel 2 §3 des Gesetzes vom 5. Mai 1865 über das verzinsliche Darlehen, sondern übernimmt die Bestimmung in den Dekretentwurf.

Der Rat bemängelt, dass der Dekretentwurf nicht regelt, was geschieht, wenn ein Beschluss aufgrund von falschen Angaben durch die Regierung oder durch eine Drittquelle gefasst wurde. Handelt es sich bei den falschen Angaben um einen Irrtum der Regierung, wird Artikel 46 des Dekretentwurfs angewendet. Handelt es sich um einen Irrtum eines Dritten, wird, wie in Artikel 55 beschrieben, zurückgefordert.

Dem Rat fehlt die Festlegung eines internen Kontrollverfahrens für das Ministerium in seiner Funktion als Zahlkasse. Die interne Organisation des Ministeriums ist Aufgabe der Regierung. Bereits heute bestehen interne Kontrollverfahren im Ministerium. Die Regierung wird die Organisation des Ministeriums wo nötig den neuen Aufgaben im Bereich der Familienleistungen anpassen.

Der Rat stellt die Frage der Sinnhaftigkeit der Beauftragung des Familiengerichtes als zentrale Gerichtsbarkeit für alle Streitfälle, die die Gewährung, die Auszahlung und die Rückforderung von Familienleistungen betreffen. In diesem Kontext hält die Regierung an den Begründungen der Artikel 92 bis 95 des Dekretentwurfs fest.

Der Rat schlägt vor, dass die Möglichkeit besteht in gewissen Fällen Einzelentscheidungen bezüglich der Auszahlung des aufgrund von Artikel 109 des Dekretentwurfs ermittelten Betrags zu treffen. Die Regelung beruht jedoch auf objektiven Kriterien, die in jedem einzelnen Fall geprüft und angewendet werden. Von diesen Kriterien abweichende Einzelentscheidung sind nicht notwendig und würden zu ungerechtfertigter Ungleichbehandlung führen.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES AUSSCHUSSES FÜR DEN SCHUTZ DES PRIVATLEBENS

Der Ausschuss für den Schutz des Privatlebens (hiernach „der Ausschuss“ genannt) stellte dem Dekretentwurf am 5. Juli 2017 sein positives Gutachten Nummer 34/2017 aus.

Der Ausschuss hatte jedoch einige allgemeine und spezifische Bemerkungen zum Dekretentwurf:

In seinen allgemeinen Bemerkungen drängt der Ausschuss darauf, eine allgemeine Ausführungsbestimmung für die den Datenschutz betreffenden Artikel vorzusehen. Diesem Wunsch wurde nachgekommen, indem eine solche Bestimmung in Artikel 60 eingefügt wurde.

Weiterhin weist der Ausschuss darauf hin, dass einige Prinzipien zum E-Government dekretal festgehalten werden sollten. Dies sei jedoch nicht nötig, wenn die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft einzurichtende Datenbank an jene der sozialen Sicherheit angeschlossen wird. Da dies der Fall ist, entfällt die Verpflichtung, vorerwähnte Prinzipien im Dekretentwurf zu verankern.

Die spezifischen Bemerkungen zu den Artikeln 60 und 61 waren terminologischer Natur und wurden übernommen wie vorgeschlagen.

Bezüglich Artikel 39 weist der Ausschuss darauf hin, dass dem Antragsteller grundsätzlich alle Informationen erteilt werden müssen, ohne dass letzterer danach fragt. Allerdings nimmt Artikel 39 des Dekretentwurfs die Nachfolge von Artikel 3 des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der Charta des Sozialversicherten wahr, sodass es diesbezüglich zu keinerlei Verminderung der Rechte des Antragstellers kommt. Zudem ist dieser Artikel als Ausnahme zu Artikel 9 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten zu verstehen. Konkret soll der Antragsteller jedes Mal, wenn Informationen bei ihm angefragt werden (etwa beim Ausfüllen von Formularen), über seine Rechte und Pflichten bezüglich des Datenschutzes aufgeklärt werden.

Bezüglich Artikel 60 des Dekretentwurfs bemerkt der Ausschuss, dass es vorteilhafter wäre, bereits im Dekret vorzusehen, welche Einrichtung die personenbezogenen Daten tatsächlich verarbeiten wird. In der Praxis wird dies das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft sein. Da aus Artikel 69 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen hervorgeht, dass der Dekretgeber nur an die Regierung und nicht an einzelne Minister oder das Ministerium delegieren kann², kann dies in dieser Form nicht im Dekretentwurf festgelegt werden und es wird an der augenblicklichen Formulierung festgehalten. Die Regierung wird das Ministerium in einem Ausführungserlass explizit mit dieser Aufgabe betrauen.

Der Ausschuss bemerkt zu Artikel 61 des Dekretentwurfs, dass Daten zur Gesundheit grundsätzlich nicht erhoben werden dürfen, dazu jedoch Ausnahmen bestehen und der Textautor in der Begründung eine entsprechende Rechtfertigung vorzusehen habe. Folglich wurden die Kommentare zu Artikel 61 entsprechend angepasst.

Auf Wunsch des Ausschusses hin wurde in Artikel 62 des Dekretentwurfs ein Verweis auf die Inspektoren herausgenommen. Darüber hinaus bittet der Ausschuss darum, ausführlicher zu erklären, was mit den in Artikel 62 Nummer 8 erwähnten gerichtlichen Daten gemeint ist. Diesbezüglich ist anzumerken, dass mit gerichtlichen Daten insbesondere Urteile gemeint sind, durch die ein anderer Empfänger gemäß Artikel 53 des Dekretentwurfs bestimmt wurde. In gleichem Maße wird es auch nötig sein, von Gerichtsurteilen Kenntnis zu nehmen, die aufgrund des neuen Artikels 572bis des Gerichtsgesetzbuches erlassen wurden.

Schließlich merkt der Ausschuss bezüglich Artikel 63 des Dekretentwurfs an, dass ein Rückgriff auf anonyme Daten im Kontext der Familienleistungen nur für Analysezwecke sinnvoll ist. Darüber hinaus empfiehlt der Ausschuss, ein kaskadenartiges System der Datenverarbeitung vorzusehen, welches vergleichbar ist mit dem, das bereits in den Artikeln 3 bis 5 des Königlicher Erlasses vom 13. Februar 2001 zur Ausführung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Pri-

² Gutachten Nummer 38.297/AG des Staatsrates vom 10. Mai 2005 über einen Vorentwurf, der zum Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 1. Juli 2005 „portant diverses mesures en matière d'enseignement obligatoire et de promotion sociale, d'enseignement supérieur, de promotion de la santé à l'école, de la coordination, de l'accueil des enfants durant leur temps libre et au soutien de l'accueil extrascolaire, de l'aide à la jeunesse, d'éducation permanente et de fonds budgétaires“ geworden ist (*Dok. Parl. Fr. Gem.*, 2004-2005, Nr. 111/1, Seiten 60-66).

vatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten festgehalten wird. Diesen Bemerkungen wurde Rechnung getragen und Artikel 63 entsprechend angepasst.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Gegenstand des vorliegenden Dekretentwurfs.

Artikel 2

Personenbezeichnungen im Dekretentwurf gelten für alle Geschlechter gleichermaßen.

Artikel 3

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretentwurfs und sorgt für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Artikel 4

Dieser Artikel legt fest, wie der Wohnsitz einer Person bestimmt wird. Der Wohnsitz des Kindes ist ausschlaggebend für das Anrecht des Kindes. Berücksichtigt wird der Wohnsitz, der in den Bevölkerungsregistern eingetragen ist. Geprüft wird dies anhand der Informationen des Nationalregisters der natürlichen Personen oder über Informationen der Gemeinden, die die Bevölkerungsregister führen. Deshalb ist der Zugriff auf die elektronischen Daten des Nationalregister notwendig für eine effektive und gründliche Begutachtung des Rechtes auf die Familienleistungen. Für im Ausland wohnhafte Kinder wird der Wohnsitz anhand von offiziellen, durch die zuständige ausländische Behörde ausgestellten Dokumenten festgelegt.

Um Missbrauch zu vermeiden, wird der in den Bevölkerungsregistern eingetragene Hauptwohntort nicht berücksichtigt, wenn die Person dort nicht lebt und sich in Anwendung der Gesetzgebung über die Bevölkerungsregister hätte ummelden müssen. Jedoch gilt für Personen mit einem eingetragenen Hauptwohntort im deutschen Sprachgebiet, die umgezogen sind, ohne dies form- und fristgerecht zu melden und nun an einem anderen Ort im deutschen Sprachgebiet leben, dieser andere Ort als Wohnsitz.

Artikel 5

Dieser Artikel legt fest, dass alle Bestimmungen, die die Eltern betreffen auch auf die Adoptiveltern angewendet werden. Dies betrifft sowohl die einfache Adoption als auch die Volladoption, so wie in Buch I Titel VIII des Zivilgesetzbuches definiert werden. Einzige Ausnahme bilden die Bestimmungen zur Adoptionsprämie, da es sich um eine spezifische Prämie für Adoptierende handelt.

Artikel 6

Das Kind, das seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat und dessen Aufenthalt gestattet oder erlaubt ist im Sinne des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, hat Anrecht auf Kindergeld.

Die Regierung bestimmt die Fälle, in denen die Wohnsitzbedingung als erfüllt gilt, obwohl das Kind den Wohnsitz nicht im deutschen Sprachgebiet hat. Dies soll es ermöglichen, Ausnahmeregelungen für zeitweilige Aufenthalte im Ausland vorzusehen, zum Beispiel bei einem Austauschprojekt im Rahmen eines Studiums.

Artikel 7

Dieser Artikel legt fest, für welche Kinder Sozialversicherte aufgrund ihrer Arbeit oder einer gleichgestellten Situation das Anrecht auf Familienleistungen eröffnen. So soll sichergestellt wer-

den, dass Personen und Familien, die von ihrem Recht auf den freien Personenverkehr Gebrauch gemacht haben, nicht benachteiligt werden.

Artikel 8

Dieser Artikel legt die Höhe des Basiskindergeldes fest. Die Höhe des Basisbetrags ist unabhängig vom Alter und vom Rang des Kindes in der Familie.

Artikel 9

Dieser Artikel legt fest, dass Kinder bis zum Alter von 18 Jahren ohne weitere Bedingung Anrecht auf das Kindergeld haben.

Kinder, bei denen eine Beeinträchtigung festgestellt wurde, haben bis 21 Jahre ohne weitere Bedingung Anrecht auf Kindergeld, wenn die Auswirkungen der Beeinträchtigung zu einem Zeitpunkt begonnen haben, an dem das Kind kindergeldberechtigt war. Diese Ausweitung des bedingungslosen Kindergeldes ist gerechtfertigt, da in Anwendung des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung, diese föderalen Leistungen für die erwachsenen Personen mit Beeinträchtigung erst ab einem Mindestalter von 21 Jahren gewährt werden. Personen unter 21 Jahren, deren Beeinträchtigung nach dem Ende des Rechtes auf Kindergeld festgestellt wurde, haben auch Anrecht auf die föderalen Leistungen für die erwachsenen Personen mit Beeinträchtigung.

Kinder, die einer Ausbildung nachgehen, haben weiterhin Anrecht auf Kindergeld, wenn sie die Bedingungen bezüglich der Erwerbstätigkeiten erfüllen. Diese werden in Artikel 11 festgelegt.

Artikel 10

Dieser Artikel legt fest, dass Kinder, die in Anwendung von Artikel 9 Kindergeld erhalten haben aber anschließend kein Anrecht mehr auf Kindergeld haben, für zwölf weitere Monate Anrecht auf Kindergeld haben. Diese Bestimmung ersetzt das Anrecht im bisherigen Kindergeldsystem von jungen Arbeitssuchenden.

Ein Monat, in dem ein Kind aufgrund des vorliegenden Artikels Anrecht auf Kindergeld hat, aber aufgrund der Erwerbstätigkeit das Recht ausgesetzt wird, gilt als genutzt im Sinne von Absatz 2.

Das Kind, das bereits während eines oder mehreren Monaten Anrecht aufgrund des vorliegenden Artikels hatte, anschließend Anrecht aufgrund der Ausbildung und schließlich wieder Anrecht aufgrund des vorliegenden Artikels hat, hat in dem Falle noch Anrecht auf die verbleibenden nicht genutzten Monate. Es beginnt kein neuer Anrechtszeitraum von 12 Monaten.

Artikel 11

Kinder, die aufgrund ihrer Ausbildung oder während der Verlängerung des Anrechts Kindergeld erhalten, erhalten kein Kindergeld, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Allerdings bestimmt die Regierung welche Erwerbstätigkeiten nicht zur Aussetzung des Kindergeldes führen.

Artikel 12

Dieser Artikel legt fest, dass ein verschwundenes Kind weiterhin Anrecht auf Kindergeld hat, wenn es zum Zeitpunkt des Verschwindens kindergeldberechtigt war. Dieses Anrecht besteht, solange das Kind verschwunden ist, aber höchstens fünf Jahre.

Artikel 13

Dieser Artikel legt fest, dass entführte Kinder weiterhin Anrecht auf Kindergeld haben, während der Entführung und solange sie jünger als 18 Jahre alt sind.

Artikel 14

Dieser Artikel bestimmt, dass das Recht auf Kindergeld mit 25 Jahren endet. Dies ist auch dann der Fall, wenn die Bedingungen bezüglich der Ausbildung weiterhin erfüllt sind.

Artikel 15

Dieser Artikel legt die Höhe des Jahreszuschlages fest. Anders als bei den anderen Leistungen des Kindergeldes handelt es sich dabei um eine Leistung, die einmal pro Jahr gewährt wird.

Artikel 16

Dieser Artikel legt fest, dass jedes Kind, das im Juli Anrecht auf das Basiskindergeld hat, den Jahreszuschlag erhält.

Artikel 17

Dieser Artikel legt die Höhe des Zuschlages für kinderreiche Familien fest.

Artikel 18

Der Zuschlag für kinderreiche Familien wird dem dritten und jedem folgenden Kind gewährt, dessen Kindergeld an denselben Empfänger gezahlt wird.

Die Reihenfolge der Kinder wird anhand des Alters der Kinder bestimmt, wobei das älteste das erste Kind ist.

Es werden nur die Kinder berücksichtigt, die kindergeldberechtigt sind. Andere Kinder, die im Haushalt leben, aber nicht oder nicht mehr kindergeldberechtigt sind, werden für die Bestimmung der Anzahl Kinder nicht mitgezählt.

Wenn das Kindergeld während der Unterbringung des Kindes teilweise an den eigentlichen Empfänger und teilweise an die Einrichtung bzw. die Behörde gezahlt wird, gilt das Kind dem eigentlichen Empfänger zugeordnet, um zu ermitteln, ob Anspruch auf den Zuschlag für kinderreiche Familien besteht.

Artikel 19

Dieser Artikel legt die Höhe des Sozialzuschlages fest.

Artikel 20

Dieser Artikel legt fest, dass das Kind, das Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung hat, Anrecht auf den Sozialzuschlag gibt. Dieses Anrecht des Kindes auf eine erhöhte Beteiligung kann entweder durch das Kind selbst eröffnet werden oder über ein Mitglied des Haushalts.

Der Sozialzuschlag ist nicht mit dem Waisenzuschlag kombinierbar, da der Waisenzuschlag bereits ein besonderer Zuschlag ist, der der Familiensituation des Kindes Rechnung trägt.

Artikel 21

Dieser Artikel legt die Höhe des Zuschlages für Kinder mit Beeinträchtigung fest. Es bestehen sieben verschiedene Höhen des Zuschlages, abhängig von den Auswirkungen der Beeinträchtigung.

Artikel 22

Dieser Artikel legt fest, wer das Anrecht auf den Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung eröffnen kann.

Bedingungen für die Eröffnung dieses Anrechts sind, dass das Kind Anrecht auf das bedingungslose Kindergeld bis 18 Jahre oder Anrecht auf das Kindergeld für Kinder mit einer Beeinträchtigung bis 21 Jahre hat und nicht erwerbstätig ist, sowie dass bei dem Kind eine Beeinträchtigung festgestellt wurde.

Die Regierung legt fest, wie eine Beeinträchtigung festgestellt wird und wie sie eine der Kategorien zugeordnet wird, wer diese Einschätzung durchführt und wie die Einschätzung revidiert werden kann.

Artikel 23

Dieser Artikel legt die Höhe des Waisenzuschlages fest.

Artikel 24

Der Waisenzuschlag wird dem Kind gewährt, dessen Eltern beide verstorben sind. Es wird ihm auch gewährt, wenn die Eltern laut Zivilgesetzbuch für verschollen erklärt sind. Dies kann 5 Jahre nach der Verschollenheitsvermutung oder 7 Jahre nach Erhalt der letzten Nachrichten des Verschollenen geschehen.

Steht für das Kind nur ein Abstammungsverhältnis fest und ist der andere Elternteil unbekannt, wird der Waisenzuschlag gewährt, wenn der Elternteil zu dem das Abstammungsverhältnis besteht, verstorben oder für verschollen erklärt ist. In der Tat ist die Situation mit der Situation eines Vollwaisen zu vergleichen, da ein Elternteil durch das fehlende Abstammungsverhältnis unbekannt ist und der andere Elternteil, zu dem ein Abstammungsverhältnis besteht, verstorben oder verschollen ist. Das betreffende Kind befindet sich somit in einer Situation, in der es über keinen Elternteil mehr verfügt.

Es wird außerdem präzisiert, dass der Zuschlag nicht mehr gewährt wird, sobald das Kind adoptiert wird, da das Kind ab diesem Moment über Eltern verfügt. Das bedeutet jedoch nicht, dass kein Waisenzuschlag mehr gewährt werden kann, wenn das Kind adoptiert wurde und die Adoptiveltern im Anschluss versterben oder für verschollen erklärt werden. In dem Fall kann der Waisenzuschlag wieder gewährt werden, da das Kind über keine Eltern mehr verfügt. Dieselben Prinzipien gelten, wenn ein Abstammungsverhältnis zu einem vormals unbekannten Elternteil geschaffen wird und dieser im Anschluss verstirbt oder für verschollen erklärt wird.

Artikel 25

Das Kindergeld wird immer für einen vollständigen Monat gezahlt. Ereignisse, die einen Einfluss auf das Kindergeld haben, führen zur Änderung des Kindergeldes im folgenden Monat.

Artikel 26

Dieser Artikel legt fest, wie der Empfänger des Kindergeldes bestimmt wird.

Prioritär gelten die Eltern als Empfänger des Kindergeldes, da sie verpflichtet sind für den Unterhalt des Kindes zu sorgen. Haben die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz, erhält der Elternteil, der denselben Wohnsitz wie das Kind hat, das Kindergeld.

Wohnt das Kind nicht mit den Eltern zusammen, so erhält die Person, die das Kind tatsächlich großzieht das Kindergeld. Dies ist die Person, die mehr als die Hälfte der Unterhaltskosten für das Kind trägt, wobei davon ausgegangen wird, dass es sich um die Person handelt, die denselben Wohnsitz wie das Kind hat. Es besteht aber die Möglichkeit zu beweisen, dass es sich dabei um eine andere Person handelt.

Wurde durch das Gericht aufgrund von Artikel 53 eine andere Person als Empfänger bestimmt, so gilt diese als Empfänger.

Ist das Kind in einer Einrichtung untergebracht, so gilt die Person, die hiervor beschrieben bestimmt wurde als Empfänger für ein Drittel des Kindergeldes und diese Einrichtung als Empfänger für zwei Drittel des Kindergeldes. Handelt es sich aber um eine Unterbringung in Anwendung von Jugendschutz- oder Jugendhilfebestimmungen zu Lasten der zuständigen Behörde gilt die Behörde für zwei Drittel des Kindergeldes als Empfänger.

Das Kind selbst gilt als Empfänger, wenn es verheiratet ist, wenn es mündig oder 16 Jahre alt ist und nicht denselben Wohnsitz wie der Empfänger hat oder wenn es zugunsten seiner eigenen Kinder Kindergeldempfänger ist.

Ist das Kind entführt, wird vermieden, dass das Kindergeld an eine Person gezahlt wird, die direkt oder indirekt an der Entführung beteiligt war.

Artikel 27

Dieser Artikel bestimmt, dass ein Empfänger immer für den gesamten Monat als Empfänger gilt. Wenn Ereignisse eintreten, die eine Änderung des Empfängers zur Folge haben, wird die entsprechende Person ab dem Folgemonat der Empfänger.

Artikel 28

Dieser Artikel legt die Höhe der Geburtsprämie fest.

Artikel 29

Das Anrecht auf die Geburtsprämie wird durch die Geburt eröffnet. Auch bei einer Anmeldung eines leblosen Kindes besteht Anrecht auf die Geburtsprämie.

Artikel 30

Die Geburtsprämie wird an die Mutter ausgezahlt. Handelt es sich um zwei männliche Elternteile, wird die Geburtsprämie an den älteren gezahlt.

Artikel 31

Auch wenn die Geburtsprämie im Voraus gezahlt wurde, entsteht das Anrecht erst durch die Geburt. Erst zu diesem Zeitpunkt wird bestimmt, wie hoch die Geburtsprämie ist.

Artikel 32

Dieser Artikel legt die Höhe der Adoptionsprämie fest.

Artikel 33

Die Adoptionsprämie wird dem Kind anlässlich seiner Adoption gewährt, um teilweise die Kosten auszugleichen, die im Haushalt für den Empfang des adoptierten Kindes entstehen. Es ist hingegen nicht Ziel der Adoptionsprämie, die durch das Adoptionsverfahren und die eigentliche Adoption entstandenen Kosten auszugleichen.

Damit die Adoptionsprämie gewährt wird, müssen Dokumente vorliegen, die die Absicht zu adoptieren ausdrücken. Auch muss das Kind im Haushalt des Adoptierenden leben, im deutschen Sprachgebiet wohnen und Anrecht auf Kindergeld haben.

Artikel 34

Die Adoptierenden wählen gemeinsam, an wen von ihnen die Adoptionsprämie gezahlt wird. Treffen sie keine Wahl wird die Prämie an die Adoptivmutter bzw., bei gleichgeschlechtlichen Adoptierenden, an den Älteren gezahlt. Wird das Kind nur durch eine Person adoptiert, erhält sie die Adoptionsprämie.

Artikel 35

Dieser Artikel bestimmt zu welchem Zeitpunkt die Höhe der Adoptionsprämie festgelegt wird. Dies geschieht, wenn für das Kind sowohl der Antrag auf Adoption hinterlegt ist oder die Adoptionsurkunde unterschrieben wurde und das Kind denselben Wohnsitz wie der Adoptierende hat.

Wird das Kind durch mehrere Personen adoptiert, kann nur eine von ihnen die Adoptionsprämie erhalten.

Wenn der Adoptierende, sein Ehepartner oder eine Person, die Teil seines Haushaltes ist bereits eine Geburtsprämie für das Kind erhalten hat, besteht kein Anrecht auf eine Adoptionsprämie. Dasselbe gilt auch für Personen, die bereits eine gleichwertige Prämie in einem anderen Staat oder Teilstaat erhalten haben.

Artikel 36

Die Familienleistungen werden jährlich angepasst. Sie werden an die Faktoren angepasst, an die auch die Dotation angepasst wird, die die Deutschsprachige Gemeinschaft, aufgrund der Übertragung der Familienleistungen erhält, mit Ausnahme der Anpassung an die Anzahl Kinder.

Es handelt sich um die Entwicklung der Dotation aufgrund der Übertragung der Zuständigkeit für die Familienleistungen, festgelegt in Artikel 47/5 des Sondergesetz vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen. Die Entwicklung des Übergangsmechanismus, der die Dotation bis 2034 verringert, festgelegt in Artikel 48/1 desselben Sondergesetzes, wird nicht berücksichtigt für die Entwicklung der Familienleistungen.

Die Leistungen werden jeweils an die Faktoren angepasst, wenn die definitiven Werte des Vorjahres feststehen. Sie werden somit nicht an die Schätzungen des laufenden Jahres angepasst. So wird verhindert, dass die Leistungen im Laufe eines Jahres nach oben und unten schwanken. Dies hätte negative Auswirkungen auf die Familien oder den Haushalt der Gemeinschaft.

Wenn die Anpassung an die Faktoren eines Jahres zur Verringerung der Leistungen führen würden, werden die Leistungen in diesem Jahr nicht angepasst. Im folgenden Jahr wird deshalb die Entwicklung seit der letzten Anpassung berücksichtigt. So werden die Leistungen erhöht, wenn die Faktoren höher liegen als im Jahr der letzten Anpassung.

Artikel 37

Das vorliegende Kapitel wird für die Familienleistungen an Stelle der Charta des Sozialversicherungen angewendet.

Die Charta wird dadurch nicht aufgehoben. Für andere Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die in den Anwendungsbereich der Charta fallen, bleibt die Charta anwendbar.

Artikel 38

Jedes Mal, wenn die Regierung dazu in der Lage ist, untersucht sie die Rechte des Antragstellers ohne Antrag. Dies gilt sowohl für das Recht auf die Prämien und auf das Basiskindergeld als auch für das Recht auf die Zuschläge.

Die Regierung informiert den Antragsteller darüber, dass sein Recht untersucht wird und in welcher Frist dies geschieht.

Die Regierung bestimmt die Ausführungsmodalitäten des vorliegenden Artikels.

Artikel 39

Dieser Artikel bestimmt die Verpflichtungen der Regierung betreffend die Information des Antragstellers. Es soll sichergestellt werden, dass der Antragsteller über alle seine Rechte und Pflichten weitestgehend aufgeklärt ist.

Artikel 40

Die Regierung trägt zuerst alle notwendigen Informationen zusammen, die sie zur Begutachtung der Rechte des Antragstellers benötigt. Sie fragt die Informationen nur dann bei dem Antragsteller an, wenn sie sie nicht selber beschaffen kann.

Wenn die Regierung die Informationen nicht selber zusammentragen kann und der Antragsteller trotz Aufforderung und Erinnerungsschreiben die Informationen nicht erteilt, kann die Regierung einen Beschluss fassen anhand der Informationen, über die sie verfügt.

Artikel 41

Für einen selben Fall kann nach einem Beschluss ein erneuter Antrag nur dann berücksichtigt werden, wenn er neue Elemente enthält. Es handelt sich um Elemente, die nicht vorlagen, Änderungen in der Gesetzgebung oder Änderungen der Situation des Antragstellers.

Artikel 42

Beschlüsse werden innerhalb von vier Monaten ab dem Antrag oder dem Umstand, der zur Untersuchung vom Amts wegen geführt hat, getroffen. Wird der Beschluss nicht in dieser Frist getroffen, wird der Antragsteller darüber informiert.

Wenn der Regierung nicht alle Auskünfte vorliegen und dies daran liegt, dass der Antragsteller oder eine Einrichtung, die nicht der Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft unterliegt, die beantragten Auskünfte nicht geliefert hat, muss der Beschluss nicht innerhalb von vier Monaten getroffen werden und wird um den Zeitraum verlängert, während dem die beantragten Auskünfte nicht vorliegen.

Artikel 43

Dieser Artikel legt fest, dass die Regierung dem Antragsteller die Beschlüsse mitteilt, die ihn betreffen.

Artikel 44

Dieser Artikel legt fest, dass dem Begünstigten die Berechnung des Betrages auf den er Anrecht hat oder der von ihm zurückgefordert wird, mitgeteilt werden muss. Diese Mitteilung muss darüber hinaus begründet werden.

Artikel 45

Dieser Artikel legt fest, welche Elemente in dem Beschluss vermerkt sein müssen und welche Konsequenzen das Fehlen dieser Elemente nach sich zieht.

Artikel 46

Dieser Artikel legt fest, dass die Regierung Beschlüsse, die auf einem rechtlichen oder materiellem Irrtum basieren, neu fasst. Der neue Beschluss wirkt ab dem Moment an dem der Beschluss gewirkt hätte, wenn er von vornherein korrekt gefasst worden wäre.

Wenn der neue Beschluss aber dazu führt, dass das Recht auf Familienleistungen geringer ist, als das irrtümlicherweise gewährte Recht, so wirkt der neue Beschluss erst im Monat nach der Notifizierung des neuen Beschlusses.

Dies gilt nicht wenn der irrtümliche Beschluss gefasst wurde, obwohl der Antragsteller wusste oder wissen musste, dass er kein Anrecht auf diese Leistung hat oder weil der Antragsteller nicht seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, alle Informationen zu liefern, die Einfluss auf sein Recht auf Familienleistungen haben können.

Artikel 47

Dieser Artikel legt fest, in welchen Fällen die Regierung Beschlüsse zurücknimmt und neu fasst.

Artikel 48

Dieser Artikel legt die Auszahlungsmodalitäten fest. Grundsätzlich werden die Leistungen im Monat nach dem Monat auf den sie sich beziehen ausgezahlt. Allerdings kann die Regierung festlegen, wann Familienleistungen vorläufig ausgezahlt werden.

Familienleistungen werden auf ein Konto des Empfängers gezahlt. Die Regierung kann abweichende Zahlungsmodalitäten festlegen.

Artikel 49

Dieser Artikel legt verschiedene besondere Auszahlungsmodalitäten vor:

Ist ein Kind in Anwendung von Jugendschutz- oder Jugendhilfebestimmungen zu Lasten der Deutschsprachigen Gemeinschaft untergebracht, erfolgt keine Auszahlung der zwei Drittel des Kindergeldes, da in diesem Fall die Regierung die Leistung an sich selber zahlen würde.

Die Geburtsprämie kann vor der Geburt ausgezahlt werden, sodass dieser Betrag genutzt werden kann, um vor der Geburt entsprechende Anschaffungen tätigen zu können.

Bestimmt das Gericht, in Anwendung einer anderen Gesetzgebung als dem vorliegenden Dekretentwurf, eine oder mehrere Personen, die die Familienleistungen erhält, werden die Leistungen an diese Personen gezahlt. Dadurch werden die so bestimmten Personen jedoch nicht zum Empfänger im Sinne des vorliegenden Dekretentwurfs.

Artikel 50

Die Regierung informiert den Empfänger, wenn sie nicht in der Lage ist, die Leistungen in den vorgesehen Fristen zu zahlen.

Artikel 51

Liegen der Regierung ernsthafte und übereinstimmende Elemente vor, die vermuten lassen, dass ihr betrügerische oder falsche Informationen übermittelt wurden, kann sie die Auszahlung der Leistungen aussetzen.

Diese Aussetzung der Zahlung hat keinen Einfluss auf die Rückforderung der Leistungen, die erfolgt, wenn die Regierung festgestellt hat, dass die Informationen auf Betrug, arglistige Täuschung oder betrügerische Handlungen zurückgehen oder falsch waren.

Artikel 52

Wird für ein Kind bereits in Anwendung von ausländischen Gesetzgebungen oder von Personalregeln von völkerrechtlichen Einrichtungen eine Familienleistung gezahlt, werden die Leistungen des vorliegenden Dekretentwurfs entsprechend verringert.

Dies gilt nicht, wenn internationale Abkommen oder europäische Verordnungen eine andere Verrechnungsregel vorsehen.

Dies gilt außerdem nicht für Leistungen aufgrund der Personalregeln der Europäischen Union.

Artikel 53

Im Interesse des Kindes ist es möglich, Einspruch zu erheben gegen die Auszahlung der Familienleistungen an einen Empfänger.

Artikel 54

Wird ein Beschluss durch Verschulden der Regierung nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen gefasst, so hat der Berechtigte Anspruch auf Zinsen auf diese Leistungen.

Zinsen werden nicht geschuldet, wenn der bereits gezahlte Vorschuss mindestens 90 % des Anrechtes beträgt.

Zinsen werden außerdem nicht geschuldet, wenn ein Vorschuss gezahlt wurde und der endgültige Beschluss nicht getroffen werden kann, weil Informationen nicht vorliegen, die der Antragsteller oder eine fremde Einrichtung mitteilen müssen.

Artikel 55

Dieser Artikel erläutert in welchen Fällen Familienleistungen zurückgefordert werden. Die Leistungen sollen dann zurückgefordert werden können, wenn die Erklärungen, die der Antragsteller zum Erhalt der Leistungen abgegeben hat betrügerisch oder falsch sind. Eine Angabe gilt dann als in betrügerischer Absicht abgegeben, wenn der Antragsteller die Regierung in voller Sachkenntnis irreführt. Sie gelten in den in Artikel 46 Absatz 3 des Dekretentwurfs erwähnten Fällen als falsch.

Artikel 56

Dieser Artikel legt fest, dass Rückforderungen prioritär durch Einbehaltung von zukünftigen Leistungen geschehen. Bei dem Einbehalten ist Artikel 1410 §4 des Gerichtsgesetzbuches zu beachten ist. Dieser sieht vor, dass diese Einbehaltung höchstens 10 % der zukünftigen Leistungen betragen darf. Wurde der zu Unrecht gezahlte Betrag aufgrund von Betrug ausgezahlt, können die zukünftigen Leistungen zu 100 % einbehalten werden.

Ist eine Einbehaltung nicht möglich, wird der Empfänger aufgefordert, den Betrag zurückzuzahlen.

Führt diese Aufforderung nicht zur Rückzahlung, leitet die Regierung rechtliche Schritte ein.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten.

Artikel 57

Es ist normal, dass derjenige, der einen Betrag unrechtmäßig erhalten hat, diesen Betrag zurückzahlen muss. Deshalb ist die Rückforderung die Regel. Jedoch ist es in gewissen Ausnahmefällen gerechtfertigt, dass auf die Rückforderung verzichtet wird.

Auf die Rückforderung wird verzichtet, wenn der zu Unrecht gezahlte Betrag aufgrund eines Fehler der Regierung gezahlt wurde. Dies ist in Artikel 46 festgelegt.

Auf die Rückforderung kann verzichtet werden, wenn das Eintreiben der Beträge zu unsicher oder zu kostspielig ist. Situation in denen Beträge einbehalten werden können, werden anders betrachtet als solche, in denen dies nicht möglich ist.

Auf die Rückforderung wird verzichtet, wenn der Empfänger verstorben ist, bevor ihm mitgeteilt wurde, dass er Beträge zu Unrecht erhalten hat.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten.

Artikel 58

Dieser Artikel bestimmt, dass der Empfänger Zinsen auf die zu Unrecht gezahlten Beträge schuldet, wenn er sie durch Betrug erhalten hat.

Artikel 59

Sofern sie nicht anderslautenden gesetzlichen oder dekretalen Bestimmungen unterliegen, sind die Regierung und andere Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekretentwurfs und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln. Dieser Artikel betrifft somit alle Mitarbeiter der Regierung und die in Anwendung von Artikel 65 bestimmten Inspektoren und externen Sachverständigen.

Artikel 60

Dieser Artikel ermöglicht der Regierung in Ausführung der durch vorliegenden Dekretentwurf festgelegten Aufträge die Verarbeitung personenbezogener Daten. Mit diesem Artikel wird präzisiert, dass die Regierung im Sinne des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 zum Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten der Verantwortliche für die Verarbeitung ist. Die Datenverarbeitung erfolgt unter Einhaltung des genannten Datenschutzgesetzes.

Zudem wird auf Wunsch des Ausschusses eine Bestimmung vorgesehen, durch die Regierung die weiteren Modalitäten und Rahmenbedingungen für die Ausführungen der Aufträge im Bereich des Datenschutzes bestimmen kann.

Artikel 61

Insbesondere für die Daten zur Gesundheit gilt, dass das Gesetz über die Rechte des Patienten sowie die ärztliche Schweigepflicht Anwendung finden. Grundsätzlich können medizinische Daten gemäß Artikel 7 §1 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten nicht verarbeitet werden. Artikel 7 §2 desselben Gesetzes sieht jedoch eine Reihe von Ausnahmen zu diesem Grundsatz vor. Im Rahmen dieses Dekretentwurfs scheint es wichtig, medizinische Daten verarbeiten zu können, da ansonsten etwa der Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung nicht ausgezahlt werden könnte. Folglich entspricht dieser Artikel des Dekretentwurfs der in Artikel 7§2 Buchstabe c) des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 vorgesehenen Ausnahme.

Artikel 62

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die die Regierung in Zukunft verarbeiten wird. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen. Die genaue Aufgliederung soll gemäß Artikel 60 §2 Absatz 2 durch die Regierung vorgenommen werden.

Artikel 63

Durch diesen Artikel soll der Grundsatz festgehalten werden, dass für Analyse- und Statistikzwecke bezüglich der Anwendung des Dekretentwurfs erst auf anonyme Daten zurückgegriffen werden soll. Wenn die Analysen und Statistiken auf Basis dieser Daten nicht erstellt werden kön-

nen, ist ein Rückgriff auf verschlüsselte Personenbezogene Daten und anschließend auf unverschlüsselte personenbezogene Daten möglich.

Artikel 64

Dieser Artikel regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten.

Artikel 65

Dieser Artikel sieht vor, dass Inspektoren mit der Überwachung des vorliegenden Dekretentwurfs und seiner Ausführungserlasse beauftragt werden. Dazu werden sie durch die Regierung bestellt.

Auch in Bezug auf die Feststellung von Verstößen gegen vorliegenden Dekretentwurf sind alle Bestimmungen des Sozialstrafgesetzbuchs anwendbar, sowohl auf die Inspektoren und die durch das Sozialstrafgesetzbuch zur Zusammenarbeit verpflichteten Einrichtungen und Personen als auch die kontrollierten Personen.

Artikel 66

Dieser Artikel bestimmt, über welche Befugnisse die Inspektoren verfügen. Er regelt, durch den Verweis auf das Sozialstrafgesetzbuch, u.a. den Zugang zu den bewohnten Räumlichkeiten, die Identifizierung der Inspektoren, das Verhören von Personen. Durch das Sozialstrafgesetzbuch werden zudem ausreichend Verfahrensgarantien festgelegt, die bei der Ausübung ihres Informations-, Beratungs- und Überwachungsauftrags zu beachten sind.

Artikel 67

Dieser Artikel sieht vor, dass die Inspektoren den vertraulichen Charakter der Angaben gewährleisten.

Artikel 68

Die Artikel 68 bis 70 sehen Strafbestimmungen vor, um betrügerische Handlungen zum Erhalt von Familienleistungen zu ahnden. In der Tat schaden solche Handlungen der gesamten Bevölkerung und setzen ihre finanziellen Interessen aufs Spiel, indem durch betrügerische Handlungen und auf missbräuchliche Weise Leistungen finanzieller Art bezogen werden, obwohl kein Anrecht auf diese besteht.

Der vorliegende Artikel sieht die Strafen bei Fälschung und Gebrauch gefälschter Urkunden vor.

Artikel 69

Dieser Artikel sieht dieselben Strafen bei unrichtigen oder unvollständigen Erklärungen vor.

Artikel 70

Dieser Artikel sieht dieselben Strafen bei Betrug vor.

Artikel 71

Die strafrechtlichen Geldbußen unterliegen durch die Anwendung des Gesetzes vom 5. März 1952 über die Zuschlagzehntel auf strafrechtliche Geldbußen bereits einer Zuschlagsregelung. Dieser Artikel bestimmt, dass dieselben Zuschlagsregeln auch für administrative Geldbußen Anwendung finden und somit sowohl strafrechtliche Geldbußen als auch administrative Geldbußen denselben Zuschlagsregeln unterliegen. Durch den Verweis auf das Gesetz vom 5. März 1952 lässt sich in Zukunft auch vermeiden, dass die administrative Geldbußen jedes Mal gesondert angepasst werden müssen, wenn sich die Zuschlagsregeln für strafrechtliche Geldbußen ändern.

AA

Artikel 72

Durch die Anwendung von Artikel 66 sollte sichergestellt werden, dass bei der Ermittlung und Feststellung der Verstöße gegen vorliegenden Dekretentwurf die Verfahrensregeln des Sozialstrafgesetzbuches gelten. Durch vorliegenden Artikel soll nun gewährleistet werden, dass bei der strafrechtlichen oder administrativen Ahndung auch die durch das Sozialstrafgesetzbuch festgelegten Regeln und Garantien gelten.

Artikel 73

Dieser Artikel sieht eine Verjährungsfrist von 5 Jahren zur Einforderung der Familienleistungen vor.

Artikel 74

Dieser Artikel sieht die Verjährungsfristen zur Rückforderung von Familienleistungen vor. Diese beträgt 3 Jahre. Im Betrugsfall beträgt die Frist jedoch 5 Jahre.

Artikel 75

Dieser Artikel schafft einen Rat für Familienleistungen.

Artikel 76

Dieser Artikel legt die Aufgaben des Rates fest. Er legt auch fest, dass die Regierung zu jedem Vorentwurf eines Dekretes oder eines Erlasses, der die Familienleistungen betrifft, das Gutachten des Rates einholt.

Artikel 77

Dieser Artikel bestimmt die Zusammensetzung des Rates. Er besteht einerseits aus Vertretern des Wirtschafts- und Sozialrates, die die Arbeitnehmer bzw. die Arbeitgeber vertreten. Andererseits besteht er aus Vertretern von Organisation, die die Interessen der Familien vertreten.

Die Mitglieder werden auf Vorschlag der betroffenen Organisation von der Regierung ernannt, für ein Mandat von fünf Jahren.

Artikel 78

Dieser Artikel bestimmt die Funktionsweise des Rates.

Artikel 79

Dieser Artikel sieht vor, dass der Rat jährlich einen Bericht über sein Tätigkeiten verfasst.

Artikel 80

Dieser Artikel legt fest, wer Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen hat.

Artikel 81

Durch einen zeitgleichen Zuwachs von mindestens 3 Kleinkindern, stehen die Eltern vor einer großen Herausforderung. Die zeitlich intensive Betreuung und Pflege der Kinder lässt wenig Zeit für andere Aufgaben. Um diese Herausforderung der ersten 3 Lebensjahre bestmöglich zu bewältigen, erhielten die Eltern bisher im Rahmen eines Pilotprojektes eine Unterstützung in Form einer Familienhilfe und einer Putzhilfe über den Zeitraum von drei Jahren, vollständig finanziert durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Dienstleistungen wurden durch den aner-



kannten Dienst der häuslichen Hilfe, die Familienhilfe VoG, erbracht. Nach einer Auswertung der bisherigen Hilfestellung bei den betroffenen Familien als auch bei Kaleido-Ostbelgien, die diese Familien begleitet, wurde deutlich, dass eine größere Flexibilität bei der Form und dem Umfang der Unterstützung sinnvoll ist. Auch angemessen ist eine Erweiterung der Unterstützung auf Familien, die mindestens drei Kleinkinder gleichzeitig in ihrem Haushalt angemeldet haben mit der Bedingung, dass der Altersunterschied zwischen dem ersten und dem dritten Kind weniger als 18 Monate beträgt. Darüber hinaus soll die Unterstützung auch für Pflegekinder und Adoptivkinder zu den gleichen Bedingungen gewährt werden. Die bisherige Drillingshilfe wurde im Rahmen einer Pilotphase auf Grundlage einer Zusage an die betroffene Familie gewährt. Durch diesen Artikel wird nach dieser Pilotphase eine angemessene rechtliche Grundlage für der Unterstützung geschaffen.

Artikel 82

Durch diesen Artikel sollen die aufgrund der Koordinierten Gesetze vom 5. Oktober 1948 über die Entschädigungspensionen ausgezahlt und den Familienleistungen entsprechenden Zulagen und Zuschläge aufgehoben werden. Allerdings ist dieser Artikel gemeinsam mit Artikel 109 zu lesen, sodass diese Zulagen und Zuschläge während einer Übergangszeit weiterhin gewährt werden.

Artikel 83 bis 87

Durch diese Artikel sollen alle Bestimmungen in Bezug auf den im Gesetz vom 9. Juli 1951 zur Entschädigung der Familien besoldeter Militärpersonen erwähnten Zuschlags auf Familienleistungen bzw. Geburtsprämie aufgehoben werden. Allerdings ist dieser Artikel gemeinsam mit Artikel 109 zu lesen, sodass dieser Zuschlag während einer Übergangszeit weiterhin gewährt wird.

Artikel 88 bis 90

Durch diese Artikel sollen alle Bestimmungen in Bezug auf die im Gesetz vom 15. März 1954 über die Wiedergutmachungspensionen für die Zivilopfer des Krieges 1940-1945 und ihre Anspruchsberechtigten erwähnte und den Familienleistungen entsprechende Entschädigung aufgehoben werden. Allerdings sind diese Artikel gemeinsam mit Artikel 109 zu lesen, sodass diese Entschädigung während einer Übergangszeit weiterhin gewährt wird.

Artikel 91

Durch diesen Artikel sollen die aufgrund des Gesetzes vom 28. April 1958 über die Pension der Personalmitglieder bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses und ihrer Berechtigten gewährten Kinderzulagen aufgehoben werden. Allerdings ist dieser Artikel gemeinsam mit Artikel 109 zu lesen, sodass diese Kinderzulagen während einer Übergangszeit weiterhin gewährt werden.

Artikel 92 bis 95



Durch diese Artikel soll einzig das Familiengericht damit beauftragt werden, über alle Streitfälle in Bezug auf die Familienleistungen sowohl zwischen Privatpersonen als auch zwischen der Einrichtung, die mit der Anwendung des vorliegenden Dekretentwurfs beauftragt ist, und Privatpersonen zu urteilen. Das Familiengericht eignet sich optimal als zentrale Gerichtsbarkeit für alle Streitfälle, die die Gewährung, die Auszahlung und die Rückforderung von Familienleistungen betreffen, da es bereits jetzt Anlaufpunkt für alle familiären Streitigkeiten ist, sich die Familienleistungen aus inhaltlicher Sicht in diese Materie einreihen und so sichergestellt wird, dass das Familiengericht einen Gesamtüberblick über die Situation des Kindes erhält. Im Interesse des Kindes und für die Ausübung der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft scheint es unerlässlich, dass ein einziges Gericht mit dieser Materie betraut wird.

Konkret ist das Familiengericht künftig zuständig für alle Streitfälle, die die Bestimmung des Empfängers oder die Auszahlung an den Empfänger zum Gegenstand haben. Somit soll das Familiengericht dafür zuständig werden, Streitfälle aller Art in Bezug auf die Familienleistungen sowohl zwischen Privatpersonen als auch zwischen Privatpersonen und der Verwaltung zu behandeln. Da-

bei kann es sich um Streitfälle zur Gewährung von Familienleistungen, um Streitfälle zwecks Bestimmung des Empfängers der Familienleistungen und Auszahlung an diese Person handeln, oder Rechtsklagen zwecks Rückforderung der Familienleistungen betreffen. Im letzten Fall sind auch die Strafbestimmungen anzuwenden, die im vorliegenden Dekretentwurf vorgesehen werden, um die korrekte Anwendung der Bestimmungen des Dekrets zu gewährleisten.

Aufgrund der Struktur des neuen Dekrets und der Tatsache, dass künftig alle Rechte am Kind und nicht mehr an der berufsständischen Situation des Berechtigten festgemacht werden, besteht kein Grund mehr, dass das Arbeitsgericht weiterhin Streitfälle in Bezug auf die die Familienleistungen betreffenden Verpflichtungen des Arbeitgebers erkennt.

Artikel 96 bis 98

Da die Familienleistungen nicht mehr Teil der sozialen Sicherheit sind, sollen durch diese Artikel zwecks Textbereinigung einige technische Änderungen vorgenommen werden.

Artikel 99

Dieser Artikel muss zusammen mit Artikel 105 gelesen werden. Durch diesen Artikel soll die Grundlage geschaffen werden, durch die der Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche finanzielle Unterstützungsleistungen, die im Rahmen des Jugendschutzes getroffen wurden, übernehmen kann.

Artikel 100

Durch diesen Artikel sollen die Personen öffentlichen Rechts von der Pflicht befreit werden, alle sozialen Angaben ihrer Angestellten in das Kataster der Familienleistungen einzugeben.

Artikel 101 bis 104

Da einerseits künftig alle Rechte am Kind und nicht mehr an der berufsständischen Situation des Berechtigten festgemacht werden und andererseits die in den Artikel 68 bis 70 erwähnten Strafbestimmungen aus dem Sozialstrafgesetzbuch übertragen wurden, soll das Sozialstrafgesetzbuch so abgeändert werden, dass es keine Verweise auf die Familienleistungen mehr enthält. So sollen auch doppelte Rechtsgrundlagen für dieselbe Materie vermieden werden.

Artikel 105

Durch diesen Artikel sollen verschiedene Grundlagen für die Gewährung einer finanziellen Unterstützung geschaffen werden:

- einerseits zugunsten von im Rahmen der Jugendhilfe und des Jugendschutzes untergebrachten Jugendlichen;
- und andererseits zugunsten von Eltern, deren Kinder im Rahmen derselben Maßnahmen untergebracht sind. Diese Unterstützung soll dazu dienen, den Kontakt zwischen Eltern und Kind zu fördern.

Artikel 106 und 107

Durch diese Artikel sollen die aufgrund des Königlichen Erlasses vom 21. Mai 1964 zur Koordinierung der Gesetze über das Personal in Afrika gewährten und den Familienleistungen entsprechenden Leistungen aufgehoben werden. Allerdings sind diese Artikel gemeinsam mit Artikel 109 zu lesen, sodass diese Leistungen während einer Übergangszeit weiterhin gewährt werden.

Artikel 108

Aufgrund der Einführung eines neuen Systems der Familienleistungen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft, dessen zentraler Anknüpfungspunkt das Kind ist und nicht mehr von der berufsständischen Situation eines Berechtigten ausgegangen wird, es künftig keine Kassen mehr ge-

ben wird und sich das gemeinschaftliche System grundlegend vom föderalen System unterscheiden wird, macht ein Abänderungstext der bisherigen Rechtsgrundlagen wenig Sinn. Daher sollen durch diesen Artikel alle Rechtsgrundlagen aufgehoben werden, auf Grundlage derer die bisherigen Familienleistungen gewährt und ausgezahlt wurden.

Außerdem soll der Rat für Familienleistungen eine dekretale Grundlage finden (s. Kapitel 7) und die bisherige Grundlage auf Erlassebene ersetzen.

Artikel 109

Dieser Artikel soll den Übergang vom alten föderalen System in das neue System der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisieren. Durch den Übergang von einem System ins andere soll möglichst keine Familie benachteiligt werden, sodass einige Leistungen aus dem alten System während einer Übergangsphase auch im neuen System gezahlt werden. Der Artikel legt fest, welche Leistungen aus dem alten System aufaddiert werden und wie lange diese weiterhin gewährt werden. Die Leistungen aus dem alten System werden grundsätzlich nur dann gewährt, wenn der aufaddierte Betrag vorteilhafter ist als der Betrag, den der Empfänger aufgrund der Bestimmungen des vorliegenden Dekretentwurfs erhalten würde. Der aufaddierte Betrag soll auch nur so lange gewährt werden, bis sich die Familiensituation ändert. Das ist etwa dann der Fall, wenn durch Geburt oder Adoption Familienleistungen für ein neues Kind gewährt werden müssten oder für ein Kind keine Familienleistungen mehr gewährt werden müssen, weil es die Gewährungsbedingungen nicht mehr erfüllt. Die Familiensituation gilt auch dann als geändert, sobald der überlebende Elternteil, des Kindes, das Waisenkindergeld erhielt, heiratet oder eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen tätigt.

Artikel 110

Dieser Artikel soll gewährleisten, dass alle Ausbildungen im Sinne des alten Systems während einer Übergangszeit auch weiterhin als Ausbildung gelten, sodass alle Kinder, die für eine solche Ausbildung eingeschrieben sind, weiterhin als einer Ausbildung folgend gelten, um so für die Gewährung des Basiskindergeldes in Betracht gezogen werden zu können. Dieses Übergangsrecht ist zeitlich auf die Dauer ihrer Ausbildung und höchstens bis zum 30. September 2019 begrenzt.

Artikel 111

Dieser Artikel soll gewährleisten, dass die zwölfmonatige Verlängerung des Anrechts aus dem alten System auch im neuen System berücksichtigt und korrekt berechnet wird. Wenn ein Kind also schon vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekretentwurfs Kindergeld auf Grundlage von Artikel 62 §5 des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes und Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes erhalten hat, wird der aufgrund dieser Gesetzgebung in Anspruch genommene Zeitraum für die aufgrund Artikel 10 des vorliegenden Dekretentwurfs festgelegte Verlängerung des Anrechts berücksichtigt, sodass ein Kind, das nur die in Artikel 62 §5 des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes und die in Artikel 10 erwähnten Bedingungen erfüllt, auch tatsächlich nur während eines weiteren Jahres Familienleistungen erhält.

Artikel 112

Vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Beihilfen für Personen mit Behinderung konnten gewisse Kinder mit einer Beeinträchtigung das Kindergeld ohne Altersbegrenzung, d.h. auch nach dem Erreichen des Alters von 25 Jahren, erhalten. Das Gesetz vom 27. Februar 1987 hat dies beendet, hat aber als Übergang vorgesehen, dass die Kinder, die zu diesem Zeitpunkt bereits 21 Jahre alt waren, das Kindergeld weiterhin ohne Altersbegrenzung erhalten.

Vorliegender Artikel sieht vor, dass die Kinder, die sich im Dezember 2018 noch in diesem Übergang befinden, weiterhin den Betrag erhalten, den sie im Dezember 2018 erhalten. Ihr Anrecht auf diesen festgehaltenen Betrag endet, wenn sie nicht mehr in die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen.

Artikel 113

Diese Übergangsbestimmung regelt die Rechtsnachfolge des durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2016 zur Schaffung eines Rates für Familienleistungen geschaffenen Rates für Familienleistungen. Die Mitglieder dieses Rates müssen somit nicht neu bestellt werden und bleiben für die ursprüngliche Mandatsdauer bestellt, beginnend ab dem Datum ihrer ursprünglichen Bestellung.

Artikel 114

Dieser Artikel soll die Kontinuität der Auszahlung sicherstellen. Die Person, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Dekretentwurfs Empfänger der Familienleistungen war, bleibt dies auch weiterhin bis zu dem Moment, in dem es zu einem Ereignis kommt, das eine Änderung des Empfängers zur Folge hätte.

Artikel 115

In der aktuellen föderalen Gesetzgebung kann eine Person aufgrund ihrer berufsständischen Situation das Anrecht für gewisse Familienangehörige eröffnen. In Zukunft basiert das Recht prinzipiell auf dem Wohnsitz, wobei Personen, die im deutschen Sprachgebiet arbeiten weiterhin Kindergeld für ihre Kinder, die im Ausland leben, erhalten. Im Rahmen der Zuständigkeitsübernahme haben sich die Gebietskörperschaften auf eine gemeinsame Definition der Familienangehörigen geeinigt. Diese ist allerdings enger gefasst als die heutige Definition. Durch diesen Artikel wird eine Übergangsregelung festgelegt, so dass die Kinder, die kein Anrecht mehr hätten, für einen gewissen Zeitraum weiter Anrecht haben.

Artikel 116

Diese Bestimmung sieht das Inkrafttreten des Dekretentwurfs zum 1. Januar 2019 vor

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line and a small flourish.

VORENTWURF

Dekretvorentwurf über die Familienleistungen

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Gegenstand

Das vorliegende Dekret legt verschiedene finanzielle Leistungen für Kinder fest, unbeschadet der Unterstützungsleistungen, die ihnen aufgrund anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen gewährt werden. Diese Leistungen sind einmalig oder periodisch und dienen dazu, allen Kindern Entwicklungs- und Entfaltungschancen zu bieten, einen teilweisen Ausgleich der erhöhten Kosten des Haushalts aufgrund der Unterhaltskosten von einem oder mehreren Kindern zu bieten und die Kinderarmut zu bekämpfen.

Art. 2 – Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Kind: jede minderjährige oder volljährige Person, die Anrecht auf eine der in Kapitel 2 und 3 erwähnten Leistungen hat;

2. verschwundenem Kind: das Kind, das unfreiwillig nicht mehr an seinem Wohnsitz anwesend ist und von dem man keine Nachrichten hat. Das Verschwinden kann mit allen rechtlichen Mitteln nachgewiesen werden. Das Kind, das aller Wahrscheinlichkeit nach unter Umständen wie Unfällen oder Katastrophen umgekommen ist, selbst wenn sein Leichnam nicht gefunden wurde, sowie das Kind, das von einem der Elternteile entführt wurde, gilt nicht als verschwunden;

3. entführtem Kind: das Kind, das auf ungesetzliche Weise der Autorität seiner Eltern, seines Vaters, seiner Mutter oder der Person oder Einrichtung, die unmittelbar vor der Entführung Empfänger des Basiskindergeldes gemäß Artikel 26 war, entzogen wurde;

4. Sozialversichertem: die Person, die in den persönlichen Anwendungsbereich einer europäischen Verordnung oder eines bilateralen Abkommens fällt, die auf die Familienleistungen anwendbar sind, und die aufgrund eines Zusammenarbeitsabkommens in die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft fällt;

5. Familienangehörigem: unbeschadet der Anwendung bilateraler Abkommen im Bereich der Familienleistungen folgende Kinder:

a) das eigene Kind des Sozialversicherten;

b) das eigene Kind des Ehepartners des Sozialversicherten oder der Person, die kein (Bluts)verwandter bis zum dritten Grad des Sozialversicherten ist, mit der der Sozialversicherte tatsächlich zusammenwohnt oder mit der der Sozialversicherte eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen getätigt hat;

c) das gemeinsame Kind des Sozialversicherten und seines Ehepartners oder der Person, die kein (Bluts)verwandter bis zum dritten Grad des Sozialversicherten ist, mit der der Sozialversicherte tatsächlich zusammenwohnt oder mit der der Sozialversicherte eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen getätigt hat;

6. Familienleistungen: die in den Kapiteln 2 und 3 definierten Leistungen;

7. Kindergeld: das in Artikel 8 erwähnte Basiskindergeld zuzüglich der in den Artikeln 15, 17, 19, 21 und 23 erwähnten Zuschläge, auf die das Kind gegebenenfalls Anrecht hat;

8. Antragsteller: die natürliche Person, die ein Anrecht auf Familienleistungen hat, Anspruch darauf erhebt oder darauf erheben kann, ihre gesetzlichen Vertreter und ihre Bevollmächtigten sowie der tatsächliche oder potenzielle Empfänger der Familienleistungen;

9. Inspektoren: die in Artikel 65 erwähnten Personen;

10. Rat: der in Artikel 75 erwähnte Rat für Familienleistungen.

Art. 4 – Bestimmung des Wohnsitzes

§1 – Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets wird der Wohnsitz einer Person wie folgt bestimmt:

1. in Belgien gilt der Ort als Wohnsitz, an dem eine Person den in Artikel 1 §1 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente und zur Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen definierten Bevölkerungsregistern zufolge ihren Hauptwohnnort hat oder gemäß Artikel 1 §2 desselben Gesetzes ihre Bezugsadresse hat;

2. im Ausland gilt der Ort als Wohnsitz, der laut den Dokumenten des Einwohnermeldeamts oder der für Personenstandsangelegenheiten zuständigen ausländischen Behörde oder Dienststelle als solcher ausgewiesen wird.

§2 – Der gemäß §1 Nummer 1 erwähnte Ort gilt nicht als Wohnsitz, wenn die Person ihren Hauptwohnnort an einem anderen Ort festgelegt hat, ohne dies in der Form und innerhalb der Fristen, die in dem Gesetz vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente und zur Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen und seinen Ausführungserlassen vorgeschrieben sind, zu melden. In diesem Fall gilt, dass die Person keinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

In Abweichung von Absatz 1 gilt der Ort als Wohnsitz, an dem die betreffende Person ihren Hauptwohnnort festgelegt hat, ohne dies in der Form und innerhalb der Fristen, die in dem Gesetz vom 19. Juli 1991 über die Bevölkerungsregister, die Personalausweise, die Ausländerkarten und die Aufenthaltsdokumente und zur Abänderung des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen und seinen Ausführungserlassen vorgeschrieben sind, zu melden, wenn sich dieser Ort im deutschen Sprachgebiet befindet.

Art. 5 – Gleichstellung von Adoptiveltern und leiblichen Eltern

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets, mit Ausnahme der Artikel 32 bis 35, werden die Eltern durch einfache Adoption oder Volladoption den leiblichen Eltern gleichgestellt.

KAPITEL 2 – KINDERGELD

Abschnitt 1 – Berechtigte

Art. 6 – Das Kind

Das Kind, das seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat, eröffnet das Recht auf das Kindergeld.

Handelt es sich bei dem in Absatz 1 erwähnten Kind um eine Person ausländischer Staatsangehörigkeit, wird das Recht nur eröffnet, wenn ihr Aufenthalt oder die Niederlassung gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern für länger als drei Monate gestattet oder erlaubt ist.

Die Regierung bestimmt die Situationen, in denen die in den Absätzen 1 und 2 erwähnte Wohnsitzbedingung als erfüllt gilt.

Art. 7 – Der Sozialversicherte

In Abweichung von Artikel 6 eröffnet der Sozialversicherte das Recht auf das Kindergeld für seine Familienangehörigen.

Abschnitt 2 – Leistungen

Unterabschnitt 1 – Basiskindergeld

Art. 8 – Basiskindergeld

Die Regierung gewährt ein Basiskindergeld, welches 154 Euro pro Monat beträgt.

Art. 9 – Gewährungsbedingungen

§1 – Das Basiskindergeld wird jedem Kind ab dem Monat nach seiner Geburt bis einschließlich zu dem Monat gewährt, in dem es 18 Jahre alt wird.

§2 – In Abweichung von §1 wird das Basiskindergeld jedem Kind ab dem Folgemonat seines 18. Geburtstags bis einschließlich zu dem Monat gewährt, in dem es 21 Jahre alt wird wenn:

1. bei dem Kind eine Beeinträchtigung im Sinne von Artikel 22 §1 Absatz 1 Nummer festgestellt wurde;
2. die Auswirkungen der Beeinträchtigung zu einem Zeitpunkt begonnen haben, an dem das Kind kindergeldberechtigt war.

§3 – In Abweichung von §1 wird das Basiskindergeld jedem Kind gewährt, das einer Ausbildung nachgeht, ab dem Folgemonat seines 18. Geburtstags.

Die Regierung bestimmt, was unter Ausbildung im Sinne des vorliegenden Paragraphen zu verstehen ist.

Art. 10 – Verlängerung des Anrechts

Das Basiskindergeld wird für insgesamt zwölf Monate, nachdem das Kind die in Artikel 9 aufgeführten Bedingungen nicht mehr erfüllt, gewährt.

Sobald das Kind die dort aufgeführten Bedingungen wieder erfüllt, wird das Anrecht aufgrund des vorliegenden Artikels ausgesetzt und das Basiskindergeld wird aufgrund von Artikel 9 gewährt. Falls das Basiskindergeld anschließend wieder aufgrund des vorliegenden Artikels gewährt wird, wird das Anrecht um die bereits aufgrund des vorliegenden Artikels genutzte Periode gemindert.

Art. 11 – Erwerbstätigkeit

Das Anrecht auf das Basiskindergeld aufgrund von Artikel 9 §3 und Artikel 10 wird für den Zeitraum, in dem das Kind erwerbstätig ist, ausgesetzt.

Die Regierung bestimmt:

1. welche Tätigkeiten als Erwerbstätigkeit im Sinne des vorliegenden Artikels zu verstehen sind;
2. für welchen Zeitraum das Kind als erwerbstätig gilt;
3. die Situationen, die einer Erwerbstätigkeit gleichgestellt sind;
4. welche Erwerbstätigkeiten nicht zur Aussetzung führen.

Art. 12 – Verschwundenes Kind

Das Basiskindergeld wird zugunsten des verschwundenen Kindes gewährt, wenn es zum Zeitpunkt seines Verschwindens kindergeldberechtigt gemäß Artikel 9 oder 10 war.

Das Basiskindergeld zugunsten des verschwundenen Kindes wird während höchstens fünf Jahren gewährt, gerechnet ab dem ersten Tag des Monats nach dem Monat des Verschwindens des Kindes, sofern das Kind das Alter von fünfundzwanzig Jahren nicht erreicht hat.

Der Anspruch des verschwundenen Kindes auf das Kindergeld endet bei Ablauf des Monats, im

Laufe dessen es gefunden wird, es sei denn, die Bedingungen von Artikel 9 oder 10 sind erfüllt.

Art. 13 – Entführtes Kind

Das Basiskindergeld wird zugunsten des entführten Kindes gewährt:

1. wenn das Kind zum Zeitpunkt seiner Entführung kindergeldberechtigt gemäß Artikel 9 §1 war;
2. wenn die Entführung Gegenstand einer Rechtsklage oder einer Meldung bei der Polizei, bei der Staatsanwaltschaft oder bei den für die Kindesentführung zuständigen belgischen Behörden war;
3. solange das entführte Kind jünger als 18 Jahre ist.

Der Anspruch des entführten Kindes auf das Kindergeld endet bei Ablauf des Monats, im Laufe dessen es nicht mehr als entführt gilt, es sei denn, die Bedingungen von Artikel 9 oder 10 sind erfüllt.

Art. 14 – Ende des Anrechts

Das Anrecht auf das Basiskindergeld erlischt in jedem Fall im Folgemonat des 25. Geburtstags des Kindes.

Unterabschnitt 2 – Der Jahreszuschlag

Art. 15 – Jahreszuschlag

Die Regierung gewährt einen Jahreszuschlag, welcher 51 Euro pro Jahr beträgt.

Art. 16 – Gewährungsbedingungen

Der Jahreszuschlag wird jedem Kind gewährt, das im Monat Juli Anrecht auf das Basiskindergeld hat.

Unterabschnitt 3 – Der Zuschlag für kinderreiche Familien

Art. 17 – Zuschlag für kinderreiche Familien

Die Regierung gewährt einen Zuschlag für kinderreiche Familien, welcher 133 Euro pro Monat beträgt.

Art. 18 – Gewährungsbedingungen

Der Zuschlag für kinderreiche Familien wird jedem Kind unter der Bedingung gewährt, dass es sich bei dem betreffenden Kind um das dritte oder jedes folgende Kind handelt, das einen Anspruch auf das Basiskindergeld eröffnet, welches an denselben Empfänger gezahlt wird.

Wenn das Kindergeld in Anwendung von Artikel 26 §2 gezahlt wird, gilt für die Anwendung des vorliegenden Artikels die Person, die ein Drittel des Kindergeldes erhält als Empfänger.

Unterabschnitt 4 – Der Sozialzuschlag

Art. 19 – Sozialzuschlag

Die Regierung gewährt einen Sozialzuschlag, welcher 73 Euro pro Monat beträgt.

Art. 20 – Gewährungsbedingungen

Der Sozialzuschlag wird jedem Kind gewährt, das:

1. Anrecht auf das Basiskindergeld hat;
2. gemäß Artikel 37 §19 des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung entweder selbst oder über ein Mitglied desselben Haushalts Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung hat;
3. kein Anrecht auf den in Artikel 23 erwähnten Waisenzuschlag hat.

Unterabschnitt 5 – Der Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung

Art. 21 – Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung

Die Regierung gewährt einen Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung, welcher, abhängig von den Auswirkungen der Beeinträchtigung, einer der folgenden Kategorien entspricht:

1. Kategorie 1: 83 Euro pro Monat;
2. Kategorie 2: 110 Euro pro Monat;
3. Kategorie 3: 256 Euro pro Monat;
4. Kategorie 4: 423 Euro pro Monat;
5. Kategorie 5: 481 Euro pro Monat;
6. Kategorie 6: 515 Euro pro Monat;
7. Kategorie 7: 550 Euro pro Monat.

Art. 22 – Gewährungsbedingungen

Der Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung wird jedem Kind gewährt:

1. das entweder Anrecht auf das Basiskindergeld aufgrund von Artikel 9 §1 hat oder das Anrecht auf das Basiskindergeld aufgrund von Artikel 9 §2 hat und nicht erwerbstätig im Sinne von Artikel 11 ist;
2. bei dem eine Beeinträchtigung festgestellt wurde, die Auswirkungen auf seine körperlichen oder geistigen Fähigkeiten, seine Tatkraft beziehungsweise seine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben oder sein familiäres Umfeld hat.

Die Regierung bestimmt:

1. wie die festgestellte Beeinträchtigung den in Artikel 21 erwähnten Kategorien jeweils zugeordnet wird;
2. wer die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Auswirkungen wie und nach welchen Kriterien feststellt;
3. unter welchen Bedingungen die Feststellung der Auswirkungen der Beeinträchtigung revidiert werden kann.

Unterabschnitt 6 – Der Waisenzuschlag

Art. 23 – Waisenzuschlag

Die Regierung gewährt einen Waisenzuschlag, welcher 235 Euro pro Monat beträgt.

Art. 24 – Gewährungsbedingungen

Der Waisenzuschlag wird jedem Kind gewährt:

1. das Anrecht auf das Basiskindergeld hat;
2. dessen Eltern beide verstorben oder für verschollen erklärt sind oder, falls ein Abstammungsverhältnis nur zu einem Elternteil feststeht, dieser Elternteil verstorben oder für verschollen erklärt ist.

Der Waisenzuschlag wird nicht mehr gewährt, wenn das Waisenkind adoptiert wird oder ein Abstammungsverhältnis zu einem vormals unbekannten Elternteil geschaffen wird.

Unterabschnitt 7 – Gemeinsame Bestimmungen

Art. 25 – Zeitpunkt der Eröffnung und des Erlöschens des Anrechts

Das Anrecht auf die in den Unterabschnitten 1 bis 6 erwähnten Leistungen wird im Folgemonat des Monats, in dem ihre jeweiligen Bedingungen erfüllt sind, eröffnet.

Es erlischt im Folgemonat des Monats, in dem ihre jeweiligen Bedingungen nicht mehr erfüllt sind.

Abschnitt 3 – Empfänger

Art. 26 – Empfänger

§1 – Folgende Personen gelten in nachstehender Reihenfolge als Empfänger des Kindergeldes:

1. die Person, die durch das zuständige Gericht aufgrund von Artikel 53 bestimmt wurde;
2. der Elternteil, der denselben Wohnsitz wie das Kind hat;
3. die Mutter, wenn Eltern unterschiedlichen Geschlechts denselben Wohnsitz wie das Kind haben;
4. der ältere Elternteil, wenn Eltern gleichen Geschlechts denselben Wohnsitz wie das Kind haben;
5. die Person, die das Kind tatsächlich großzieht, wenn keiner der Elternteile denselben Wohnsitz wie das Kind hat;
6. die Frau, wenn es sich im Nummer 5 erwähnten Fall um zwei Personen unterschiedlichen Geschlechts handelt;
7. die älteste Person, wenn es sich im Nummer 5 erwähnten Fall um zwei Personen gleichen Geschlechts oder um mehr als zwei Personen handelt.

Die Personen, die mehr als die Hälfte der Unterhaltskosten für das Kind tragen, gelten als das Kind tatsächlich großziehend im Sinne von Absatz 1 Nummern 5, 6 und 7. Bis zum Beweis des Gegenteils gilt, dass es sich dabei um die volljährigen Personen handelt, die denselben Wohnsitz wie das Kind haben.

Die Regierung bestimmt die Modalitäten, nach denen der Beweis des Gegenteils erbracht wird.

§2 – In Abweichung von §1 gelten folgende Personen als Empfänger des Kindergeldes für das Kind, das durch Vermittlung oder zu Lasten einer öffentlichen Behörde während 30 oder mehr aufeinanderfolgenden Tagen in einer Einrichtung untergebracht ist:

1. die laut §1 bestimmte Person, für ein Drittel des Kindergeldes;
2. die Einrichtung für zwei Drittel des Kindergeldes.

In Abweichung von Absatz 1 gelten folgende Personen als Empfänger des Kindergeldes für das Kind, das in Anwendung von Jugendschutz- oder Jugendhilfebestimmungen zu Lasten der zuständigen Behörde während 30 oder mehr aufeinanderfolgenden Tagen in einer Einrichtung untergebracht ist:

1. die laut §1 bestimmte Person, für ein Drittel des Kindergeldes;
2. die Behörde für zwei Drittel des Kindergeldes.

Die Regierung bestimmt für die Anwendung des vorliegenden Paragraphen, was unter Unterbringung, Behörde und Einrichtung zu verstehen ist.

§3 – In Abweichung von §1 und unbeschadet von §2 gilt das Kind selbst in folgenden Fällen als Empfänger:

1. wenn es verheiratet ist;
2. wenn es für mündig erklärt wird und nicht denselben Wohnsitz wie die in §1 erwähnte Person

hat;

3. wenn es das Alter von 16 Jahren erreicht und nicht denselben Wohnsitz wie die in §1 erwähnten Person hat;

4. wenn es selbst Empfänger von Kindergeld zugunsten eines oder mehrerer eigener Kinder ist.

Nur in vorliegendem Paragraphen erwähnte Kinder können eine andere Person als Empfänger bestimmen, vorausgesetzt diese Person ist ein Verwandter oder Verschwägerter ersten Grades des Kindes.

§4 – In Abweichung von §1 gelten folgende Personen in nachstehender Reihenfolge als Empfänger des Kindergeldes für das entführte Kind:

1. die gemäß §1 ermittelte Person, die unmittelbar vor der Entführung Empfänger des Kindergeldes war;

2. die Mutter des entführten Kindes, wenn es sich um Eltern unterschiedlichen Geschlechts handelt und die Mutter nicht Empfänger für dieses Kind war;

3. der Vater des entführten Kindes, wenn es sich um Eltern unterschiedlichen Geschlechts handelt und der Vater nicht Empfänger für dieses Kind war;

4. der älteren Elternteil, der nicht Empfänger für dieses Kind war, wenn es sich um Eltern gleichen Geschlechts handelt;

5. der jüngeren Elternteil, der nicht Empfänger für dieses Kind war, wenn es sich um Eltern gleichen Geschlechts handelt;

6. die Person, die das Kind unmittelbar vor der Entführung tatsächlich großzog und nicht Empfänger für dieses Kind war, wobei für die Bestimmung dieser Person §1 Absatz 1 Nummern 5, 6 und 7 anzuwenden sind.

Die gemäß Absatz 1 ermittelte Person kann nur Empfänger des Kindergeldes sein, wenn diese weder direkt noch indirekt an der Entführung des Kindes mitgewirkt hat und ihren Wohnsitz zum Zeitpunkt und für die Dauer der Entführung im deutschen Sprachgebiet hat.

Art. 27 – Neuer Empfänger

Ereignisse, die eine Änderung des Empfängers zur Folge haben, wirken ab dem Folgemonat des Monats, in dem dieses Ereignis stattgefunden hat.

KAPITEL 3 – PRÄMIEN

Abschnitt 1 – Geburtsprämie

Art. 28 – Geburtsprämie

Die Regierung gewährt eine Geburtsprämie, welche 1.122 Euro beträgt.

Art. 29 – Gewährungsbedingungen

Die Geburtsprämie wird jedem Kind einmalig anlässlich seiner Geburt gewährt, das seinen ersten Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat.

Die Geburtsprämie wird ebenfalls gewährt, wenn kein Anspruch auf Kindergeld besteht, sofern es sich um ein Kind handelt, für das ein Standesbeamter eine Urkunde über die Anmeldung eines leblosen Kindes ausgefertigt hat und die Mutter des Kindes zum Zeitpunkt der Entbindung ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hatte.

Art. 30 – Empfänger

Folgende Personen gelten in nachfolgender Reihenfolge als Empfänger der Geburtsprämie:

1. die Mutter, wenn es sich um Eltern unterschiedlichen oder weiblichen Geschlechts handelt;

2. die ältere Person, wenn es sich um Eltern männlichen Geschlechts handelt oder wenn die El-

tern weiblichen Geschlechts das Kind selbst nicht zur Welt gebracht haben.

Art. 31 – Zeitpunkt der Bestimmung der Höhe der Prämie

Unbeschadet der Anwendung von Artikel 49 Absatz 1 Nummer 2 wird die Höhe der Geburtsprämie zum Zeitpunkt der Geburt festgelegt.

Abschnitt 2 – Adoptionsprämie

Art. 32 – Adoptionsprämie

Die Regierung gewährt eine Adoptionsprämie, welche 1.122 Euro beträgt.

Art. 33 – Gewährungsbedingungen

Die Adoptionsprämie wird jedem Kind gemäß den folgenden Bedingungen gewährt:

1. es liegen Dokumente vor, die die Absicht des Adoptierenden oder seines Ehepartners ausdrücken, ein Kind zu adoptieren. Bei diesen Dokumenten handelt es sich um einen Antrag, der vor dem zuständigen Gericht eingereicht wurde oder, in Ermangelung eines Antrags, um eine unterzeichnete Adoptionsurkunde;
2. das Kind hat denselben Wohnsitz wie der Adoptierende;
3. das Kind ist aufgrund von Artikel 6 kindergeldberechtigt.

Wenn das Kind am Tag der Hinterlegung des Antrags oder, in Ermangelung eines Antrags, am Tag der Unterzeichnung der Urkunde bereits denselben Wohnsitz wie der Adoptierende hat, muss die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Bedingung an diesem Tag erfüllt sein.

Wenn das Kind am Tag der Hinterlegung des Antrags oder, in Ermangelung eines Antrags, am Tag der Unterzeichnung der Urkunde noch nicht denselben Wohnsitz wie der Adoptierende hat, muss die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Bedingung zu dem Zeitpunkt, an dem das Kind denselben Wohnsitz wie der Adoptierende hat, erfüllt sein.

Art. 34 – Empfänger

Folgende Personen gelten in nachfolgender Reihenfolge als Empfänger der Adoptionsprämie:

1. der Adoptierende, wenn er das Kind allein adoptiert;
2. der Adoptierende, der durch beide Adoptierende als Empfänger bestimmt wurde, wenn es sich um mehrere Adoptierende handelt;
3. die Adoptivmutter, wenn keine in Nummer 2 erwähnte Wahl getroffen wird und es sich um zwei Adoptierende unterschiedlichen Geschlechts handelt;
4. die ältere Person, wenn keine in Nummer 2 erwähnte Wahl getroffen wird und es sich um zwei Adoptierende gleichen Geschlechts handelt.

Die Regierung bestimmt die Modalitäten, nach denen die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Adoptierenden ihre Wahl treffen.

Art. 35 – Gewährungszeitpunkt und Ausschlusskriterien

Für ein adoptiertes Kind wird der Betrag der Adoptionsprämie gewährt, der am Tag der Hinterlegung des Antrags oder, in Ermangelung eines Antrags, am Tag der Unterzeichnung der Adoptionsurkunde anwendbar war. Hat das Kind zu diesem Zeitpunkt noch nicht denselben Wohnsitz wie der Adoptierende, wird der Betrag der Adoptionsprämie gewährt, der zu dem Zeitpunkt, zu dem das Kind denselben Wohnsitz wie der Adoptierende hat, anwendbar ist.

Für dasselbe Kind kann im Rahmen derselben Adoption nur eine einzige Adoptionsprämie gewährt werden.

Die Adoptionsprämie wird nicht gewährt, wenn der Adoptierende, sein Ehepartner beziehungsweise die Person, die gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen Teil seines Haushalts ist, für dasselbe Kind bereits eine Geburtsprämie oder eine vergleichbare Prämie einer anderen Gebietskörperschaft oder eines anderen Staates anlässlich der Geburt bezogen hat.

KAPITEL 4 – ENTWICKLUNG DER LEISTUNGEN

Art. 36 – Entwicklungsmodalitäten

§1 – Die Familienleistungen werden jährlich ab dem Jahr 2020 im Monat Juli angeglichen:

1. an die definitiv festgelegte Schwankungsrate des durchschnittlichen Verbraucherpreisindex des vorherigen Haushaltsjahres, gemäß den in Artikel 38 §3 Absatz 1 des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen festgelegten Modalitäten;
2. an den Prozentsatz von 25 % des definitiv festgelegten realen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts pro Einwohner des vorherigen Haushaltsjahres.

§2 – In Abweichung von §1 bleiben die Beträge der Leistungen unverändert, wenn die Anwendung von §1 eine negative Angleichung zur Folge hätte.

In diesem Fall erfolgt die in §1 erwähnte Angleichung im darauffolgenden Jahr an die Werte der vorherigen Haushaltsjahre, die noch nicht für eine Angleichung berücksichtigt wurden.

§3 – Die in §1 angegebenen Werte werden in Einheiten gefolgt von vier Dezimalstellen angegeben. Die fünfte Dezimalstelle fällt weg, wobei die vorangehende Ziffer aufgerundet wird, wenn die fünfte Dezimalstelle mindestens 5 beträgt.

Enthalten die Leistungen infolge der Anwendung von §1 den Bruchteil eines Cents, wird dieser Bruchteil eines Cents zum vollständigen Cent auf- oder abgerundet, je nachdem, ob dieser Bruchteil 0,5 erreicht oder nicht.

KAPITEL 5 – GEWÄHRUNGS- UND RÜCKFORDUNGSVERFAHREN

Abschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmungen

Art. 37 – Abweichung von der Charta des Sozialversicherten

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels sind in Abweichung der Bestimmungen des Gesetzes vom 11. April 1995 zur Einführung der "Charta" der Sozialversicherten anwendbar.

Abschnitt 2 – Anträge

Art. 38 – Einreichen des Antrags

Die Familienleistungen werden entweder von Amts wegen, wenn es materiell möglich ist, oder auf schriftlichen Antrag, der bei der Regierung einzureichen ist, ausgezahlt.

Die Regierung übermittelt dem Antragsteller eine Empfangsbestätigung oder die Bestätigung, dass sein Anrecht untersucht wird, oder händigt ihm diese Bestätigungen aus. Jede Empfangsbestätigung muss die vorgesehene Frist für die Bearbeitung des Antrags sowie die zu berücksichtigende Verjährungsfrist enthalten. Eine Zahlung oder eine Bitte um zusätzliche Auskünfte gilt als Empfangsbestätigung.

Die Regierung bestimmt:

AA

1. was unter materiell möglich zu verstehen ist;
2. den Inhalt der jeweiligen Anträge auf Familienleistungen;
3. die Modalitäten der Bearbeitung des Anrechts von Amts wegen;
4. die zusätzliche Modalitäten in Bezug auf die Bestätigungen;
5. die Fälle, in denen keine Empfangsbestätigung ausgestellt werden muss.

Art. 39 – Erteilung dienlicher Informationen

Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 43 erteilt die Regierung dem Antragsteller auf dessen Antrag hin alle dienlichen Informationen bezüglich seiner Rechte und Pflichten und übermittelt ihm auf eigene Initiative alle zusätzlichen Informationen, die für die Bearbeitung seines Antrags oder zur Wahrung seiner Rechte notwendig sind. Sie berät ihn darüber hinaus über die Ausübung seiner Rechte oder die Erfüllung seiner Pflichten.

Die in Absatz 1 erwähnte Information:

1. vermerkt deutlich das Aktenzeichen der behandelten Akte;
2. ist präzise und vollständig;
3. ist kostenlos;
4. wird innerhalb einer Frist von fünfundvierzig Tagen erteilt.

Die Regierung bestimmt, was unter dienlicher Information zu verstehen ist sowie die Modalitäten zur Anwendung des vorliegenden Artikels.

Art. 40 – Bearbeitung des Antrags

Die Regierung trägt bei der Bearbeitung des Antrags auf eigene Initiative alle notwendigen Auskünfte zusammen, um die Rechte des Antragstellers beurteilen zu können. In Ermangelung dieser Auskünfte fordert sie diese gemäß den Modalitäten, die sie festlegt, beim Antragsteller ein.

Wenn der Antragsteller diese Auskünfte nicht innerhalb eines Monats erteilt, wird ihm ein Erinnerungsschreiben zugesandt. Wenn der Antragsteller die beantragten zusätzlichen Auskünfte trotz Erinnerungsschreiben nach mehr als einem Monat immer noch nicht erteilt hat, kann die Regierung, nachdem sie alle dienlichen Schritte zur Erlangung dieser Auskünfte unternommen hat, ihren Beschluss auf Grundlage der Auskünfte fassen, über die sie verfügt, es sei denn, der Antragsteller gibt einen Grund an, der eine längere Beantwortungsfrist rechtfertigt.

Art. 41 – Erneuter Antrag

Nach einem Beschluss oder einer rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung über den Antrag auf Gewährung einer Familienleistung kann in den für den ursprünglichen Antrag vorgesehenen Formen ein neuer Antrag eingereicht werden. Ein neuer Antrag kann nur in Anbetracht neuer Beweiselemente, die der Regierung oder dem zuständigen Rechtsprechungsorgan vorher noch nicht vorgelegt worden sind, oder aufgrund einer Abänderung einer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmung oder aufgrund einer veränderten Situation des Antragstellers für begründet erklärt werden.



Abschnitt 3 – Beschlüsse

Art. 42 – Frist zur Beschlussfassung

Die Regierung fasst ihren Beschluss spätestens innerhalb von vier Monaten nach Empfang des in Artikel 38 erwähnten Antrags oder nach Eintreten des in demselben Artikel erwähnten Umstandes, der zu der Untersuchung des Anrechts von Amts wegen Anlass gibt.

Wenn die Regierung innerhalb dieser Frist keinen Beschluss fassen kann, setzt sie den Antragsteller davon in Kenntnis und begründet diese Verspätung. Die Beschlussfassungsfrist wird dadurch nicht verlängert.

Erfordert der Antrag den Rückgriff auf eine Einrichtung, die der Zuständigkeit einer anderen Gebietskörperschaft unterliegt, wird dieser durch die Regierung vorgenommen. Der Antragsteller wird davon in Kenntnis gesetzt.

Die Beschlussfassungsfrist wird ausgesetzt, solange der Antragsteller oder eine Einrichtung, die der Zuständigkeit einer anderen Gebietskörperschaft unterliegt, der Regierung nicht alle von ihr beantragten Auskünfte, die für die Beschlussfassung notwendig sind, erteilt hat.

Art. 43 – Notifizierung von Beschlüssen

Die Regierung setzt die betroffenen Personen spätestens zum Zeitpunkt der Ausführung von jedem Beschluss, der sie betrifft, in Kenntnis.

Unbeschadet der Anwendung anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen erfolgt die Notifizierung schriftlich an den Antragsteller.

Die Regierung bestimmt:

1. die Modalitäten und Fristen für die Notifizierung;
2. die Fälle, in denen die Notifizierung nicht erfolgen muss oder in denen sie zum Zeitpunkt der Ausführung stattzufinden hat;
3. die Fälle, in denen die Notifizierung per Einschreiben erfolgt.

Art. 44 – Mitteilung des Berechnungsmodus der Familienleistung

Beschlüsse über die Gewährung einer Familienleistung, die Gewährung einer zusätzlichen Familienleistung, die Regularisierung einer Familienleistung oder die Verweigerung einer Familienleistung, die sich auf Geldbeträge beziehen, vermerken, wie diese Beträge berechnet worden sind. Die Beschlüsse sind darüber hinaus den Bestimmungen des Gesetzes vom 29. Juli 1991 über die ausdrückliche Begründung der Verwaltungsakte unterworfen.

Die Regierung legt die Pflichtvermerke fest, die auf den Zahlungsformularen stehen müssen.

Art. 45 – Inhaltliche Vorgaben der Beschlüsse

§1 – Beschlüsse über die Gewährung oder die Verweigerung von Familienleistungen enthalten folgende Vermerke:

1. die Möglichkeit, beim zuständigen Gericht Einspruch einzureichen;
2. die Adresse der zuständigen Rechtsprechungsorgane;
3. die im Falle eines Einspruchs zu respektierenden Fristen und Modalitäten;
4. den Inhalt der Artikel 728 und 1017 des Gerichtsgesetzbuches;
5. die Nummer der Akte und die Angaben des Dienstes, der sie verwaltet;
6. die Möglichkeit, bei dem Dienst, der die Akte verwaltet, oder bei einem dazu bestimmten Informationsdienst jegliche Erklärung betreffend den Beschluss zu erhalten.

Enthält der Beschluss die in Absatz 1 vorgesehenen Vermerke nicht, läuft die in den Artikel 73 und 74 erwähnte Einspruchsfrist nicht an.

§2 – Beschlüsse zur Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Leistungen enthalten zusätzlich zu den in §1 erwähnten Vermerken folgende Angaben:

1. die Feststellung, dass Beträge zu Unrecht gezahlt wurden;
2. den Gesamtbetrag der zu Unrecht ausgezahlten Beträge sowie den Berechnungsmodus;
3. den Inhalt der Bestimmungen, gegen die die Zahlung des zu Unrecht ausgezahlten Betrags verstößt, mit den entsprechenden Verweisen;
4. die berücksichtigte Verjährungsfrist;
5. gegebenenfalls die Möglichkeit für die Regierung, auf die Rückforderung der gezahlten zu Unrecht ausgezahlten Beträge und auf das in diesem Fall zu befolgende Verfahren zu verzichten;
6. die Möglichkeit, einen mit Gründen versehenen Vorschlag für eine Rückzahlung in Teilzahlun-

gen vorzulegen.

Enthält der Beschluss die in Absatz 1 vorgesehenen Vermerke nicht, läuft die in den Artikel 73 und 74 erwähnte Einspruchsfrist nicht an.

Art. 46 – Fehlerhafte Beschlüsse

Wird festgestellt, dass der Beschluss einen rechtlichen oder materiellen Irrtum aufweist, fasst die Regierung auf eigene Initiative einen neuen Beschluss, der an dem Datum wirksam wird, an dem der fehlerhafte Beschluss hätte wirksam werden müssen, und dies unbeschadet der anwendbaren Verjährungsbestimmungen.

Unbeschadet des Artikels 47 wird der neue Beschluss im Fall eines Irrtums der Regierung ab dem Folgemonat seiner Notifizierung wirksam, wenn das Anrecht auf die Familienleistung geringer ist als das ursprünglich gewährte Anrecht.

Absatz 2 findet keine Anwendung, wenn der Antragsteller:

1. weiß oder wissen musste, dass er kein Anrecht oder kein Anrecht mehr auf den Gesamtbeitrag einer Leistung hat;
2. nicht alle aus seinen früheren Verpflichtungen hervorgehenden oder durch eine Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmung vorgeschriebenen Erklärungen geleistet hat.

Art. 47 – Rücknahme und Neufassung von Beschlüssen

Unbeschadet der anwendbaren Verjährungsbestimmungen kann die Regierung innerhalb der Frist für das Einreichen einer Rechtsklage oder eines Einspruchs bei dem zuständigen Rechtsprechungsorgan oder, wenn bereits eine Rechtsklage oder Einspruch eingereicht worden ist, bis zur Schließung der Verhandlungen ihren Beschluss rückgängig machen und einen neuen Beschluss fassen, wenn:

1. an dem Tag, an dem die Leistung eingesetzt hat, das Anrecht durch eine Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmung abgeändert worden ist;
2. ein neuer Umstand oder neues Beweismaterial, die Auswirkungen auf die Anrechte des Antragstellers haben, im Laufe des Verfahrens geltend gemacht werden.

Abschnitt 4 – Auszahlung

Art. 48 – Auszahlungsmodalitäten

§1 – Unter Berücksichtigung von Artikel 42 erfolgt die Zahlung der Familienleistungen im Laufe des Monats nach dem Monat, auf den sie sich beziehen.

Damit die Auszahlung nicht unterbrochen oder verzögert wird, kann die Regierung die Zahlung der Familienleistungen als Vorschuss und die Regularisierung der Konten vorsehen.

Die Regierung bestimmt das Datum der Auszahlung der Familienleistungen.

§2 - Die Leistungen werden auf ein Konto des Empfängers bei einem Kreditinstitut, wie in Artikel 1 des Gesetzes vom 22. März 1993 über den Status und die Kontrolle der Kreditinstitute bestimmt, überwiesen. Die Regierung kann abweichende Zahlungsmodalitäten festlegen.

Bei dem in Absatz 1 erwähnten Konto handelt es sich um ein Konto, das auf den Namen des Empfängers oder auf den Namen des Empfängers und einer anderen Person eröffnet wurde.

Art. 49 – Besondere Auszahlungsmodalitäten

In Abweichung von Artikel 48 §1 gelten folgende besondere Auszahlungsmodalitäten:

1. im Artikel 26 §2 Absatz 2 erwähnten Fall erfolgt keine Auszahlung der Leistungen an die Be-

hörde, wenn es sich bei dieser Behörde, zu deren Lasten das Kind untergebracht ist, um die Deutschsprachige Gemeinschaft handelt;

2. die Auszahlung der in Artikel 28 erwähnten Geburtsprämie kann bereits ab dem sechsten Monat der Schwangerschaft beantragt werden. Unter der Bedingung, dass die werdende Mutter zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat, kann die Geburtsprämie zwei Monate vor dem voraussichtlichen Geburtstermin als Vorschuss ausgezahlt werden, der auf dem ärztlichen Attest, das dem Antrag beigelegt ist, vermerkt ist. Die Regierung legt das Verfahren fest, gemäß dem dieser Antrag erfolgen soll.

In Abweichung von Artikel 48 §2 werden die Leistungen auf das Konto der Person gezahlt, die die Familienleistungen aufgrund eines Gerichtsurteils, das nicht in Anwendung von Artikel 53 erlassen wurde, erhält. Die Zahlung auf das Konto dieser Person hat keinen Einfluss auf die Eigenschaft des ursprünglichen Empfängers.

Art. 50 – Verspätete Auszahlung

Erfolgt die Zahlung der Familienleistungen nicht ab dem in Artikel 48 vorgesehenen Zeitpunkt, setzt die Regierung den Antragsteller unbeschadet seines Rechts, die Sache vor die zuständigen Rechtsprechungsorgane zu bringen, davon in Kenntnis und begründet diese Verspätung.

Solange die Zahlung nicht erfolgt ist, wird der Antragsteller alle vier Monate über die Gründe dieser Verspätung informiert.

Art. 51 – Aussetzung der Auszahlung

Unbeschadet des in Artikel 55 erwähnten Rechts auf Rückforderung kann die Auszahlung bei ernsthaften und übereinstimmenden Anhaltspunkten, dass die Informationen, die der Antragsteller zum Erhalt der Leistungen übermittelt hat, auf Betrug, arglistige Täuschung oder betrügerische Handlungen zurückgehen oder falsch sind, ausgesetzt werden. Diese Aussetzung kann so lange aufrechterhalten werden, bis der Verdacht nicht mehr besteht, jedoch höchstens sechs Monate, wobei die Frist einmal erneuert werden kann.

Art. 52 – Verrechnung mit ausländischen Familienleistungen

Unbeschadet der im deutschen Sprachgebiet geltenden Bestimmungen der internationalen Abkommen und europäischen Verordnungen über die soziale Sicherheit wird der Betrag der Familienleistungen um den Betrag der gleichartigen Leistungen reduziert, die für ein Kind bezogen werden können, das Anspruch in Anwendung anderer ausländischer Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen oder aufgrund der auf das Personal einer völkerrechtlichen Einrichtung anwendbaren Regeln eröffnet, selbst wenn die Gewährung dieser Leistungen aufgrund der vorerwähnten Bestimmungen oder Regeln als Ergänzung zu den Familienleistungen, die in Anwendung des vorliegenden Dekrets gewährt werden, gilt.

Diese Reduzierung kommt nicht zur Anwendung, wenn für ein Kind Anspruch auf gleichartige Leistungen aufgrund der statutarischen Bestimmungen, die auf Beamte und andere Bedienstete der Europäischen Union anwendbar sind, besteht.

Die Regierung bestimmt:

1. die Höhe des provisorisch auszuzahlenden Differenzbetrags der Familienleistungen für die Fälle, in denen die Höhe des Betrags der ausländischen Familienleistungen noch nicht bekannt ist;
2. die völkerrechtlichen Einrichtungen, deren statutarische Bestimmungen, die auf ihr Personal anwendbar sind, den in Absatz 2 erwähnten statutarischen Bestimmungen gleichgesetzt werden.

Art. 53 – Einspruch gegen die Auszahlung an den Empfänger

Wenn es im Interesse des Kindes erforderlich ist, kann je nach Fall das volljährige Kind, jeder Elternteil, der Adoptierende, der Pflegevormund, der Vormund, der Kurator, der Verwalter oder der Sozialversicherte gegen die Auszahlung an den in Artikel 26 erwähnten Empfänger gemäß Arti-

kel 572bis Nummern 8 und 14 des Gerichtsgesetzbuches Einspruch erheben.

Art. 54 – Überschreitung der Beschlussfassungsfrist

Wird der in Artikel 42 erwähnte Beschluss durch Verschulden der Regierung nicht innerhalb der dort vorgegebenen Frist gefasst, bringen die Leistungen dem anspruchsberechtigten Antragsteller von Rechts wegen spätestens ab dem Ablauf dieser Beschlussfassungsfrist und frühestens ab dem Datum ihrer Fälligkeit Zinsen ein. Der anwendbare Zinssatz beträgt sieben Prozent pro Jahr auf die geschuldeten Leistungen.

Die in Absatz 1 erwähnten von Rechts wegen geschuldeten Zinsen werden nicht geschuldet auf die Differenz zwischen einerseits dem Betrag der Vorschüsse, die gezahlt worden sind, weil die Regierung noch nicht über die zur Fassung eines endgültigen Beschlusses notwendige Information verfügte, und andererseits dem Betrag, der sich aus dem endgültigen Beschluss ergibt, wenn diese Vorschüsse neunzig Prozent oder mehr des auf der Grundlage des endgültigen Beschlusses geschuldeten Betrags betragen.

Die in Absatz 1 erwähnten Zinsen werden nicht geschuldet, wenn Vorschüsse gezahlt werden und der endgültige Beschluss von Informationen abhängt, die vom Antragsteller selbst oder von einer Einrichtung, die der Zuständigkeit einer anderen Gebietskörperschaft unterliegt, erteilt werden müssen.

Abschnitt 5 - Rückforderung

Art. 55 – Bedingungen

Die Regierung fordert Familienleistungen ganz oder teilweise zurück, wenn sich herausstellt, dass diese zu Unrecht ausgezahlt wurden. Leistungen gelten als zu Unrecht ausgezahlt, wenn:

1. die Informationen, die zum Erhalt der Leistungen geführt haben, betrügerisch oder falsch sind;
2. der Empfänger Leistungen aufgrund des vorliegenden Dekrets bezogen hat, obwohl er nicht oder nicht mehr in seinen Anwendungsbereich fällt.

Art. 56 – Verfahren

Unter Berücksichtigung von Artikel 1410 §4 des Gerichtsgesetzbuches erfolgt die Rückforderung der Familienleistungen durch Einbehaltung auf noch ausstehende Leistungen. Falls keine Leistungen mehr ausstehen, fordert die Regierung den Empfänger dazu auf, die zu Unrecht ausgezahlten Leistungen zurückzuzahlen.

Wenn die Beträge nicht gemäß Absatz 1 zurückgefordert werden konnten, leitet die Regierung gerichtliche Schritte zur Rückforderung der Beträge gegen den Empfänger ein.

Die Regierung bestimmt:

1. die Modalitäten der Aufforderung zur Rückzahlung;
2. die Modalitäten und Fristen für die Einleitung der gerichtlichen Schritte.

Art. 57 – Verzicht

§1 – Erweist sich die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge als technisch nicht möglich, kann die Regierung in den von ihr bestimmten Fällen von der Rückforderung absehen.

§2 – Erweist sich die Rückforderung zu Unrecht ausgezahlter Beträge als zu kostspielig im Verhältnis zur Höhe der einzutreibenden Beträge, kann die Regierung in den von ihr festgelegten Grenzen entweder von gerichtlichen Schritten zur Rückforderung dieser Beträge oder von der Rückforderung dieser Beträge durch Zwangsvollstreckung absehen.

Die Regierung kann in den von ihr festgelegten Grenzen von der Rückforderung geringer Beträge absehen, wenn diese Beträge nicht durch Einbehaltung auf die noch ausstehenden Leistungen zurückgefordert werden können.

§3 – Die Regierung kann aus sozialen Gründen ganz oder teilweise von der Rückforderung absehen, wenn:

1. der Antragsteller einen Antrag auf Verzicht der Rückforderung stellt;
2. der zu Unrecht ausgezahlte Betrag nicht auf einen auf Betrug, arglistige Täuschung, betrügerische Handlungen oder auf eine in Artikel 46 Absatz 3 erwähnte Verfehlung des Antragstellers zurückgeht;
3. das verfügbare Haushaltseinkommen des Antragstellers einen Grenzbetrag nicht überschreitet. Die Regierung bestimmt den Grenzbetrag und die Überprüfungsmodalitäten dieser Bedingung.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung in von ihr bestimmten Härtefällen ganz oder teilweise von der Rückforderung absehen, wenn die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Bedingung nicht erfüllt ist.

§4 – Außer bei Betrug, arglistiger Täuschung oder betrügerischen Handlungen wird von Amts wegen von der Rückforderung der zu Unrecht ausgezahlten Beträge abgesehen, wenn die Person, an die sie gezahlt worden sind, verstorben ist und die Rückforderung ihr zum Zeitpunkt ihres Todes noch nicht notifiziert wurde.

Art. 58 – Zinsen

Zu Unrecht ausgezahlte Leistungen bringen von Rechts wegen ab dem Zeitpunkt der Zahlung Zinsen ein, wenn die zu Unrecht getätigte Zahlung auf Betrug, arglistige Täuschung oder betrügerische Handlungen seitens des Antragstellers zurückzuführen ist. Der anwendbare Zinssatz beträgt sieben Prozent pro Jahr auf die zu Unrecht gezahlten Leistungen.

Abschnitt 6 – Vertraulichkeit und Datenschutz

Art. 59 – Vertraulichkeit

Unbeschadet besonderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen sind die Regierung und anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 60 – Verarbeitung personenbezogener Daten

§1 – Unbeschadet des Artikels 61 ist die Regierung verantwortlich für die in vorliegendem Abschnitt erwähnte Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne von Artikel 1 §4 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

§2 – Die Regierung verarbeitet personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung der durch vorliegendes Dekret festgelegten Aufträge. Sie darf die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung dieser Aufträge verwenden.

Die Regierung bestimmt die weiteren Modalitäten und Rahmenbedingungen, einschließlich eventueller Verfahrensbestimmungen, für die Durchführung der im vorliegenden Abschnitt erwähnten Aufgaben.

§3 – Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Art. 61 – Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Erhebung und Verarbeitung von Daten zur Gesundheit erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 22. August 2002 über die Rechte des Patienten und der ärztlichen Schweigepflicht.

Art. 62 – Datenkategorien

Die Regierung kann alle gemäß Artikel 60 §2 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Antragstellers, des Kindes, des Empfängers, des Sozialversicherten und der Familienangehörigen;
2. Daten zum Schulbesuch bzw. zur Ausbildung des Kindes;
3. Daten zur berufsständischen Situation der in Nummer 1 erwähnten Personen;
4. Daten zur Familiensituation der in Nummer 1 erwähnten Personen;
5. Daten zur sozialen und finanziellen Situation der in Nummer 1 erwähnten Personen;
6. Daten zur körperlichen und psychischen Gesundheit des Kindes;
7. besonders schützenswerte Daten des Nutznießers, angeführt in Artikel 6 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten;
8. gerichtliche Daten in Bezug auf die in Nummer 1 erwähnten Personen.

Art. 63 – Nutzung von Daten zur Erstellung von Analysen und Statistiken

Die Regierung greift grundsätzlich zur Erstellung von Analysen und Statistiken bezüglich der Anwendung des vorliegenden Dekrets bevorzugt auf anonyme Daten zurück.

Können anhand der in Absatz 1 erwähnten anonymen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf verschlüsselte personenbezogene Daten gestattet.

Können anhand der in Absatz 2 erwähnten verschlüsselten personenbezogenen Daten die Analysen und Statistiken nicht umfassend erstellt werden, ist der Rückgriff auf unverschlüsselte personenbezogene Daten gestattet.

Für die Anwendung der Absätze 2 und 3 vermerkt die Regierung in der Verarbeitungserklärung, aus welchen Gründen die Verarbeitung anonymen bzw. verschlüsselter personenbezogener Daten die Erstellung der in Absatz 1 bzw. Absatz 2 erwähnten Analysen und Statistiken nicht ermöglicht.

Art. 64 – Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen nicht länger, als es für die Realisierung der Zwecke erforderlich ist, für die sie verarbeitet werden, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

KAPITEL 6 – KONTROLL-, STRAF- UND VERJÄHRUNGSBESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 – Kontrolle

Art. 65 – Inspektoren

Die Regierung bestellt die Inspektoren, die befugt sind, die Anwendung des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse zu überwachen und die in den Artikeln 68 bis 70 genannten Verstöße aufzuspüren und in Form von Protokollen festzustellen. Sie kann ihnen für die Ausübung dieser Tätigkeiten die Eigenschaft als Gerichtspolizeioffizier zuerkennen.

Art. 66 – Befugnisse der Inspektoren

Verstöße gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse werden gemäß den Bestimmungen des Sozialstrafgesetzbuchs ermittelt und festgestellt.

Unbeschadet der Pflichten und Zuständigkeiten anderer Gerichtspolizeioffiziere, die auf Grundlage anderer Rechtsvorschriften bezeichnet worden sind, verfügen die Inspektoren über die in den Artikeln 23 bis 39 des Sozialstrafgesetzbuchs erwähnten Befugnisse, wenn sie von Amts wegen oder auf Antrag im Rahmen ihres Informations-, Beratungs- und Überwachungsauftrags im Hinblick auf die Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungserlasse handeln.

Art. 67 – Schutz des Privatlebens

Unbeschadet der in den Kapitel 5 Abschnitt 6 festgelegten Bestimmungen sind die Inspektoren verpflichtet, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den vertraulichen Charakter der personenbezogenen Daten, von denen sie im Rahmen der Ausübung ihres Amtes Kenntnis erlangt haben, zu gewährleisten. Sie gewährleisten ebenfalls, dass diese Daten ausschließlich zu Zwecken, die für die Ausübung ihrer Überwachungsaufgabe notwendig sind, genutzt werden.

Abschnitt 2 – Strafbestimmungen

Art. 68 – Fälschung und Gebrauch gefälschter Urkunden

Wird mit einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten bis zu drei Jahren und einer strafrechtlichen Geldbuße von 600 bis zu 6.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen oder mit einer administrativen Geldbuße von 300 bis zu 3.000 Euro bestraft, wer mit dem Ziel, eine unrechtmäßige Auszahlung der Familienleistungen zu erlangen beziehungsweise erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten beziehungsweise aufrechterhalten zu lassen:

1. Urkundenfälschung begangen hat entweder durch Fälschung von Unterschriften oder durch Nachmachen oder Verfälschen von Urkunden oder Unterschriften oder durch Anfertigung von Vereinbarungen, Verfügungen, Verbindlichkeiten oder Entlastungen beziehungsweise durch ihre Aufnahme in eine Urkunde oder durch Hinzufügung oder Verfälschung von Klauseln, Erklärungen oder Umständen, die diese Urkunde enthalten oder feststellen sollte;

2. von einer gefälschten Urkunde oder von einem gefälschten Schriftstück Gebrauch gemacht hat;

3. eine Fälschung begangen hat, indem er Daten, die durch ein Datenverarbeitungssystem gespeichert, verarbeitet oder übertragen werden, in ein Datenverarbeitungssystem eingegeben, geändert oder gelöscht hat oder indem er mit anderen technologischen Mitteln die mögliche Verwendung der Daten in einem Datenverarbeitungssystem geändert hat, wodurch die rechtliche Tragweite solcher Daten verändert wurde;

4. von den auf diese Weise erhaltenen Daten Gebrauch gemacht hat, wohl wissend, dass sie gefälscht sind.

Art. 69 – Unrichtige oder unvollständige Erklärungen

Wird gemäß Artikel 68 bestraft, wer wissentlich und willentlich:

1. eine unrichtige oder unvollständige Erklärung abgegeben hat, um eine unrechtmäßig Auszahlung der Familienleistungen zu erlangen beziehungsweise erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten beziehungsweise aufrechterhalten zu lassen;

2. versäumt oder sich geweigert hat, eine Erklärung, zu der er verpflichtet ist, abzugeben oder die Informationen, die er erteilen muss, zu erteilen, um eine unrechtmäßig Auszahlung der Familienleistungen zu erlangen beziehungsweise erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten beziehungsweise aufrechterhalten zu lassen;

3. infolge einer in Nummer 1 erwähnten Erklärung, des Versäumnisses oder der Weigerung, eine Erklärung abzugeben oder Informationen zu erteilen, die in Nummer 2 erwähnt sind, oder einer in Artikel 68 erwähnten Urkunde beziehungsweise Handlung eine Familienleistung, auf die er keinen Anspruch oder nur teilweise Anspruch hatte, erhalten hat.

Art. 70 – Betrug

Wird gemäß Artikel 68 bestraft, wer mit dem Ziel, eine unrechtmäßige Auszahlung der Familienleistungen zu erlangen beziehungsweise erlangen zu lassen oder aufrechtzuerhalten beziehungsweise aufrechterhalten zu lassen, falsche Namen, falsche Eigenschaften oder falsche Adressen gebraucht hat oder jede andere betrügerische Handlung angewandt hat, um das Vorhandensein einer nicht bestehenden Person, einer nicht bestehenden Einrichtung oder jedes anderen fiktiven Ereignisses vorzutäuschen oder um auf andere Weise das Vertrauen zu missbrauchen.

Art. 71 – Zuschlagzehntel

Die in Artikel 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 5. März 1952 über die Zuschlagzehntel auf strafrechtliche Geldbußen erwähnten Zuschlagzehntel sind auf die im vorliegenden Abschnitt erwähnten administrativen Geldbußen anwendbar.

Im Fall einer administrativen Geldbuße gibt die Regierung in ihrer Entscheidung die Multiplikation infolge des vorerwähnten Gesetzes vom 5. März 1952 und die sich aus dieser Erhöhung ergebende Zahl an.

Art. 72 – Bei der Ahndung der Verstöße anwendbare Regeln

Bei der Ahndung der in vorliegendem Abschnitt erwähnten Verstöße sind die Bestimmungen aus Buch I Titel 6 Kapitel 3 und 4 des Sozialstrafgesetzbuchs anwendbar.

Abschnitt 3 – Verjährung

Art. 73 – Verjährungsfrist für die Einforderung von Familienleistungen

§1 – Anträge und Rechtsklagen von Personen, denen die Familienleistungen zustehen oder ausbezahlt werden müssen, werden binnen fünf Jahren eingereicht.

Für das Kindergeld setzt diese Frist am ersten Tag des Monats nach dem Monat, in dem das Anrecht eröffnet wird, ein.

Für die Geburtsprämie setzt die Frist am Tag der Geburt ein.

Für Adoptionsprämien setzt die Frist an dem Tag ein, an dem der Antrag, der die Absicht zur Adoption ausdrückt, beim zuständigen Gericht hinterlegt worden ist, oder, in Ermangelung eines Antrags, am Tag der Unterzeichnung der Adoptionsurkunde; wenn das betreffende Kind an diesem Tag jedoch noch nicht denselben Wohnsitz wie der Adoptierende hat, setzt die Frist an dem Tag ein, an dem das Kind denselben Wohnsitz wie der Adoptierende hat.

§2 – Unbeschadet der im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Gründe wird die Verjährungsfrist ebenfalls durch Versendung eines Antrags oder einer Beschwerde per Post, per Fax oder per elektronische Post an die Regierung oder durch Hinterlegung eines solchen Antrags beziehungsweise einer solchen Beschwerde bei der Regierung unterbrochen. Die Unterbrechung wird wirksam am Datum des Einschreibens, wobei das Datum des Poststempels zählt, oder, in Ermangelung dessen, am Datum der Empfangsbescheinigung, die die Regierung der Person, die die Leistungen beantragt oder Anspruch darauf erhebt, ausstellt.

Die Unterbrechung gilt für fünf Jahre. Sie kann erneuert werden.

Art. 74 – Verjährungsfrist für die Rückforderung von Familienleistungen

Unrechtmäßig ausgezahlte Leistungen können nach Ablauf einer Frist von drei Jahren, die am Datum der Auszahlung einsetzt, nicht mehr zurückgefordert werden.

Unbeschadet der im Zivilgesetzbuch vorgesehenen Gründe wird die Verjährungsfrist ebenfalls durch die Rückforderung unrechtmäßig ausgezahlter Beträge, die dem Schuldner per Einschreiben übermittelt wird, unterbrochen.

In Abweichung von Absatz 1 wird die Verjährungsfrist auf fünf Jahre angehoben, wenn die unrechtmäßig ausgezahlten Leistungen auf betrügerische Machenschaften oder falsche beziehungsweise wissentlich unvollständige Erklärungen zurückzuführen sind.

KAPITEL 7 – RAT FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Art. 75 – Schaffung

Es wird ein Rat für Familienleistungen geschaffen.

Art. 76 – Aufgaben

Die Aufgaben des Rates umfassen :

1. das Erstellen von Gutachten aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung;
2. die Beobachtung der Entwicklungen der Familienleistungen im In- und Ausland;
3. die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Optimierung der Familienleistungen;
4. das Untersuchen der Auswirkungen der Familienleistungen auf die Situation der Familien und insbesondere auf die Kinderarmut.

Die Regierung holt über jeden Vorentwurf eines Dekretes oder eines Erlasses bezüglich der Familienleistungen das Gutachten des Rates ein. Der Rat gibt das Gutachten innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt der Anfrage ab. Diese Frist wird von Rechts wegen um fünfzehn Tage verlängert, wenn sie zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzt oder abläuft. Nach Ablauf dieser Frist kann die Regierung den Entwurf ohne das Gutachten verabschieden. Gibt der Rat sein Gutachten innerhalb der Frist zu einem Dekretvorentwurf ab, hinterlegt die Regierung dieses zusammen mit dem Dekretentwurf im Parlament.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann durch seinen Präsidenten ein Gutachten des Rates anfragen. Der Rat übermittelt dem Antragsteller dieses Gutachten in einer vom Parlament festgelegten Frist.

Art. 77 – Zusammensetzung

§1 – Dem Rat gehören folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. sechs Vertreter des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, wovon drei Vertreter der repräsentativen Arbeitnehmerorganisationen und drei Vertreter der über beruflichen Arbeitgeberorganisationen mit Sitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. drei Vertreter der Organisationen, die die Interessen der Familien in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertreten.

Dem Rat gehören folgende Mitglieder mit beratender Stimme an:

1. ein Vertreter des für Familienleistungen zuständigen Ministers;
2. ein Vertreter des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. ein Vertreter der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

Die Regierung sorgt für die Protokollführung der Sitzungen des Rates.

§2 – Der Rat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern für die Dauer des Mandates einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

§3 – Die Regierung bestellt die Mitglieder des Rates und für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied.

Die in §1 Absatz 1 erwähnten Mitglieder werden auf Vorschlag der jeweiligen im Rat vertretenen Organisationen bestellt. Das in §1 Absatz 2 Nummer 3 erwähnte Mitglied wird auf Vorschlag der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben bestellt.

Die Mandatsdauer der Mitglieder beträgt fünf Jahre und ist erneuerbar.

Auf Antrag der betreffenden Organisation kann die Regierung das Mandat eines Mitglieds vor Ablauf der normalen Mandatszeit beenden und ein neues Mitglied bestellen, welches das Mandat seines Vorgängers fortführt.

Art. 78 – Funktionsweise

§1 – Der Rat tritt spätestens zwei Monate nach der Bestellung seiner Mitglieder zu einer ersten Sitzung zusammen.

Binnen zwei Monaten nach dieser ersten Sitzung gibt sich der Rat eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise des Rates.

§2 – Die Entscheidungen des Rates werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, wovon mindestens je ein Vertreter der in Artikel 77 §1 Absatz 1 erwähnten Organisationen anwesend ist.

Ist der Rat nicht beschlussfähig, lädt der Vorsitzende zu einer zweiten Sitzung ein, bei der der Rat ungeachtet der in Absatz 1 erwähnten Bedingungen beschlussfähig ist.

§3 – Der Rat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Fachleute zu den Sitzungen einladen, die mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Darüber hinaus kann der Rat Arbeitsgruppen einsetzen.

Art. 79 – Berichterstattung

Zum Ende eines jeden Kalenderjahres, verfasst der Rat einen Bericht über seine Tätigkeiten im abgelaufenen Jahr und übermittelt diesen zeitgleich dem Parlament und der Regierung.

Art. 80 – Entschädigungen

Die stimmberechtigten Mitglieder des Rates sowie die Fachleute, die in Anwendung von Artikel 78 §3 an den Sitzungen teilnehmen, haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

KAPITEL 8 – VERSCHIEDENES

Art. 81 – Unterstützung bei Mehrlingsgeburten

Die Regierung kann unter den von ihr festgelegten Bedingungen eine Unterstützung bei Mehrlingsgeburten gewähren zugunsten von Personen, die mit der Erziehung von mindestens drei Kindern unter drei Jahren beauftragt sind, wenn:

1. diese Kinder denselben Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben;
2. der Altersunterschied zwischen drei dieser Kinder weniger als 18 Monate beträgt.

Die Unterstützung bei Mehrlingsgeburten kann sowohl in Form von finanziellen Unterstützungen als auch in Form einer vollständigen oder teilweisen Übernahme der Kosten bei Beanspruchung von Dienstleistungen erfolgen.

KAPITEL 8 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 – Abänderungsbestimmungen

Art. 82 - Abänderungsbestimmung

Artikel 15 Buchstabe c) der Koordinierten Gesetze vom 5. Oktober 1948 über die Entschädigungspensionen, abgeändert durch die Gesetze vom 11. Juli 1973, vom 17. Juli 1975 und vom 7. Juni 1989, wird aufgehoben.

Art. 83 - Abänderungsbestimmung

In Artikel 1 des Gesetzes vom 9. Juli 1951 zur Entschädigung der Familien besoldeter Militärpersonen, abgeändert durch das Gesetz vom 13. Juli 1970, werden die Wortfolgen „ , compléments d'allocations familiales et une indemnité de naissance“ und „ , aanvullende kinderbijslag en geboortevergoeding“ aufgehoben.

Art. 84 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 2 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 13. Juli 1970, werden die Wortfolgen „ , compléments d'allocations familiales et une indemnité de naissance“ und „ , aanvullende kinderbijslag en geboortevergoeding“ aufgehoben.

Art. 85 – Abänderungsbestimmung

Das Kapitel III desselben Gesetzes, das die Artikel 22 bis 26 umfasst, abgeändert durch die Gesetze vom 13. Juli 1970 und vom 17. Oktober 1986, wird aufgehoben.

Art. 86 – Abänderungsbestimmung

Das Kapitel IV desselben Gesetzes, das die Artikel 30 bis 33 umfasst, abgeändert durch die Gesetze vom 13. Juli 1970 und vom 17. Oktober 1986, wird aufgehoben.

Art. 87 – Abänderungsbestimmung

Artikel 41 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 13. Juli 1970, vom 17. Oktober 1986 und vom 22. Dezember 1989, wird wie folgt abgeändert:

1. in §1 Absatz 1 werden die Wortfolgen „et les compléments d'allocations familiales“ und „en de bijslagen“ aufgehoben;
2. in §4 werden jeweils die Wortfolgen „ , et les compléments d'allocations familiales“ und „ , en de aanvullende kinderbijslag“ aufgehoben;
3. in §6 Absatz 1 werden die Wortfolgen „et les compléments d'allocations familiales, à l'exception des indemnités de naissance“ und „ , en de aanvullende kinderbijslag, met uitzondering van de geboortevergoedingen“ aufgehoben.

Art. 88 – Abänderungsbestimmung

Artikel 6 §4 des Gesetzes vom 15. März 1954 über die Wiedergutmachungspensionen für die Zivilopfer des Krieges 1940-1945 und ihre Anspruchsberechtigten, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 18. Mai 1989, wird aufgehoben.

Art. 89 – Abänderungsbestimmung

Artikel 14 §1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 23. Dezember 1970, wird aufgehoben.

Art. 90 – Abänderungsbestimmung

Die Artikel 14bis, abgeändert durch das Gesetz vom 23. Dezember 1970, und 18, abgeändert durch das Gesetz vom 27. Mai 1969, desselben Gesetzes werden aufgehoben.

Art. 91 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 15 §3 des Gesetzes vom 28. April 1958 über die Pension der Personalmitglieder bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses und ihrer Berechtigten, abgeändert durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006, wird die Wortfolge „sowie Kinderzulagen und Geburtsbeihilfen, insofern die Personalmitglieder keinen Anspruch auf diese Familienleistungen zu Lasten der in Artikel 32 der koordinierten Gesetze vom 19. Dezember 1939 über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten Sonderausgleichskasse erheben können“ aufgehoben.

Art. 92 – Abänderungsbestimmung

Artikel 572bis des Gerichtsgesetzbuches vom 10. Oktober 1967, eingefügt durch das Gesetz vom 30. Juli 2013 und abgeändert durch das Gesetz vom 8. Mai 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 8 wird wie folgt ersetzt:

„8. Streitsachen in Bezug auf die Bestimmung des oder der Empfänger von Familienleistungen, sowie über Anträge und Einsprüche gegen die Auszahlung von Familienleistungen an den Empfänger, es sei denn, das Jugendgericht ist aufgrund von Artikel 29 des Gesetzes vom 8. April 1965 über den Jugendschutz, die Betreuung Minderjähriger, die eine als Straftat qualifizierte Tat begangen haben, und die Wiedergutmachung des durch diese Tat verursachten Schadens mit der Sache befasst worden;“

2. Nummer 14 wird wie folgt ersetzt:

„14. Streitfälle zwischen Empfängern von Familienleistungen und der Einrichtung, die mit der Anwendung des Dekrets vom *** über Familienleistungen beauftragt ist, bezüglich der Rechte und Pflichten, die sich für den Empfänger, den Sozialversicherten und das Kind ergeben sowie Rechtsklagen in Bezug auf die Rückforderung von Familienleistungen; das Familiengericht wendet die in Kapitel 6 Abschnitt 2 des vorerwähnten Dekrets vorgesehenen Strafbestimmungen an.“

3. Nummer 15 wird aufgehoben.

Art. 93 – Abänderungsbestimmung

Artikel 580 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 20. Juli 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. in Nummer 1 wird die Wortfolge „die Familienleistungen“ aufgehoben;

2. in Nummer 8 wird Buchstabe b) aufgehoben.

Art. 94 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 581 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Gesetz vom 30. Juni 1978 wird in Nummer 1 das Wort „Familienleistungen“ gestrichen.

Art. 95 – Abänderungsbestimmung

Artikel 594 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 25. Dezember 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 8 wird aufgehoben;

2. Nummer 9 wird aufgehoben.

Art. 96 – Abänderungsbestimmung

Artikel 6 des Gesetzes vom 29. Juni 1981 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze der sozialen Sicherheit für Lohnempfänger wird aufgehoben.

Art. 97 – Abänderungsbestimmung

Artikel 21 §1 Nummer 6 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 8. August 1997 und vom 24. Dezember 2002, wird aufgehoben.

Art. 98 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 37quater §1 desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006 wird die Wortfolge „und der Familienbeihilfen“ aufgehoben.

Art. 99 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 6bis §2 des Dekretes vom 9. Mai 1988 über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 19. April 2010, wird folgende Nummer 4 eingefügt:

„4. Übernahme von finanziellen Unterstützungen in Anwendung von Artikel 33.1 und 33.2 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen.“

Art. 100 – Abänderungsbestimmung

Artikel 33 des Programmgesetzes vom 20. Juli 2006, abgeändert durch das Gesetz vom 28. Juni 2013, wird aufgehoben.

Art. 101 – Abänderungsbestimmung

Artikel 162 Absatz 1 Nummer 2 des Sozialstrafgesetzbuches, ersetzt durch das Gesetz vom 25. April 2014, wird aufgehoben.

Art. 102 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 163 Absatz 1 Nummer 1 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „ , die am 19. Dezember 1939 koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger“ aufgehoben.

Art. 103 – Abänderungsbestimmung

Artikel 219 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 104 – Abänderungsbestimmung

Artikel 223 §2 desselben Gesetzbuches wird aufgehoben.

Art. 105 – Abänderungsbestimmung

In Kapitel IV des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen, abgeändert durch das Dekret vom 25. Februar 2013, wird zwischen die Abschnitte 9 und 10 folgender Abschnitt 9.1, der die Artikel 33.1 und 33.2 umfasst, eingefügt :

„Abschnitt 9.1 – Finanzielle Unterstützung

Art. 33.1 – Die Regierung kann unter den von ihr festgelegten Bedingungen den Jugendlichen, die sich im Rahmen von vorliegendem Dekret in einer Pflegschaft oder einer stationären Betreuung befinden während der Dauer ihrer Unterbringung zur Förderung ihrer Integration bei Erreichen der Volljährigkeit eine finanzielle Unterstützung gewähren.

Art. 33.2 – Die Regierung kann unter den von ihr festgelegten Bedingungen den leiblichen Eltern von Jugendlichen, die sich im Rahmen von vorliegendem Dekret in einer Pflegschaft oder einer stationären Betreuung befinden, bei Bedarf eine finanzielle Unterstützung gewähren, um die Kontakte mit ihren Kindern zu fördern.“

Art. 106 – Abänderungsbestimmung

Artikel 3 Absätze 8, 9 und 12 des Königlichen Erlasses vom 21. Mai 1964 zur Koordinierung der Gesetze über das Personal in Afrika, abgeändert durch das Gesetz vom 22. Juli 1969, werden auf-

gehoben.

Art. 107 – Abänderungsbestimmung

Artikel 25 §1 Absätze 1, 2 und 4 desselben Erlasses, abgeändert durch das Gesetz vom 22. Juli 1969, werden aufgehoben.

Abschnitt 2 – Aufhebungsbestimmungen

Art. 108 – Aufhebungsbestimmung

Sind aufgehoben:

1. das allgemeine Familienbeihilfengesetz vom 19. Dezember 1939, zuletzt abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016;
2. das Gesetz vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen, zuletzt abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 17. Juni 2016;
3. der Königliche Erlass vom 25. Oktober 1971 zur Ausführung des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen, zuletzt abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016;
4. der Königliche Erlass vom 26. Oktober 2004 zur Ausführung der Artikel 42bis und 56 §2 des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes, zuletzt abgeändert durch das Zusammenarbeitsabkommen vom 14. Juli 2016;
5. der Königliche Erlass vom 20. Juli 2006 über die Erhöhung der in den Artikeln 44 und 44bis der koordinierten Gesetze über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger erwähnten altersbedingten Zuschläge und zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Ausführung des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen;
6. der Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2016 zur Schaffung eines Rates für Familienleistungen.

Abschnitt 3 – Übergangsbestimmungen

Art. 109 – Übergangsbestimmung

§1 – Für alle Kinder, deren nachfolgende Leistungen für Dezember 2018 an dieselbe Person gezahlt werden, wird ein Betrag ermittelt, der sich zusammensetzt aus der Summe:

1. der in den Artikeln 40 und 50bis des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 erwähnten monatlichen Zulagen;
2. der in den Artikeln 41, 42bis, 44, 44ter und 50ter des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 erwähnten Zuschläge;
3. den in Artikel 1 Absatz 9 Nummern 1, 2 und 7 des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen erwähnten Familienleistungen;
4. der aufgrund von Artikel 10 §3 des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen erwähnten Sonderpauschale;
5. der in den Nummern 1 und 2 genannten Zulagen und Zuschläge, wenn diese in Anwendung von Artikel 15 Buchstabe c) der Koordinierten Gesetze vom 5. Oktober 1948 über die Entschädigungspensionen gewährt wurden;
6. des in Artikel 23 des Gesetzes vom 9. Juli 1951 zur Entschädigung der Familien besoldeter Militärpersonen erwähnten Zuschlags auf Familienleistungen;
7. der in den Artikeln 6 §4 und 14 §1 des Gesetzes vom 15. März 1954 über die Wiedergutmachungspensionen für die Zivilopfer des Krieges 1940-1945 und ihre Anspruchsberechtigten erwähnten Entschädigungen;
8. der aufgrund von Artikel 15 §3 des Gesetzes vom 28. April 1958 über die Pension der Personalmitglieder bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses und ihrer Berechtigten gewährten Kinderzulagen;
9. der aufgrund von Artikel 3 Absatz 8 des Königlichen Erlasses vom 21. Mai 1964 zur Koordinierung der Gesetze über das Personal in Afrika gewährten Leistungen;



10. der in den Nummern 1 und 2 genannten Zulagen und Zuschläge, wenn diese in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965 über die Familienbeihilfen zugunsten bestimmter, vom Staat entlohnter Personalkategorien und der Personalmitglieder des Einsatzkaders und des Verwaltungs- und Logistikkaders der lokalen Polizeikörpers gewährt wurden.

Werden die in Absatz 1 erwähnten Leistungen in Anwendung von Artikel 70 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 an mehrere Personen gezahlt, wird der Betrag für alle Kinder ermittelt, deren in Artikel 70 desselben Gesetzes erwähnter Restbetrag für Dezember 2018 an dieselbe Person gezahlt werden.

§2 – Der gemäß §1 ermittelte Betrag wird an den oder die gemäß Artikel 26 ermittelten Empfänger des Kindergeldes gezahlt.

Dieser Betrag ist nicht den in Artikel 36 festgelegten Entwicklungsmodalitäten unterworfen.

Dieser Betrag wird anstelle der in den Artikeln 8, 17, 19 und 23 erwähnten Leistungen gezahlt, bis eine der folgenden Situationen eintritt:

1. die Summe der in den Artikel 8, 17, 19 und 23 erwähnten Leistungen, auf die die in §1 erwähnten Kinder Anrecht haben, ist vorteilhafter als der in §1 ermittelte Betrag;
2. das Kindergeld wird nicht mehr für alle Kinder, für die der in §1 erwähnte Betrag ermittelt wurde, oder nicht mehr nur für diese Kinder an einen gemeinsamen Empfänger gezahlt;
3. der überlebende Elternteil des Kindes, das Anrecht auf die in Artikel 50bis des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 erwähnte Zulage hatte, heiratet oder tätigt eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen.

Sobald eine der in Absatz 3 erwähnten Situationen eintritt, werden die in den Artikeln 8, 17, 19 und 23 erwähnten Leistungen gemäß den in vorliegendem Dekret festgelegten Modalitäten ausbezahlt.

Für die Anwendung von Absatz 3 Nummer 2:

1. gilt im Falle der Anwendung von Artikel 26 §2 nur die in Artikel 26 §2 Nummer 1 erwähnte Person als Empfänger;
2. werden die Kinder, für die ein Betrag gemäß Artikel 112 ermittelt wurde, nicht berücksichtigt.

Art. 110 – Übergangsbestimmung

Die Kinder, die am 31. Dezember 2018 einer in Artikel 1, 2, 3 oder 4 des Königlichen Erlasses vom 10. August 2005 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen gewährt werden für ein Kind, das Unterrichtskurse besucht oder seine Ausbildung fortsetzt erwähnten Ausbildung oder dort erwähnten Unterrichtskursen nachgehen, die am 1. Januar 2019 nicht mehr als Ausbildung im Sinne von Artikel 9 §3 gelten, sind übergangsweise als einer Ausbildung im Sinne von Artikel 9 §3 nachgehend anzusehen.

Das in Absatz 1 erwähnte Übergangsrecht hat Gültigkeit für die Dauer, für die das Kind am 31. Dezember 2018 für die in Artikel 1, 2, 3 oder 4 des Königlichen Erlasses vom 10. August 2005 zur Festlegung der Bedingungen, unter denen Kinderzulagen gewährt werden für ein Kind, das Unterrichtskurse besucht oder seine Ausbildung fortsetzt erwähnte Ausbildung oder Unterrichtskurs eingeschrieben war, und höchstens bis zum 30. September 2019.

Art. 111 – Übergangsbestimmung

Für Kinder, die am 31. Dezember 2018 nur aufgrund von Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes Anrecht auf Kindergeld haben, beginnt die gemäß Artikel 10 festgelegte zwölfmonatige Periode an dem Tag, an dem sie Anrecht aufgrund von Artikel 1 §2 dieses Königlichen Erlasses hatten.

Die in Absatz 1 erwähnte Periode wird um den Zeitraum verlängert, um den das Anrecht vor dem 1. Januar 2019 gemäß Artikel 4 §1 oder Artikel 4 §1/2 des Königlichen Erlasses vom 12. Au-

gust 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes verlängert wurde.

Art. 112 – Übergangsbestimmung

§1 - In Abweichung von Artikel 109, wird für die Kinder, die im Dezember 2018 Kindergeld aufgrund von Artikel 63 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes, in seiner Fassung vom 28. Dezember 1990, erhalten, ein Betrag ermittelt, der sich zusammensetzt aus der Summe:

1. der in Artikel 40 des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 erwähnten monatlichen Zulagen;
2. des in Artikel 44bis des allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939, in seiner Fassung vom 30. Juli 2013, erwähnten Zuschlags.

§2 - Der gemäß §1 ermittelte Betrag wird an den gemäß Artikel 26 ermittelten Empfänger des Kindergeldes gezahlt, solange das Kind aufgrund eines Zusammenarbeitsabkommens in die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft fällt.

Der gemäß §1 ermittelte Betrag ist nicht den in Artikel 36 festgelegten Entwicklungsmodalitäten unterworfen.

Art. 113 – Übergangsbestimmung

Der durch Artikel 75 geschaffene Rat für Familienleistungen nimmt die Rechtsnachfolge des durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2016 zur Schaffung eines Rates für Familienleistungen geschaffenen Rates wahr.

Die in den durch den vorerwähnten Erlass vom 28. Oktober 2016 geschaffenen Rat bestellten Mitglieder und Ersatzmitglieder bleiben bis zum Ende ihrer ursprünglichen Mandatsdauer in den durch Artikel 75 geschaffenen Rat bestellt.

Art. 114 – Übergangsbestimmung

Wenn die Einführung von Artikel 26 zur Bestimmung eines anderen Empfänger führen würde als diejenige Person, die das Kindergeld für Dezember 2018 erhält, bleibt diese Person der Empfänger, bis eines der folgenden Ereignisse eintritt :

1. ein Wechsel des Wohnsitzes des Empfängers;
2. ein Wechsel des Wohnsitzes eines der Kinder, für die der Empfänger das Kindergeld erhält;
3. für eines der Kinder, für die der Empfänger das Kindergeld erhält, wird kein Kindergeld mehr gezahlt;
4. ein weiteres Kind, das denselben Wohnsitz wie der Empfänger oder wie eines der Kinder hat, hat Anrecht auf Kindergeld.

Für die Anwendung von Absatz 1, gilt im Falle der Anwendung von Artikel 70 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 für Dezember 2018, die in Artikel 70 Absatz 1 Nummer 2 desselben Gesetzes bestimmte Person, als diejenige Person, die das Kindergeld für Dezember 2018 erhält.

Art. 115 – Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 3 Nummer 5 gelten als Familienangehörige alle Personen, für die der Sozialversicherte aufgrund des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 am 31. Dezember 2018 das Recht auf die in Artikel 109 §1 erwähnten Leistungen eröffnete, bis:

1. eine der in Artikel 109 §2 Absatz 3 Nummer 2 oder 3 erwähnten Situationen eintritt;
2. die berufsständische Situation des Sozialversicherten in dem Sinne ändert, dass er das Anrecht aus einem anderen Grund im Sinne von Artikel 68 der Verordnung Nr. 883/2004 (EG) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit eröffnen würde.

Sobald eine der in Absatz 1 erwähnten Situationen eintritt, gelten nur noch die in Artikel 3 Nummer 5 erwähnten Personen als Familienangehörige.

Abschnitt 4 – Inkrafttreten

Art. 116 – Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Eupen, den ...

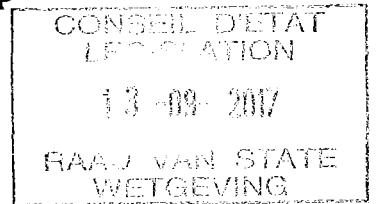
Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a vertical line and a horizontal crossbar.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP



De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

Voorontwerp van decreet betreffende de gezinsbijslagen

INHOUD

Bij dit ontwerp van decreet worden de gezinsbijslagen herzien. De Duitstalige Gemeenschap is voor die materie bevoegd geworden in het kader van de Zesde Staatshervorming en schept daartoe nu een nieuwe en eenvormige rechtsgrondslag.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Opmerkingen bij het advies van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven	10
Opmerkingen bij het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen.....	10
Opmerkingen bij het advies van de Commissie voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer	12
Bespreking van de artikelen	13
Voorontwerp	32

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

In het kader van de Zesde Staatshervorming is de Duitstalige Gemeenschap bevoegd geworden voor de gezinsbijslagen.

De gezinsbijslagen omvatten enerzijds de kinderbijslag en anderzijds de geboortepremie en de adoptiepremie. Bij de kinderbijslag gaat het om regelmatige betalingen. De premies zijn eenmalige betalingen. Die uitkeringen hebben tot doel alle kinderen ontwikkelings- en ontplooiingskansen te bieden, de financiële belasting voor een gezin door de onderhoudskosten voor één of meer kinderen gedeeltelijk te compenseren en kinderarmoede te bestrijden.

Dit ontwerp van decreet schept daartoe een nieuwe en eenvormige rechtsbasis voor de gezinsbijslagen.

Het recht van het kind

Deze nieuwe rechtsgrondslag maakt een einde aan het huidige systeem waarin een rechthebbende het recht voor een kind opende. De kinderbijslag wordt het recht van het kind.

De woonplaats van het kind wordt het uitgangspunt voor dat recht: elk kind dat zijn woonplaats heeft in het Duitse taalgebied opent het recht op kinderbijslag.

Er wordt een eenvormig systeem voor alle kinderen geschapen, los van de werksituatie van de ouders. Het huidige systeem van de gewaarborgde kinderbijslag dat het recht op kinderbijslag opent voor kinderen die op basis van de werksituatie van hun ouders geen recht op kinderbijslag hebben, is dus niet meer noodzakelijk en wordt opgeheven.

In dit ontwerp van decreet worden de rechten op gezinsbijslagen geregeld onder voorbehoud van de toepassing van het Europese recht en internationale verdragen en protocollen.

Het recht op kinderbijslag

Het recht op kinderbijslag is tot de leeftijd van 18 jaar een onvoorwaardelijk recht. Zo wil men alle kinderen ontwikkelings- en ontplooiingskansen bieden en wil men tegemoetkomen in de opvoedingskosten. De gezinsbijslagen worden niet als een instrument voor andere bevoegdheidsterreinen beschouwd. Daarom is bijvoorbeeld noch het naleven van de leerplicht, noch het inkomen van het kind in die periode een voorwaarde om kinderbijslag te ontvangen.

Het recht op de basiskinderbijslag voor kinderen met een beperking blijft tot het bereiken van de leeftijd van 21 jaar een onvoorwaardelijk recht, indien de uitwerkingen van de beperking begonnen zijn op een tijdstip waarop het kind recht op kinderbijslag had, aangezien met toepassing van de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap de tegemoetkomingen voor volwassenen met een handicap eerst vanaf een minimumleeftijd van 21 jaar toegekend worden.

Volwassen kinderen die de leeftijd van 18 resp. 21 jaar hebben bereikt, worden onder bepaalde voorwaarden verder financieel ondersteund tot ze 25 jaar worden. Daartoe moet het kind voldoen aan de opleidingsvoorwaarden. Daarnaast zijn er ook voorwaarden die verband houden met de beroepsactiviteit van het kind.

Bedoeling is dat kinderen, ook na het einde van de opleiding, in die overgangsfase van hun leven enige tijd ondersteund worden. Die verlenging van het recht stemt ongeveer overeen met de thans bestaande regels die voorzien in recht op kinderbijslag tijdens de beroepsinschakelingstijd met eventuele verlenging. De geplande verlenging van het recht bedraagt 12 maanden. Daarbij wordt niet meer naar de federale werkloosheidsreglementering verwezen. Door die verwijzing was het huidige recht alsmaar ingewikkelder geworden. Ook tijdens de verlenging van het recht zijn er voorwaarden inzake de beroepsactiviteit van het kind. De kinderbijslag is geen instrument van het werkgelegenheidsbeleid. Als schoolverlater hoeft men dus niet ingeschreven te zijn als werkzoekende om recht op kinderbijslag te hebben.

De kinderbijslag bestaat uit de basiskinderbijslag en de bijslagen. Een recht op een bijslag kan alleen bestaan als tegelijk een recht op basiskinderbijslag bestaat.

De basiskinderbijslag

Aangezien de kinderbijslag een recht van het kind wordt, ontvangt elk kind hetzelfde basisbedrag, los van het feit of het om het eerste, tweede of derde kind in het gezin gaat. De vorige leeftijdsbijslagen worden meegerekend in het basisbedrag om vanaf het begin een evenwichtige ondersteuning van elk kind mogelijk te maken.

De jaarlijkse bijslag

Bij het begin van het schooljaar hebben gezinnen bijzondere kosten. Als tegemoetkoming in die kosten ontvangt elk kind een jaarlijkse bijslag.

De bijslag voor grote gezinnen

Grote gezinnen hebben extra kosten, bijvoorbeeld wat huisvesting of mobiliteit betreft. Bovendien is bewezen dat het risico op armoede hoger is in gezinnen met drie of meer kinderen dan in gezinnen met één of twee kinderen. Om die redenen wordt een bijslag voor het derde kind en voor elk volgend kind ingevoerd.

De sociale bijslag

Niet alle gezinnen hebben dezelfde financiële mogelijkheden. Voor gezinnen met een laag inkomen is het moeilijker de kosten voor het kind te dragen. Daarom is het moeilijker het kind dezelfde ontplooiings- en ontwikkelingskansen te bieden als andere kinderen. De kinderbijslag is een recht van het kind, maar het kind kiest niet in welk gezin het opgroeit. Daarom worden kinderen die in gezinnen met een laag inkomen leven, bijzonder ondersteund. Daardoor wordt ook kinderarmoede tegengegaan.

De thans bestaande regeling waarbij alleen werklozen, gepensioneerden, invaliden, langdurig zieken of alleenstaande ouders een sociale toeslag kunnen krijgen, wordt opgeheven. Ook werknemers of zelfstandigen met een laag inkomen zullen voortaan in aanmerking komen voor de sociale bijslag.

Daarom wordt een sociale bijslag betaald voor de kinderen die recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging hebben. Recht op de verhoogde tegemoetkoming hebben alle leden van een gezin waar een begunstigde van de verhoogde tegemoetkoming leeft.

In tegenstelling tot wat nu het geval is, wordt de sociale bijslag los van de rang van het kind toegekend. Door de eenvormige bijslag worden grote gezinnen die recht op sociale bijslag hebben, sterker ondersteund.

Bijslag voor kinderen met een beperking

De bijslag voor kinderen met een beperking is een tegemoetkoming wegens de hogere zorgbehoefte van de kinderen, de hogere kosten die daarmee gepaard gaan en de extra inspanningen die de ouders leveren.

De wezenbijslag

In het huidige systeem ontvangen halfwezen een bijslag indien de overlevende ouder alleen woont met zijn kind of zijn kinderen, los van het gezinsinkomen. Naar aanleiding van de hervorming van de gezinsbijslagen rijst echter de vraag of het gerechtvaardigd is dat halfwezen en kinderen van alleenstaande ouders verschillend behandeld worden. De overlevende ouder van halfwezen heeft, in tegenstelling tot een alleenstaande ouder, niet de mogelijkheid om alimentatie te ontvangen, maar misschien wel om een overlevingspensioen te ontvangen. Aangezien het overlevingspensioen van de overlevende ouder en het alimentatiegeld dat een alleenstaande ouder voor het kind ontvangt, net zoals andere inkomens, in aanmerking worden genomen voor de berekening van het gezinsinkomen met het oog op het behoud van de verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging, d.w.z. voor de nieuwe sociale bijslag - wat bij de huidige sociale bijslagen niet het geval was - kunnen de situatie van een overlevende ouder van halfwezen, de situatie van een alleenstaande ouder en de situatie van een tweeloudergezin onderworpen worden aan dezelfde regels. Onder die voorwaarden is een bijslag voor halfwezen niet gerechtvaardigd.

De situatie van de volledige wezen is echter niet te vergelijken met eenoudergezinnen of tweeloudergezinnen. Alleen in het pensioenstelsel van de ambtenaren kunnen ze recht op een overlevingspensioen openen. In het pensioenstelsel van de zelfstandigen en de werknemers is dat alleen mogelijk voor de echtgenoot of echtgenote. Voor volledige wezen wordt de huidige verhoogde wezenbijslag vervangen door de basiskinderbijslag en een wezenbijslag. Op die manier wil men het door het overlijden van de ouders ontstane verlies van het inkomen of van de mogelijkheid om een inkomen te verwerven gedeeltelijk compenseren.

De bijslagtrekkende

Het is de bedoeling dat de persoon die de kinderbijslag trekt, de persoon is die het kind werkelijk opvoedt. Er wordt ervan uitgegaan dat dit de persoon is die dezelfde woonplaats heeft als het kind.

De geboortepremie en de adoptiepremie

Na de geboorte of de adoptie van een kind ontstaan eenmalige kosten. Daarom worden de gezinnen ondersteund door de geboortepremie of, naargelang van het geval, de adop-

tiepremie. De premie wordt eenvormig, d.w.z. de premie hangt niet meer af van de rang van het kind.

Ontwikkeling van de uitkeringen

De uitkeringen zullen automatisch aangepast worden. Er wordt gewaarborgd dat het bedrag van de uitkeringen niet kan dalen.

Voor nadere uitleg wordt verwezen naar de bespreking van artikel 36.

Procedure

Het ontwerp van decreet bevat bepaalde procedurevoorschriften omtrent het behoud van de uitkeringen en de terugvordering van ten onrechte uitbetaalde uitkeringen. Die procedureregels hebben tot doel verscheidene rechten van de burger te bepalen en te beschermen.

Voor de uitvoering van de taken die in dit ontwerp van decreet worden beschreven, heeft de Regering verschillende gegevens over de betrokken burgers nodig. De Regering verzamelt die gegevens op eigen initiatief. Om het recht op gezinsbijslagen doeltreffend en grondig te beoordelen, doet ze zo veel mogelijk een beroep op elektronische gegevens die ze via de authentieke bronnen ontvangt. Daardoor wordt de administratieve last voor de burger zo goed mogelijk beperkt. Bij het gebruik van die elektronische gegevens houdt de Regering zich strikt aan de wetgeving inzake bescherming van de persoonsgegevens. Ze let erop dat alleen noodzakelijke gegevens worden geregistreerd.

Controle

Naast het behandelen van de aanvragen en het doen van de uitbetalingen heeft de Regering ook tot taak de naleving van de wetgeving op de gezinsbijslagen te controleren. Die controle is bedoeld om preventief te kunnen ingrijpen, maar ook om overtredingen vast te stellen. Voor die controle wijst de Regering inspecteurs aan. Voorts wordt de bestraffing van overtredingen van de bepalingen inzake gezinsbijslagen vastgelegd.

De Raad voor Gezinsbijslagen

Om het maatschappelijk middenveld actief bij de vormgeving van de gezinsbijslagen te betrekken, wordt een Raad voor Gezinsbijslagen opgericht. Die Raad verleent advies aan degenen die decreten en besluiten over gezinsbijslagen schrijven.

Bevoegdheid van de familierechtbank

Aangezien de familierechtbank nu al bevoegd is om familiale geschillen te beslechten, wordt ze voortaan ook bevoegd voor alle kwesties omtrent gezinsbijslagen. Voor nadere uitleg wordt verwezen naar de bespreking van de artikelen 92 tot 95.

Bepalingen omtrent jeugdbijstand

Als het kind in het kader van de jeugdbijstand in een instelling wordt geplaatst, wordt tot dusver een derde van de kinderbijslag aan de vorige kinderbijslagtrekkende uitbetaald of op een geblokkeerde rekening van het kind gestort. De jeugdrechter of de instantie die beslist heeft om het kind te laten plaatsen, beslist wie het derde van de kinderbijslag ontvangt.

Als het geld op een geblokkeerde rekening voor het kind gestort wordt, kan het kind met 18 jaar over dat geld beschikken. Dat biedt het kind betere kansen bij het begin van een nieuwe levensfase als volwassene. Dat derde van de kinderbijslag kan uitbetaald worden aan de biologische ouders als die, ondanks de plaatsing van hun kind, nog kosten voor het kind dragen, bijvoorbeeld als het kind hen regelmatig bezoekt en ze een kinderkamer voor het kind hebben.

Als het kind in het kader van de jeugdbijstand in een pleeggezin wordt geplaatst, bestaat niet de mogelijkheid om een derde van de kinderbijslag op een rekening voor het kind te storten. Dat onderscheid is niet gerechtvaardigd. Zo kan het zijn dat pleegkinderen met 18 jaar hun volwassen leven beginnen zonder financiële middelen. Ze zijn aangewezen op de eventuele ondersteuning van de pleegouders.

Voor alle kinderen die in het kader van de jeugdbijstand geplaatst zijn, ongeacht of ze in een instelling of in een pleeggezin geplaatst zijn, wordt daarom een financiële tegemoetkoming ingevoerd. Dat is een gelijkstelling van pleegkinderen met kinderen die in een instelling zijn geplaatst. Die tegemoetkoming is echter geen kinderbijslag, maar een tegemoetkoming in het kader van de jeugdbijstand. Het decreet van 19 mei 2008 over de Jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming wordt in die zin gewijzigd.

De biologische ouders van kinderen die in een pleeggezin geplaatst zijn, ontvangen tot dusver een maandelijks forfaitair bedrag. Dat forfaitair bedrag is bedoeld als financiële ondersteuning om de biologische ouders de mogelijkheid te geven om contact te blijven houden met hun kinderen. Dat forfaitair bedrag beantwoordt echter niet altijd aan het doel. Het zorgt er niet noodzakelijk voor dat de ouders contact blijven houden met hun kinderen. Daarom wordt het opgeheven. In het kader van de jeugdbijstand bestaat echter de mogelijkheid om biologische ouders van geplaatste kinderen indien nodig individueel financieel te ondersteunen zodat ze in contact kunnen blijven met hun kinderen. Ook die ondersteuning is geen kinderbijslag en zal bijgevolg in het decreet van 19 mei 2008 worden opgenomen.

De overgang

De nieuwe kinderbijslagregeling houdt verscheidene wijzigingen in voor de gezinnen. Bepaalde gezinnen zouden daardoor op de dag van de invoering van de nieuwe regeling minder kinderbijslag ontvangen. Daarbij gaat het vooral om de gezinnen met oudere kinderen. Om dat te voorkomen, wordt in een overgangsregeling voorzien. Die overgangsregeling legt voor elke bijslagtrekkende vast welk bedrag hij vóór de invoering van de nieuwe regeling ontving. Aangezien het systeem van de bijslag voor kinderen met een beperking onveranderd blijft, maakt die bijslag geen deel uit van het vastgelegde bedrag. Indien aan een gezin dat het vastgelegde bedrag verder ontvangt, een bijslag voor kinderen met een beperking wordt toegekend of het bedrag van die bijslag op basis van een nieuw onderzoek wordt gewijzigd, leidt dit niet tot een overstap naar het nieuwe bedrag.

Het vastgelegde bedrag wordt niet geïndexeerd, aangezien het tot doel heeft ervoor te zorgen dat geen enkel gezin op het ogenblik van de invoering van het nieuwe systeem minder kinderbijslag ontvangt.

Er wordt overgestapt naar het nieuwe bedrag als het nieuwe bedrag voordeliger is of als het aantal bijslaggerechtigde kinderen van eenzelfde bijslagtrekkende wijzigt.

Of het nieuwe bedrag voordelig is, wordt zowel bij de invoering van het nieuwe systeem als daarna onderzocht. Wanneer bijvoorbeeld een gezin dat het vastgelegde bedrag ontvangt, een nieuw recht op de sociale bijslag opent en het nieuwe bedrag daardoor voordeliger wordt, ontvangt dat gezin het nieuwe bedrag.

Een wijziging van het aantal kinderen dat recht heeft op kinderbijslag die aan eenzelfde bijslagtrekkende wordt betaald, komt bijvoorbeeld voor wanneer er een kind door geboorte bijkomt of wanneer een kind het gezin verlaat. Ook wanneer een kind geen recht op kinderbijslag meer heeft of de uitbetaling van zijn kinderbijslag geschorst wordt, maar dat kind wel nog deel uitmaakt van het gezin, wordt overgestapt naar het nieuwe bedrag. Gezinswijzigingen die geen invloed hebben op het aantal kinderen die recht hebben op kinderbijslag, zoals bijvoorbeeld een andere bijslagtrekkende na een scheiding van de ouders, leidt niet tot de overstap, behalve indien niet alle kinderen nog één en dezelfde bijslagtrekkende hebben. Daarop bestaat er één uitzondering: Indien de overlevende ouder van een weeskind opnieuw huwt of wettelijk samenwoont en daardoor in het huidige federale systeem weer recht op het normale tarief van de kinderbijslag zou hebben, wordt het nieuwe bedrag toegepast.

Dit ontwerp van decreet voorziet ook in een nieuwe voorrangsregeling om te bepalen wie de bijslagtrekkende is. In januari 2019 zou dit plots uitwerking kunnen hebben op de gezinnen, zonder dat er enige gezinswijziging heeft plaatsgevonden. Voor alle kinderen opnieuw bepalen wie de bijslagtrekkende is, is bovendien verbonden met veel administratief werk dat de continuïteit van de uitbetalingen in het gedrang zou kunnen brengen. Daarom wordt bepaald dat de inwerkingtreding van het ontwerp van decreet op zich niet leidt tot het bepalen van een nieuwe bijslagtrekkende en dat de kinderbijslag aan dezelfde bijslagtrekkende blijft uitbetaald worden.

Standstill

Artikel 23 van de Grondwet bepaalt dat ieder het recht heeft een menswaardig leven te leiden. Om dat mogelijk te maken, moet elke wetgever de economische, sociale en culturele rechten waarborgen en de voorwaarden voor de uitoefening van die rechten bepalen. Tot die in de Grondwet verankerde rechten die elke wetgever moet waarborgen, behoort - sinds de laatste grondwetsherzieningen - het recht op gezinsbijslagen.

Uit de desbetreffende parlementaire stukken¹ blijkt dat het de bedoeling is op die manier veilig te stellen dat de voordelen waarin de federale wetgeving thans voorziet, gehandhaafd worden na de overdracht van de bevoegdheid aan de gemeenschappen. Be-doeling is dat een aanzienlijke achteruitgang in de gezinsbijslagen niet mogelijk wordt. In die context spreekt men van een zogenaamde standstill-verplichting. Die standstill-verplichting houdt echter alleen in dat het in de Grondwet verankerde recht op zijn minst op gelijkwaardige wijze gewaarborgd moet worden en dat de bevoegde wetgever zelf kan beslissen welke wijze hij passend acht om die rechten te waarborgen.

Dit ontwerp van decreet herzielt de grondslag voor de systematiek van het thans bestaande federale stelsel van de gezinsbijslagen. Het eigenlijke recht op gezinsbijslagen wordt echter ook in het nieuwe stelsel van de Duitstalige Gemeenschap verder op een minstens gelijkwaardig niveau gewaarborgd, in een vorm die voor de verwezenlijking van de herziening het meest passend lijkt.

¹Voorstel tot herziening van artikel 23 van de Grondwet om het recht op kinderbijslag te waarborgen, Gedr. St., Senaat, 2013, nr. 5-2240/1.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE DIENST VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP VOOR ZELFBE-SCHIKKEND LEVEN

De Dienst doet in zijn advies een aantal terminologische voorstellen omtrent het recht tot 21 jaar voor kinderen met een beperking en de bijslag voor kinderen met een beperking. Die voorstellen zijn in het ontwerp van decreet overgenomen.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

Wat de in artikel 4 van het ontwerp van decreet bepaalde woonplaats betreft, wenst de Raad dat men met de andere territoriale entiteiten afsprekt hoe het recht op grond van de woonplaats wordt geregeld. Dat wordt geregeld via een samenwerkingsakkoord tot bepaling van de bevoegdheden van de deelentiteiten.

Voor verscheidene bepalingen van het ontwerp van decreet waarin een bedrag wordt vastgelegd, eist de Raad in zijn advies een indexering van die bedragen tot het decreet betreffende de gezinsbijslagen in werking treedt. Het decreet legt de bedragen vast op grond van de bedragen die gelden sinds de overschrijding van de spilindex in mei 2017. Indien de spilindex opnieuw overschreden wordt, zou het decreet moeten worden aangepast.

In verband met de verlenging van het recht bedoeld in artikel 10 van het ontwerp van decreet, eist de Raad dat dit recht met nog drie maanden meer wordt verlengd als het kind een negatieve evaluatie en in aansluiting daarop een positieve evaluatie over zijn gedrag bij het zoeken naar werk heeft gekregen.

De kinderbijslag is echter geen instrument van het werkgelegenheidsbeleid. Daarom is de verlenging van het recht ook niet gebonden aan het actieve gedrag van het kind bij het zoeken naar werk.

Bovendien zou een aanvullende verlenging van het recht na een negatieve en een positieve evaluatie geen hulp zijn voor de kinderen die twee positieve evaluaties hebben gekregen, maar niet voldoen aan de diplomavooraarden om een inschakelingsuitkering te ontvangen. Dat probleem moet op het niveau van het federale werkgelegenheidsbeleid opgelost worden. Gezinsbijslagen zijn niet bedoeld om lacunes in dat federale beleid weg te werken.

De Raad maakt enkele opmerkingen over verdwenen en ontvoerde kinderen. Voor die kinderen is de woonplaats van het kind doorslaggevend. Indien de woonplaats na een verhuizing buiten het Duitse taalgebied ligt, is voorzien dat het recht op kinderbijslag eindigt.

De Raad eist dat de kinderbijslag voor een kind met een beperking dat ontvoerd werd, tot de leeftijd van 21 jaar wordt betaald. In het voorontwerp van decreet wordt echter verder vastgehouden aan de huidige regeling, waarbij de kinderbijslag in geval van een ontvoering tot de 18e verjaardag wordt betaald, aangezien het niet het doel van die regeling is om een onderbreking in de betaling te regelen tussen het recht op kinderbijslag en het recht op federale uitkeringen voor volwassen personen met een handicap.

De Raad stelt voor om een tweede jaarlijkse bijslag toe te kennen die in januari zou worden uitbetaald. De geplande jaarlijkse bijslag wordt toegekend als tegemoetkoming in de bijzondere kosten die bij het begin van het schooljaar ontstaan. In andere kosten wordt tegemoetgekomen via het basisbedrag, d.i. zonder aanvullende bijslag.

In verband met artikel 22 van het ontwerp van decreet wijst de Raad op situaties waarin de uitwerkingen van een beperking na het einde van het recht op kinderbijslag en vóór het bereiken van het 21e levensjaar begonnen zijn. De toelichting van dat artikel werd bijgevolg aangepast om te verduidelijken dat in die situaties het recht op de federale uitkeringen voor volwassen personen met een handicap bestaat.

De Raad stelt voor om niet alleen te voorzien in een bijslag voor wezen, zoals in artikel 23 van het ontwerp van decreet, maar ook in een bijslag voor halfwezen. Op grond van de argumenten vervat in de algemene toelichting houdt de Regering vast aan haar voornemen om geen bijzondere bijslag voor halfwezen toe te kennen.

In verband met artikel 30 van het ontwerp van decreet rijst bij de Raad de vraag hoe de geboortepremie in geval van overlijden van de moeder wordt uitbetaald. In dat geval is het burgerlijk recht van toepassing, zodat, na de geboorte die het recht op de geboortepremie opent, de vordering of het bedrag deel uitmaakt van de erfmassa van de moeder.

In zijn opmerkingen bij artikel 43 van het ontwerp van decreet eist de Raad dat het woord "Einschreiben" vervangen wordt door de woorden "eingeschriebenem Brief". Toekomstige decreten moeten echter technologisch neutraal geformuleerd worden, zodat een "Einschreiben" niet alleen op een niet-digitale brief mag slaan. In dat verband verwijzen wij naar het huidige werkprogramma 2014-2019 (punt "MDG e-government 02"), als ook naar de Verordening (EU) Nr. 910/2014 van het Europees Parlement en de Raad van 23 juli 2014 betreffende elektronische identificatie en vertrouwensdiensten voor elektronische transacties in de interne markt en tot intrekking van Richtlijn 1999/93/EG, waarin het principe van de 'elektronisch aangetekende bezorging' wordt vastgelegd. Momenteel is ook een ontwerp van decreet 'tot regeling van de elektronische correspondentie van de overheden van het Duitse taalgebied' in de maak om dit principe ook via dat ontwerp van decreet ingang te doen vinden in onze rechtsgrondslagen.

De Raad vraagt waarom in de artikelen 54 en 58 met vaste rentevoeten wordt gewerkt. Nu wordt ook al een vaststaande rentevoet gebruikt. In dit ontwerp van decreet wordt echter niet meer verwezen naar artikel 2, § 3, van de wet van 5 mei 1865 betreffende de lening tegen intrest, maar wordt die bepaling overgenomen.

De Raad betreurt dat in het ontwerp van decreet niet wordt bepaald wat er gebeurt wanneer de Regering of een derde een beslissing op grond van valse gegevens heeft genomen. Gaat het bij de valse gegevens om een vergissing van de Regering, dan wordt artikel 46 van het ontwerp van decreet toegepast. Gaat het om een vergissing van een derde, zoals beschreven in artikel 55, dan wordt teruggevorderd.

Volgens de Raad ontbreekt een interne procedure voor de controle van het Ministerie in zijn functie van uitbetalingsorgaan. De interne organisatie van het Ministerie is taak van de Regering. Er bestaan al interne controleprocedures in het Ministerie. De Regering zal de organisatie van het Ministerie waar nodig aanpassen aan de nieuwe taken op het gebied van de gezinsbijslagen.

De Raad vraagt of het zinvol is de familierechtbank als centrale rechtbank met alle geschillen over de toekenning, uitbetaling en terugvordering van gezinsbijslagen te belasten. In dat verband houdt de Regering vast aan de redenen die ten grondslag liggen aan de artikelen 92 tot 95 van het ontwerp van decreet.

De Raad stelt voor de mogelijkheid te creëren om in bepaalde gevallen individuele beslissingen te nemen betreffende de uitbetaling van het bedrag berekend op basis van arti-

kel 109 van het ontwerp van decreet. De regeling is echter gebaseerd op objectieve criteria die in elk afzonderlijk geval onderzocht en toegepast worden. Individuele beslissingen die van die criteria afwijken, zijn niet noodzakelijk en zouden tot ongerechtvaardigde discriminatie leiden.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE COMMISSIE VOOR DE BESCHERMING VAN DE PERSOONLIJKE LEVENSSFEER

De Commissie voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer (hierna: de Commissie) heeft op 5 juli 2017 een positief advies over het ontwerp van decreet gegeven (advies nr. 34/2017).

De Commissie had echter enkele algemene en specifieke opmerkingen bij het ontwerp van decreet.

In zijn algemene opmerkingen dringt de Commissie erop aan om te voorzien in een algemene uitvoeringsbepaling voor de artikelen die betrekking hebben op de bescherming van persoonsgegevens. Aan die wens werd tegemoetgekomen door zo'n bepaling in te voegen in artikel 60.

Voorts wijst de Commissie erop dat enkele egov-principes bij decreet zouden moeten worden vastgelegd. De Commissie merkt op dat dit evenwel niet nodig is, als de door de Duitstalige Gemeenschap aan te leggen databank aangesloten wordt bij het netwerk van de Kruispuntbank van de Sociale Zekerheid. Aangezien dat het geval is, vervalt de verplichting om de voormelde principes in het ontwerp van decreet te verankeren.

De specifieke opmerkingen bij de artikelen 60 en 61 waren van terminologische aard en werden integraal overgenomen.

In verband met artikel 39 wijst de Commissie erop dat de aanvrager in principe alle inlichtingen moet krijgen zonder dat hij daarom hoeft te verzoeken. Artikel 39 van het ontwerp van decreet is echter overgenomen van artikel 3 van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het "handvest" van de sociaal verzekerde, zodat het daaromtrent tot geen enkele vermindering van de rechten van de aanvrager komt. Bovendien moet dit artikel beschouwd worden als een uitzondering op artikel 9 van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens. Concreet is het de bedoeling dat de aanvrager, telkens als hij om inlichtingen wordt verzocht (bijvoorbeeld via het invullen van formulieren), ingelicht wordt over zijn rechten en plichten inzake de bescherming van de persoonlijke levenssfeer.

In verband met artikel 60 van het ontwerp van decreet merkt de Commissie op dat het beter zou zijn nu reeds in het decreet te bepalen welke instelling de persoonsgegevens werkelijk zal verwerken. In de praktijk zal dat het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap zijn. Aangezien uit artikel 69 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen blijkt dat de decreetgever alleen aan de Regering en niet aan een Minister of aan het Ministerie kan delegeren², kan dit in het ontwerp van decreet niet in

²Advies 38.297/AV van de Raad van State van 10 mei 2005 over een voorontwerp dat is uitmond in het decreet van de Franse Gemeenschap van 1 juli 2005 houdende diverse maatregelen betreffende het leerplichtonderwijs en het onderwijs voor sociale promotie, het hoger onderwijs, de gezondheidspromotie op school, de coördinatie van de opvang van kinderen tijdens hun vrije tijd

die vorm worden bepaald en wordt de huidige formulering behouden. De Regering zal het Ministerie expliciet met die taak belasten via een uitvoeringsbesluit.

In verband met artikel 61 van het ontwerp van decreet merkt de Commissie op dat de verwerking van gezondheidsgegevens in principe verboden is, maar dat er uitzonderingen bestaan en dat de steller van het ontwerp de verwerking van die gegevens in de memorie van toelichting zou moeten rechtvaardigen. Naar aanleiding van die opmerking werd de bespreking van artikel 61 dienovereenkomstig aangepast.

In artikel 62 van het ontwerp van decreet werd op verzoek van de Commissie een verwijzing naar de inspecteurs weggelaten. Voorts vraagt de Commissie om uitvoeriger uit te leggen wat onder de gerechtelijke gegevens vermeld in artikel 62, 8°, moet worden verstaan. In dat verband valt op te merken dat met 'gerechtelijke gegevens' in het bijzonder vonnissen bedoeld worden waarbij krachtens artikel 53 van het ontwerp van decreet een andere bijslagtrekkende werd bepaald. In dezelfde mate zal ook kennis moeten worden genomen van vonnissen die krachtens artikel 572bis van het Gerechtelijk Wetboek werden geveld.

Tot slot merkt de Commissie in verband met artikel 63 van het ontwerp van decreet op dat het werken met anonieme gegevens in de context van de gezinsbijslagen alleen zinvol is voor onderzoeksdoeleinden. Verder adviseert de Commissie om in een gelijkaardig cascadesysteem te voorzien als voorgeschreven in de artikelen 3 tot en met 5 van het koninklijk besluit van 13 februari 2001 ter uitvoering van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens. Met die opmerkingen werd rekening gehouden en artikel 63 werd dienovereenkomstig aangepast.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Bij dit artikel wordt de strekking van het ontwerp van decreet bepaald.

Artikel 2

De verwijzingen naar personen in het ontwerp van decreet gelden voor alle geslachten in gelijke mate.

Artikel 3

In dit artikel worden begrippen van het ontwerp van decreet gedefinieerd; dit zorgt ervoor dat die begrippen telkens op dezelfde manier begrepen worden.

Artikel 4

In dit artikel wordt vastgelegd hoe de woonplaats van een persoon wordt bepaald. De woonplaats van het kind is doorslaggevend voor het recht van het kind. Daarbij wordt uitgegaan van de woonplaats die in het bevolkingsregister staat. Dat wordt nagegaan aan de hand van de inlichtingen van het rijksregister van de natuurlijke personen of via inlichtin-

en de ondersteuning van de buitenschoolse opvang, de hulpverlening aan de jeugd, de permanente opvoeding en de begrotingsfondsen (Gedr. St., Fr. Gem. 2004-2005, nr. 111/1, blz. 60 tot 66).

gen van de gemeenten die de bevolkingsregisters bijhouden. De toegang tot de elektronische gegevens van het rijksregister is bijgevolg noodzakelijk om het recht op gezinsbijslagen doeltreffende en grondig te beoordelen. Voor kinderen die in het buitenland wonen, wordt de woonplaats bepaald aan de hand van officiële documenten die zijn opgemaakt door de bevoegde buitenlandse autoriteit.

Om misbruik te voorkomen, wordt geen rekening gehouden met de hoofdverblijfplaats die in de bevolkingsregisters geregistreerd staat, als de persoon daar niet woont en met toepassing van de wetgeving op de bevolkingsregisters zijn woonplaats had moeten wijzigen. Voor personen met een geregistreerde hoofdverblijfplaats in het Duitse taalgebied die verhuisd zijn zonder dit tijdig en volgens de regels te melden en die nu op een andere plaats in het Duitse taalgebied wonen, geldt echter die andere plaats als woonplaats.

Artikel 5

In dit artikel staat dat alle bepalingen die betrekking hebben op ouders, ook toegepast worden op adoptieouders. Dit geldt zowel voor de gewone adoptie als voor de volle adoptie zoals gedefinieerd in boek I, titel VIII, van het Burgerlijk Wetboek. De enige uitzondering zijn de bepalingen inzake adoptiepremie, aangezien het om een specifieke premie voor adoptanten gaat.

Artikel 6

Het kind dat zijn woonplaats heeft in het Duitse taalgebied en een machtiging of toelating tot verblijf heeft in de zin van de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen, heeft recht op kinderbijslag.

De Regering bepaalt in welke gevallen de woonplaatsvoorwaarde als vervuld wordt beschouwd, ook al heeft het kind zijn woonplaats niet in het Duitse taalgebied. De bedoeling is op die manier te kunnen voorzien in uitzonderingsregelingen voor tijdelijke verblijven in het buitenland, bijvoorbeeld bij een uitwisselingsproject in het kader van een opleiding.

Artikel 7

Dit artikel bepaalt voor welke kinderen de sociaal verzekerden op grond van hun werk of een soortgelijke situatie het recht op gezinsbijslagen openen. Zo wil men ervoor zorgen dat personen en gezinnen die gebruik hebben gemaakt van hun recht op vrij verkeer van personen, niet benadeeld worden.

Artikel 8

Dit artikel bepaalt het bedrag van de basiskinderbijslag. Het bedrag van de basiskinderbijslag is onafhankelijk van de leeftijd en de rang van het kind in het gezin.

Artikel 9

Dit artikel bepaalt dat kinderen tot de leeftijd van 18 jaar zonder verdere voorwaarden recht op kinderbijslag hebben.

Kinderen bij wie een beperking werd vastgesteld, hebben tot 21 jaar recht op kinderbijslag zonder dat ze enige andere voorwaarde hoeven te vervullen, als de uitwerkingen van de beperking begonnen zijn op een tijdstip waarop het kind recht op kinderbijslag had. Die

uitbreiding van het onvoorwaardelijke recht op kinderbijslag is gerechtvaardigd, daar de federale tegemoetkomingen voor volwassen personen met een handicap, met toepassing van de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap, pas vanaf de minimumleeftijd van 21 jaar toegekend worden. Personen onder de 21 jaar bij wie een handicap is vastgesteld nadat ze opgehouden hebben rechtgevend te zijn op gezinsbijslagen, hebben ook recht op de federale tegemoetkomingen voor volwassen personen met een handicap.

Kinderen die een opleiding volgen, behouden hun recht op kinderbijslag als ze voldoen aan de voorwaarden betreffende beroepsactiviteiten. Die voorwaarden worden bepaald in artikel 11.

Artikel 10

In dit artikel staat dat kinderen die met toepassing van artikel 9 kinderbijslag hebben ontvangen, maar daarna geen recht meer hebben op kinderbijslag, nog twaalf maanden recht op kinderbijslag hebben. Die bepaling vervangt het recht dat in het huidige kinderbijslagstelsel aan jonge werkzoekenden wordt toegekend.

Een maand waarin een kind op basis van het voorliggende artikel recht op kinderbijslag heeft, maar waarin dat recht op grond van de beroepsactiviteit geschorst wordt, wordt beschouwd als een maand opgebruikt in de zin van het tweede lid.

Het kind dat al één of meer maanden recht op kinderbijslag had op basis van dit artikel, dat in aansluiting daarop recht op kinderbijslag had op basis van de opleiding en dat tot slot weer recht op kinderbijslag had op basis van dit artikel, heeft in dat geval nog recht op de resterende niet-opgebruikte maanden. Er begint geen nieuwe periode van 12 maanden recht op kinderbijslag te lopen.

Artikel 11

Kinderen die kinderbijslag ontvangen op grond van hun opleiding of tijdens de verlenging van het recht, krijgen geen kinderbijslag als ze een beroepsactiviteit uitoefenen. De Regering bepaalt evenwel welke beroepsactiviteiten niet tot een schorsing van de kinderbijslag leiden.

Artikel 12

Dit artikel bepaalt dat een verdwenen kind recht op kinderbijslag blijft hebben als het op het tijdstip van zijn verdwijning recht op kinderbijslag had. Dit recht bestaat zolang het kind verdwenen is, maar hoogstens vijf jaar.

Artikel 13

Dit artikel bepaalt dat het ontvoerde kind recht op kinderbijslag blijft hebben gedurende de ontvoering en dit zolang het kind jonger dan 18 jaar is.

Artikel 14

In dit artikel staat dat het recht op kinderbijslag eindigt op de leeftijd van 25 jaar. Dat is ook het geval indien de voorwaarden inzake opleiding nog altijd vervuld zijn.

Artikel 15

Dit artikel bepaalt het bedrag van de jaarlijkse bijslag. Anders als bij de andere uitkeringen van de kinderbijslag gaat het daarbij om een uitkering die één keer per jaar toegekend wordt.

Artikel 16

Dit artikel bepaalt dat elk kind dat in juli recht op de basiskinderbijslag heeft, de jaarlijkse bijslag ontvangt.

Artikel 17

Dit artikel bepaalt het bedrag van de bijslag voor grote gezinnen.

Artikel 18

De bijslag voor grote gezinnen wordt toegekend aan het derde en elk volgend kind van wie de kinderbijslag aan dezelfde bijslagtrekkende wordt uitbetaald.

De volgorde van de kinderen wordt bepaald op basis van de leeftijd van de kinderen, waarbij het oudste kind het eerste kind is.

Alleen de kinderen die recht op kinderbijslag hebben, worden meegeteld. Andere kinderen die wel in het gezin leven, maar geen recht op kinderbijslag (meer) hebben, worden niet meegerekend om het aantal kinderen te bepalen.

Als de kinderbijslag tijdens de plaatsing van het kind deels aan de eigenlijke bijslagtrekkende en deels aan de instelling resp. de overheid betaald wordt, wordt ervan uitgegaan dat het kind onder de eigenlijke bijslagtrekkende valt om te bepalen of er aanspraak op de bijslag voor grote gezinnen bestaat.

Artikel 19

Dit artikel bepaalt het bedrag van de sociale bijslag.

Artikel 20

Dit artikel bepaalt dat het kind dat recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging heeft, recht op de sociale bijslag heeft. Dit recht van het kind op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging kan geopend worden ofwel door het kind zelf, ofwel door een gezinslid.

De sociale bijslag kan niet gecombineerd worden met de wezenbijslag, aangezien de wezenbijslag al een bijzondere bijslag is die rekening houdt met de gezinssituatie van het kind.

Artikel 21

Dit artikel bepaalt het bedrag van de bijslag voor kinderen met een beperking. Er bestaan zeven verschillende bedragen voor die bijslag, afhankelijk van de uitwerkingen van de beperking.

Artikel 22

Dit artikel bepaalt wie het recht op de bijslag voor kinderen met een beperking kan openen.

Dat recht kan alleen worden geopend als het kind recht op de onvoorwaardelijke kinderbijslag tot 18 jaar of recht op de kinderbijslag voor kinderen met een beperking tot 21 jaar heeft, geen beroepsactiviteit uitoefent en een vastgestelde beperking heeft.

De Regering bepaalt hoe een beperking wordt vastgesteld, hoe ze in een categorie wordt ingedeeld, wie de inschatting doet en hoe de inschatting kan worden herzien.

Artikel 23

Dit artikel bepaalt het bedrag van de wezenbijslag.

Artikel 24

De wezenbijslag wordt toegekend aan het kind van wie beide ouders overleden zijn. Het wordt ook toegekend aan het kind als de ouders krachtens het Burgerlijk Wetboek vermist verklaard zijn. De ouders kunnen vermist verklaard worden 5 jaar na het 'vermoeden van afwezigheid' of 7 jaar nadat men voor het laatst nieuws ontvangen heeft van de vermisten.

Indien voor het kind slechts één afstammingsverhouding vaststaat en de andere ouder onbekend is, wordt de wezenbijslag toegekend indien de ouder van wie de afstammingsverhouding bestaat, gestorven of vermist verklaard is. De situatie is immers te vergelijken met de situatie van een volledige wees, aangezien één ouder door het ontbreken van een afstammingsverhouding onbekend is en de andere ouder, met wie wel een afstammingsverhouding bestaat, gestorven of vermist is. Het kind in kwestie heeft dus geen enkele ouder meer.

Bovendien wordt gepreciseerd dat de bijslag niet meer wordt toegekend zodra het kind geadopteerd wordt, aangezien het kind vanaf dan wel ouders heeft. Dat betekent echter niet dat geen wezenbijslag meer kan worden toegekend als het kind geadopteerd werd en zijn adoptieouders sterven of vermist verklaard worden. In dat geval kan de wezenbijslag weer toegekend worden, aangezien het kind dan geen ouders meer heeft. Diezelfde principes worden toegepast als een afstammingsverhouding tot een tevoren onbekende ouder tot stand komt en die ouder vervolgens sterft of vermist verklaard wordt.

Artikel 25

De kinderbijslag wordt altijd voor een volledige maand betaald. Gebeurtenissen die invloed hebben op de kinderbijslag leiden tot een wijziging van de kinderbijslag in de maand daarop.

Artikel 26

In dit artikel wordt vastgelegd hoe de bijslagtrekkende van de kinderbijslag wordt bepaald.

In de eerste plaats worden de ouders als bijslagtrekkende van de kinderbijslag beschouwd, aangezien de ouders ertoe verplicht zijn in het onderhoud van het kind te voor-

zien. Als de ouders geen gemeenschappelijke woonplaats hebben, wordt de kinderbijslag uitbetaald aan de ouder die dezelfde woonplaats heeft als het kind.

Indien het kind niet bij de ouders woont, wordt de kinderbijslag toegekend aan de persoon die het kind werkelijk opvoedt. Dat is de persoon die meer dan de helft van de onderhoudskosten voor het kind draagt, waarbij ervan uitgegaan wordt dat het gaat om de persoon die dezelfde woonplaats heeft als het kind. Er bestaat echter de mogelijkheid om te bewijzen dat het daarbij om een andere persoon gaat.

Indien de rechtbank op grond van artikel 53 een andere bijslagtrekkende bepaalt, geldt die persoon als bijslagtrekkende.

Als het kind in een instelling geplaatst is, geldt de hierboven bepaalde persoon als bijslagtrekkende voor één derde van de kinderbijslag en die instelling als bijslagtrekkende voor twee derden van de kinderbijslag. Indien het kind in het kader van bepalingen van de jeugdbescherming of jeugdbijstand ten laste van de bevoegde overheid geplaatst is, geldt die overheid voor twee derden van de kinderbijslag als bijslagtrekkende.

Het kind zelf geldt als bijslagtrekkende als het gehuwd is, als het ontvoegd of 16 jaar oud is en niet dezelfde woonplaats als de bijslagtrekkende heeft of als het zelf kinderbijslag voor zijn eigen kinderen ontvangt.

Als het kind ontvoerd is, wordt vermeden dat de kinderbijslag uitbetaald wordt aan een persoon die rechtstreeks of onrechtstreeks bij de ontvoering betrokken was.

Artikel 27

Dit artikel bepaalt dat een bijslagtrekkende altijd voor de volledige maand als bijslagtrekkende wordt beschouwd. Bij gebeurtenissen die een wijziging van de bijslagtrekkende tot gevolg hebben, wordt de persoon in kwestie bijslagtrekkende vanaf de maand daarop.

Artikel 28

Dit artikel bepaalt het bedrag van de geboortepremie.

Artikel 29

Het recht op de geboortepremie wordt geopend door de geboorte. Ook als aangifte van een levenloos kind wordt gedaan, bestaat het recht op de geboortepremie.

Artikel 30

De geboortepremie wordt aan de moeder uitbetaald. Indien beide ouders van het mannelijke geslacht zijn, wordt de geboortepremie aan de oudste ouder uitbetaald.

Artikel 31

Ook als de geboortepremie op voorhand werd uitbetaald, ontstaat het recht pas door de geboorte. Pas dan wordt bepaald hoe hoog de geboortepremie is.

Artikel 32

Dit artikel bepaalt het bedrag van de adoptiepremie.

Artikel 33

De adoptiepremie wordt toegekend aan het kind naar aanleiding van zijn adoptie om de kosten die daardoor in het gezin ontstaan gedeeltelijk te compenseren. De adoptiepremie heeft evenwel niet tot doel de kosten te compenseren die door de adoptieprocedure en de eigenlijke adoptie zijn ontstaan.

De adoptiepremie wordt alleen toegekend als documenten zijn ingediend die de wil om te adopteren uitdrukken. Voorts moet het kind in het gezin van de adoptant leven, in het Duitse taalgebied wonen en recht op kinderbijslag hebben.

Artikel 34

De adoptanten kiezen samen aan wie van hen beiden de adoptiepremie wordt uitbetaald. Als zij geen keuze maken, wordt de premie toegekend aan de adoptiemoeder respectievelijk, bij adoptanten van hetzelfde geslacht, aan de oudste van beiden. Als het kind slechts door één persoon geadopteerd wordt, ontvangt die persoon de adoptiepremie.

Artikel 35

Dit artikel bepaalt op welk tijdstip het bedrag van de adoptiepremie vastgelegd wordt. Dat geschiedt wanneer voor het kind de aanvraag om adoptie ingediend is of de adoptieakte ondertekend werd én het kind dezelfde woonplaats als de adoptant heeft.

Indien het kind door meer dan één persoon geadopteerd wordt, kan slechts één van hen de adoptiepremie ontvangen.

Indien de adoptant, zijn echtgenoot of een persoon die deel uitmaakt van zijn gezin al een geboortepremie voor het kind heeft ontvangen, bestaat geen recht op een adoptiepremie. Hetzelfde geldt voor personen die al een soortgelijke premie ontvangen hebben in een andere staat of een andere deelstaat.

Artikel 36

De gezinsbijslagen worden jaarlijks aangepast. Ze worden aangepast aan de factoren waaraan ook de dotatie wordt aangepast die de Duitstalige Gemeenschap op grond van de overdracht van de gezinsbijslagen ontvangt, met uitzondering van de aanpassing aan het aantal kinderen.

Het gaat om de ontwikkeling van de dotatie op grond van de overdracht van de bevoegdheid voor de gezinsbijslagen, vastgelegd in artikel 47/5 van de bijzondere wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten. De ontwikkeling van het overgangsmechanisme waarbij de dotatie tot 2034 afneemt, vastgelegd in artikel 48/1 van dezelfde bijzondere wet, wordt niet in aanmerking genomen voor de ontwikkeling van de gezinsbijslagen.

De uitkeringen worden telkens aan de factoren aangepast als de definitieve waarden van het vorige jaar vaststaan. Ze worden dus niet aan de ramingen van het lopende jaar aangepast. Zo wordt voorkomen dat de uitkeringen in de loop van een jaar naar boven of naar onder fluctueren. Dat zou een negatieve invloed hebben op de gezinnen of de begroting van de gemeenschap.

Indien de aanpassing aan de factoren van een jaar tot lagere uitkeringen zouden leiden, worden de uitkeringen in dat jaar niet aangepast. In het jaar daarop wordt daarom de ontwikkeling vanaf de laatste aanpassing in aanmerking genomen. Zo worden de uitkeringen verhoogd als de factoren hoger liggen dan in het jaar van de laatste aanpassing.

Artikel 37

Voor de gezinsbijslagen wordt dit hoofdstuk toegepast in de plaats van het handvest van de sociaal verzekerde.

Het handvest wordt daardoor niet opgeheven. Voor andere bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap die binnen het toepassingsgebied van het handvest vallen, blijft het handvest van toepassing.

Artikel 38

Telkens wanneer de Regering daartoe de mogelijkheid heeft, onderzoekt ze de rechten van de aanvrager zonder aanvraag. Dit geldt zowel voor het recht op de premies en op de basiskinderbijslag, als voor het recht op de bijslagen.

De Regering licht de aanvrager in dat zijn recht onderzocht wordt en binnen welke termijn het onderzocht wordt.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de uitvoering van dit artikel.

Artikel 39

Dit artikel bepaalt welke informatieplichten de Regering ten aanzien van de aanvrager heeft. Er moet voor gezorgd worden dat de aanvrager zoveel mogelijk over al zijn rechten en plichten ingelicht is.

Artikel 40

Eerst verzamelt de Regering alle noodzakelijke inlichtingen die ze nodig heeft om de rechten van de aanvrager te beoordelen. Ze vraagt de inlichtingen alleen bij de aanvrager aan als ze die niet zelf kan vinden.

Als de Regering de inlichtingen niet zelf kan verzamelen en de aanvrager de inlichtingen ondanks verzoek en aanmaning niet meedeelt, kan de Regering een beslissing nemen op basis van de inlichtingen waarover ze beschikt.

Artikel 41

Voor eenzelfde geval kan na een beslissing slechts een nieuwe aanvraag gedaan worden als die aanvraag nieuwe elementen bevat. Het gaat om elementen die niet ingediend werden, wetswijzigingen of wijzigingen in de situatie van de aanvrager.

Artikel 42

Beslissingen worden genomen binnen vier maanden, te rekenen vanaf de aanvraag of de situatie die tot het onderzoek van ambtswege heeft geleid. Indien de beslissing niet binnen die termijn wordt genomen, wordt dit aan de aanvrager meegedeeld.

Indien de Regering niet over alle inlichtingen beschikt, omdat de aanvrager of een instelling die niet onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteert de gevraagde inlichtingen niet heeft verstrekt, hoeft de beslissing niet binnen vier maanden te worden genomen; de termijn wordt dan geschorst tot de aangevraagde inlichtingen zijn ingediend.

Artikel 43

Dit artikel bepaalt dat de Regering aan de aanvrager de beslissingen meedeelt die hem betreffen.

Artikel 44

Dit artikel bepaalt dat aan de begunstigde moet worden meegedeeld hoe het bedrag waarop hij recht heeft of dat van hem teruggevorderd wordt, werd berekend. Die mededeling moet gemotiveerd worden.

Artikel 45

In dit artikel staat welke elementen in de beslissing vermeld moeten worden en welke gevolgen het ontbreken van die elementen heeft.

Artikel 46

Dit artikel bepaalt dat de Regering een nieuwe beslissing moet nemen als de beslissing op een juridische of materiële vergissing berust. De nieuwe beslissing heeft uitwerking vanaf het tijdstip waarop de beslissing uitwerking gehad zou hebben als ze meteen correct was geweest.

Indien de nieuwe beslissing ertoe leidt dat het recht op gezinsbijslagen lager is dan het per vergissing toegekende recht, heeft de nieuwe beslissing pas uitwerking vanaf de maand na de kennisgeving van de nieuwe beslissing.

Dat geldt niet als de verkeerde beslissing genomen werd hoewel de aanvrager wist of had moeten weten dat hij geen recht op die uitkering heeft of omdat de aanvrager zich niet heeft gehouden aan de verplichting om alle inlichtingen te verstrekken die invloed kunnen hebben op zijn recht op gezinsbijslagen.

Artikel 47

Dit artikel bepaalt in welke gevallen de Regering een beslissing intrekt en herziet.

Artikel 48

Dit artikel bevat de nadere regels voor de uitbetaling. In principe worden de uitkeringen uitbetaald in de maand na de maand waarop ze betrekken hebben. De Regering kan echter bepalen wanneer gezinsbijslagen voorlopig uitbetaald worden.

Gezinsbijslagen worden gestort op een rekening van de bijslagtrekkende. De Regering kan nadere regels voor de uitbetaling bepalen die daarvan afwijken.

Artikel 49

Dit artikel voorziet in verscheidene bijzondere regels voor de uitbetaling:

Als een kind met toepassing van de wetgeving inzake jeugdbescherming en jeugdbijstand ten laste van de Duitstalige Gemeenschap geplaatst is, worden de twee derden van de kinderbijslag niet uitbetaald, aangezien de Regering de uitkering dan aan zichzelf zou uitbetalen.

De geboortepremie kan voor de geboorte uitbetaald worden, zodat dit bedrag kan worden gebruikt om al voor de geboorte het nodige te kunnen kopen.

Indien de rechtbank met toepassing van een andere wetgeving dan dit ontwerp van decreet één of meer personen aanwijst die de gezinsbijslagen ontvangen, dan worden de uitkeringen aan die personen uitbetaald. De aldus aangewezen personen worden daardoor echter geen bijslagtrekkende in de zin van dit ontwerp van decreet.

Artikel 50

De Regering licht de bijslagtrekkende in als ze de uitkeringen niet binnen de gestelde termijnen kan uitbetalen.

Artikel 51

Indien de Regering over ernstige en eensluidende aanwijzingen beschikt die doen vermoeden dat ze bedrieglijke of valse inlichtingen heeft ontvangen, kan ze de uitbetaling van de uitkeringen opschorten.

Die opschorting van betaling heeft geen invloed op het feit dat de uitkeringen teruggevorderd worden als de Regering vastgesteld heeft dat de inlichtingen op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen gebaseerd zijn of vals waren.

Artikel 52

De uitkeringen vermeld in dit ontwerp van decreet worden evenredig verminderd met de gezinsbijslag die al met toepassing van buitenlandse wetgevingen of met toepassing van de personeelsregeling van internationale instellingen voor een kind worden betaald.

Dat geldt niet als internationale verdragen of Europese verordeningen in een andere verrekeningswijze voorzien.

Dat geldt ook niet voor uitkeringen op grond van de personeelsregeling van de Europese Unie.

Artikel 53

In het belang van het kind is het mogelijk verzet aan te tekenen tegen de uitbetaling van de gezinsbijslagen aan een bijslagtrekkende.

Artikel 54

Indien een beslissing door toedoen van de Regering niet binnen de gestelde termijnen wordt genomen, heeft de gerechtigde recht op interest op die uitkeringen.

Er is geen interest verschuldigd indien het reeds vooraf betaalde bedrag neerkomt op minstens 90% van het bedrag waarop men recht heeft.

Er is evenmin interest verschuldigd indien een vooruitbetaling werd gedaan en geen definitieve beslissing kan worden genomen omdat inlichtingen ontbreken die moeten worden meegedeeld door de aanvrager of door een instelling die niet onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteert.

Artikel 55

In dit artikel wordt verduidelijkt in welke gevallen gezinsbijslagen teruggevorderd worden. De uitkeringen moeten kunnen worden teruggevorderd als de aanvrager bedrieglijke of valse inlichtingen heeft verstrekt om de uitkeringen te ontvangen. Er wordt van uitgegaan dat een inlichting met bedrieglijke bedoelingen is verstrekt als de aanvrager de Regering met volledige kennis van zaken misleidt. Inlichtingen worden als vals beschouwd in de gevallen vermeld in artikel 46, derde lid, van het ontwerp van decreet.

Artikel 56

Dit artikel bepaalt dat terugvorderingen in de eerste plaats door inhouding op toekomstige uitkeringen geschieden. Bij de inhouding moet artikel 1410, § 4, van het Gerechtelijk Wetboek worden nageleefd. Daarin staat dat die inhouding hoogstens 10% van de toekomstige uitkeringen mag bedragen. Indien het onverschuldigde bedrag naar aanleiding van arglist werd uitbetaald, kunnen de toekomstige uitkeringen volledig worden ingehouden.

Als een inhouding niet mogelijk is, wordt de bijslagtrekkende aangemaand het bedrag terug te betalen.

Indien die aanmaning niet gevolgd wordt, stelt de Regering een rechtsvordering in.

De Regering bepaalt de andere nadere regels.

Artikel 57

Het is normaal dat iemand die een bedrag ten onrechte ontvangen heeft, dat bedrag moet terugbetalen. Daarom is terugvordering de regel. In bepaalde uitzonderingsgevallen kan het echter gerechtvaardigd zijn dat het bedrag niet teruggevorderd wordt.

Er wordt afgezien van de terugvordering als het onverschuldigde bedrag door een vergissing van de Regering betaald werd. Dat wordt in artikel 46 bepaald.

Er kan afgezien worden van de terugvordering als het invorderen van de bedragen te onzeker of te duur is. Situaties waarin bedragen ingehouden kunnen worden, worden anders bekeken als situaties waarin dat niet mogelijk is.

Er wordt afgezien van de terugvordering als de bijslagtrekkende overleden is voordat hem werd meegedeeld dat hij onverschuldigde bedragen heeft ontvangen.

De Regering bepaalt de andere nadere regels.

Artikel 58

Dit artikel bepaalt dat de bijslagtrekkende interest moet betalen op de ten onrechte uitbetaalde bedragen als hij ze door arglist heeft ontvangen.

Artikel 59

Voor zover ze niet onder andersluidende wettelijke of decretale bepalingen vallen, moeten de Regering en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen. Dit artikel geldt dus voor alle medewerkers van de Regering, de inspecteurs die met toepassing van artikel 65 zijn aangewezen en externe deskundigen.

Artikel 60

Dit artikel biedt de Regering de mogelijkheid persoonsgegevens te verwerken voor de uitvoering van de opdrachten die in dit ontwerp van decreet worden bepaald. In dit artikel wordt gepreciseerd dat de Regering de verantwoordelijke voor de verwerking is in de zin van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens. De gegevensverwerking geschiedt met inachtneming van de voormelde wet.

Voorts wordt op verzoek van de Commissie een bepaling ingevoegd waarbij de Regering de nadere regels en raamvoorwaarden voor de uitvoering van de opdrachten op het gebied van de bescherming van de persoonsgegevens kan bepalen.

Artikel 61

In het bijzonder voor de gezondheidsgegevens geldt dat het medisch geheim en de wet betreffende de rechten van de patiënt van toepassing zijn. In principe is de verwerking van medische gegevens krachtens artikel 7, § 1, van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens verboden. Artikel 7, § 2, van die wet voorziet echter in een aantal uitzonderingen op die regel. In het kader van dit ontwerp van decreet lijkt het belangrijk om medische gegevens te kunnen verwerken, aangezien bijvoorbeeld de bijslag voor kinderen met een beperking anders niet zou kunnen worden uitbetaald. Bijgevolg is dit artikel van het ontwerp van decreet in overeenstemming met de uitzondering bepaald in artikel 7, § 2, c), van de wet van 8 december 1992.

Artikel 62

Het staat aan de decreetgever de te verzamelen en te verwerken gegevens weliswaar niet uitvoerig te beschrijven, maar toch op zijn minst de gegevenscategorieën te vermelden die de Regering voortaan zal verwerken. Bedoeling is een transparante en voorzienbare basis voor die gegevenscategorieën te maken. De precieze indeling moet krachtens artikel 60, § 2, tweede lid, door de Regering worden opgemaakt.

Artikel 63

Dit artikel heeft tot doel het beginsel te verankeren dat eerst anonieme gegevens moeten worden gebruikt voor onderzoeksdoeleinden en statistische doeleinden in verband met de toepassing van het ontwerpdecreet. Indien onderzoeken en statistieken op basis van anonieme gegevens niet mogelijk zijn, kan gewerkt worden met gecodeerde persoonsgegevens en vervolgens met niet-gecodeerde persoonsgegevens.

Artikel 64

Dit artikel regelt de duur van de verwerkbaarheid van de verzamelde gegevens.

Artikel 65

Dit artikel bepaalt dat inspecteurs belast worden met het toezicht op de naleving van dit ontwerp van decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan. Daartoe worden ze door de Regering aangewezen.

Ook in verband met het vaststellen van inbreuken op dit ontwerp van decreet zijn alle bepalingen van het Sociaal Strafwetboek van toepassing, zowel op de inspecteurs en de instellingen en personen die luidens het Sociaal Strafwetboek tot samenwerking verplicht zijn, als op de gecontroleerde personen.

Artikel 66

Dit artikel bepaalt over welke bevoegdheden de inspecteurs beschikken. Door de verwijzing naar het Sociaal Strafwetboek regelt dit artikel onder meer de toegang tot bewoonde ruimten, de identificatie van de inspecteurs en het verhoor van personen. Door het Sociaal Strafwetboek worden bovendien voldoende procedurele waarborgen geboden die bij de uitoefening van hun informatieopdracht, adviesopdracht en toezichthoudende opdracht moeten worden nageleefd.

Artikel 67

Dit artikel bepaalt dat de inspecteurs het vertrouwelijk karakter van de inlichtingen moeten waarborgen.

Artikel 68

De artikelen 68 tot 70 bevatten strafbepalingen voor het strafbaar stellen van bedrieglijke handelingen die tot doel hebben gezinsbijslagen te ontvangen. Zulke handelingen schaden immers de hele bevolking en zetten de financiële belangen van de hele bevolking op het spel, doordat door bedrieglijke handelingen en misbruik uitkeringen worden uitbetaald aan mensen die er geen recht op hebben.

Dit artikel stelt straffen op valsheid en gebruik van valse stukken.

Artikel 69

Dit artikel stelt dezelfde straffen op onjuiste of onvolledige verklaringen.

Artikel 70

Dit artikel stelt dezelfde straffen op oplichting.

Artikel 71

Met toepassing van de wet van 5 maart 1952 betreffende de opdecimen op strafrechtelijke geldboeten worden strafrechtelijke geldboeten al met opdecimen verhoogd. Dit artikel bepaalt dat diezelfde regeling ook geldt voor administratieve geldboeten en dat strafrechtelijke en administratieve geldboeten bijgevolg onder dezelfde opdecimenregeling vallen. Door de verwijzing naar de wet van 5 maart 1952 kan voortaan voorkomen

worden dat de administratieve geldboeten telkens afzonderlijk aangepast moeten worden als de opdecimenregeling voor strafrechtelijke geldboeten gewijzigd wordt.

Artikel 72

Dit artikel heeft tot doel met toepassing van artikel 66 te waarborgen dat de procedureregels van het Sociaal Strafwetboek gelden bij het opsporen en vaststellen van de overtredingen van dit ontwerp van decreet. Bedoeling is via dit artikel voortaan te waarborgen dat de voorschriften en waarborgen van het Sociaal Strafwetboek ook gelden bij strafrechtelijke of administratieve sanctionering.

Artikel 73

Dit artikel voorziet in een verjaringstermijn van vijf jaar voor de invordering van gezinsbijslagen.

Artikel 74

Dit artikel bepaalt de verjaringstermijnen voor de terugvordering van gezinsbijslagen. Die verjaringstermijn bedraagt drie jaar. In geval van oplichting bedraagt de verjaringstermijn echter vijf jaar.

Artikel 75

Bij dit artikel wordt een Raad voor Gezinsbijslagen opgericht.

Artikel 76

Dit artikel bepaalt de taken van de Raad. Het bepaalt ook dat de Regering het advies van de Raad inwint over elk voorontwerp van decreet of besluit dat betrekking heeft op de gezinsbijslagen.

Artikel 77

Dit artikel bepaalt de samenstelling van de Raad. De Raad bestaat enerzijds uit vertegenwoordigers van de Sociaal-Economische Raad die de belangen van de werknemers of de werkgevers verdedigen. Anderzijds bestaat de Raad uit vertegenwoordigers van organisaties die de belangen van de gezinnen verdedigen.

De Regering wijst de leden van de Raad aan voor een mandaat van vijf jaar; ze wijst die leden aan op de voordracht van de organisatie in kwestie.

Artikel 78

Dit artikel bepaalt de werkwijze van de Raad.

Artikel 79

In dit artikel staat dat de Raad jaarlijks een activiteitenverslag opstelt.

Artikel 80

Dit artikel bepaalt wie recht heeft op presentiegelden en reiskostenvergoedingen.

Artikel 81

Ouders die minstens drie jonge kinderen tegelijk krijgen, staan voor een grote uitdaging. De begeleiding en verzorging van de kinderen is tijdsintensief en laat weinig ruimte voor andere taken. Om die uitdaging in de eerste drie levensjaren zo goed mogelijk aan te kunnen, ontvingen de ouders tot dusver, in het kader van een proefproject, ondersteuning in de vorm van gezinshulp en poets hulp gedurende drie jaar, volledig gefinancierd door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap. De hulp werd verricht door een erkende thuis-hulpdienst, de vzw Familienhilfe. Na een evaluatie van de hulp die tot dusver bij de betrokken gezinnen werd verstrekt en na een evaluatie bij Kaleido-Ostbelgien, het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren dat die gezinnen begeleidt, werd duidelijk dat de hulp qua vorm en omvang flexibeler zou moeten worden. Het is ook passend de ondersteuning uit te breiden tot gezinnen waar minstens drie baby's of peuters tegelijk aangemeld zijn, op voorwaarde dat het leeftijdsverschil tussen het eerste en het derde kind minder dan 18 maanden bedraagt. Voorts zou die ondersteuning ook voor pleegkinderen en adoptiekinderen moeten gelden, onder dezelfde voorwaarden. De huidige hulp aan gezinnen met een drieling werd in het kader van een proefproject toegekend op basis van een toezegging aan het betrokken gezin. Na deze proeffase wordt nu door dit artikel een passende rechtsgrond voor die ondersteuning geschapen.

Artikel 82

Dit artikel strekt tot opheffing van de met gezinsbijslagen overeenstemmende bijslagen en toeslagen die krachtens de samengeordende wetten van 5 oktober 1948 op de vergoedingspensioenen worden uitbetaald. Dit artikel moet evenwel in samenhang met artikel 109 worden gelezen, zodat die bijslagen en toeslagen gedurende een overgangsperiode nog verder toegekend worden.

Artikelen 83 tot 87

Deze artikelen strekken tot opheffing van alle bepalingen die betrekking hebben op de 'aanvullende kinderbijslag en geboortevergoeding' vermeld in de wet van 9 juli 1951 houdende vergoeding ten behoeve van de gezinnen en soldijtrekkende militairen. Deze artikelen moeten evenwel in samenhang met artikel 109 worden gelezen, zodat die bijslag gedurende een overgangsperiode nog verder toegekend wordt.

Artikelen 88 tot 90

Deze artikelen strekken tot opheffing van alle bepalingen die betrekking hebben op de met de gezinsbijslagen overeenstemmende vergoeding vermeld in de wet van 15 maart 1954 betreffende de herstelpensioenen voor de burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940-1945 en hun rechthebbenden. Deze artikelen moeten evenwel in samenhang met artikel 109 worden gelezen, zodat die vergoeding gedurende een overgangsperiode nog verder toegekend wordt.

Artikel 91

Dit artikel strekt tot opheffing van de kinderbijslag toegekend krachtens de wet van 28 april 1958 betreffende het pensioen van het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden. Dit artikel moet evenwel in samenhang met

artikel 109 worden gelezen, zodat die kinderbijslag gedurende een overgangsperiode nog verder toegekend wordt.

Artikelen 92 tot 95

Deze artikelen strekken ertoe de familierechtbank als enige te belasten met de beslechting van alle geschillen over gezinsbijslagen, zowel tussen privépersonen onderling als tussen privépersonen en de instelling die met de toepassing van dit ontwerp van decreet belast is. De familierechtbank is optimaal geschikt als centrale rechtbank voor alle geschillen over de toekenning, uitbetaling en terugvordering van gezinsbijslagen, aangezien ze nu ook al alle familiale geschillen behandelt en de gezinsbijslagen inhoudelijk daarbij aansluiten en zo gewaarborgd wordt dat de familierechtbank een algemeen overzicht over de situatie van het kind krijgt. In het belang van het kind en voor de uitoefening van de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap schijnt het onontbeerlijk dat één enkele rechtbank met die materie belast wordt.

Concreet betekent dit dat de familierechtbank voortaan bevoegd wordt voor alle geschillen omtrent het bepalen van de bijslagtrekkende of omtrent de uitbetaling aan de bijslagtrekkende. Het is de bedoeling dat de familierechtbank aldus bevoegd wordt voor alle soorten van geschillen die betrekking hebben op de gezinsbijslagen, zowel tussen privépersonen onderling, als tussen privépersonen en de administratie. Daarbij kan het gaan om geschillen over de toekenning van gezinsbijslagen, geschillen over de bepaling van de gezinsbijslagtrekkende, geschillen over de uitbetaling van de gezinsbijslagen aan die bijslagtrekkende of om rechtsvorderingen tot terugvordering van gezinsbijslagen. In laatstgenoemd geval moeten ook de strafbepalingen worden toegepast die in dit ontwerp van decreet worden vastgelegd om de correcte toepassing van de bepalingen van het decreet te waarborgen.

Gelet op de structuur van het nieuwe decreet en gelet op het feit dat alle rechten voortaan aan het kind en niet meer aan de beroepssituatie van de gerechtigde worden gekoppeld, is er geen reden meer om de arbeidsrechtbank nog te laten oordelen over geschillen betreffende de verplichtingen van de werkgever inzake gezinsbijslagen.

Artikelen 96 tot 98

Aangezien de gezinsbijslagen geen deel meer uitmaken van de sociale zekerheid, hebben deze artikelen tot doel enkele technische wijzigingen aan te brengen ter verduidelijking van de teksten.

Artikel 99

Dit artikel moet in samenhang met artikel 105 worden gelezen. Dit artikel strekt ertoe de basis te leggen waardoor het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren financiële tegemoetkomingen kan overnemen die in het kader van de jeugdbijstand werden verstrekt.

Artikel 100

Dit artikel strekt ertoe publiekrechtelijke personen te bevrijden van de verplichting om alle sociale gegevens over hun personeel in het 'kadaster van de kinderbijslag' te registreren.

Artikelen 101 tot 104

Aangezien enerzijds alle rechten voortaan aan het kind en niet langer aan de beroepssituatie van de gerechtigde gekoppeld worden en aangezien anderzijds de strafbepalingen vervat in artikel 68 tot 70 van het Sociaal Strafwetboek overgedragen werden, moet het Sociaal Strafwetboek zo gewijzigd worden dat het geen verwijzingen naar de gezinsbijslagen meer bevat. Bedoeling is ook om dubbele rechtsgrondslagen voor dezelfde materie te voorkomen.

Artikel 105

Dit artikel strekt ertoe verscheidene grondslagen voor de toekenning van een financiële tegemoetkoming te leggen:

- enerzijds ten gunste van jongeren die geplaatst zijn in het kader van de jeugdbijstand en de jeugdbescherming;
- en anderzijds ten gunste van ouders van wie de kinderen geplaatst zijn in het kader van diezelfde maatregelen. Die tegemoetkoming heeft tot doel het contact tussen ouders en kind te bevorderen.

Artikelen 106 en 107

Deze artikelen strekken tot opheffing van de met de gezinsbijslagen overeenstemmende uitkeringen die worden toegekend krachtens het koninklijk besluit van 21 mei 1964 tot coördinatie van de wetten betreffende het personeel in Afrika. Deze artikelen moeten evenwel in samenhang met artikel 109 worden gelezen, zodat die uitkeringen gedurende een overgangsperiode nog verder toegekend worden.

Artikel 108

Aangezien de Duitstalige Gemeenschap een nieuw gezinsbijslagenstelsel invoert waarbij het kind en niet langer de beroepssituatie van een gerechtigde het centrale aanknopingspunt is en aangezien er geen kassen meer zullen zijn en het stelsel van de Duitstalige Gemeenschap sterk van het federale stelsel zal verschillen, heeft een tekst tot wijziging van de huidige rechtsgrondslagen weinig zin. Daarom strekt dit artikel tot opheffing van alle rechtsgrondslagen op basis waarvan de gezinsbijslagen tot dusver toegekend en uitbetaald werden.

Voorts heeft de Raad voor Gezinsbijslagen tot dusver een besluit als grondslag. Artikel 110 strekt ertoe die grondslag op te heffen en te vervangen door een decretale grondslag (zie hoofdstuk 7).

Artikel 109

Dit artikel strekt ertoe de overgang van het oude federale stelsel naar het nieuwe stelsel van de Duitstalige Gemeenschap te regelen. Het is de bedoeling dat zo mogelijk geen enkel gezin nadeel ondervindt door de overgang van het ene naar het andere stelsel. Daarom worden enkele uitkeringen uit het oude stelsel gedurende een overgangsfase ook in het nieuwe stelsel uitbetaald. Het artikel bepaalt welke uitkeringen uit het oude stelsel samengeteld worden en hoelang ze nog toegekend worden. De uitkeringen uit het oude stelsel worden in principe alleen toegekend als het samengetelde bedrag voordeliger is dan het bedrag dat de bijslagtrekkende krachtens dit ontwerp van decreet zou ontvangen. Bedoeling is dat het samengetelde bedrag slechts toegekend wordt tot de gezinssituatie verandert. Dat is het geval wanneer door geboorte of adoptie gezinsbijslagen moeten worden toegekend voor een nieuw kind of wanneer geen gezinsbijslagen meer hoeven te

worden uitgekeerd voor een kind, omdat het niet langer aan de toekenningsvoorwaarden voldoet. De gezinssituatie wordt ook als gewijzigd beschouwd, zodra de overlevende ouder van het kind die de wezenbijslag ontving, huwt of een verklaring van wettelijke samenwoning aflegt.

Artikel 110

Dit artikel heeft tot doel ervoor te zorgen dat alle opleidingen in de zin van het oude stelsel gedurende een overgangsperiode ook verder als opleiding worden beschouwd, zodat alle kinderen die voor zo'n opleiding ingeschreven zijn, beschouwd blijven worden als kinderen die een opleiding volgen en zo meegeteld kunnen worden voor de toekenning van de basiskinderbijslag. Dit overgangsrecht is beperkt in de tijd en wordt toegekend voor de duur van de opleiding en hoogstens tot 30 september 2019.

Artikel 111

Dit artikel heeft tot doel ervoor te zorgen dat de verlenging van het recht uit het oude stelsel met twaalf jaar ook in aanmerking wordt genomen in het nieuwe stelsel en correct berekend wordt. Als een kind dus al vóór inwerkingtreding van dit ontwerp van decreet kinderbijslag heeft ontvangen krachtens artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet en krachtens artikel 1 van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet, wordt de krachtens die wetgeving benutte periode in aanmerking genomen voor de verlenging van het recht vastgelegd krachtens artikel 10 van dit ontwerpdecreet, zodat een kind dat alleen aan de voorwaarden vermeld in artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet en vermeld in artikel 10 voldoet, ook werkelijk alleen nog gedurende één jaar gezinsbijslagen ontvangt.

Artikel 112

Vóór de inwerkingtreding van de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan personen met een handicap konden bepaalde kinderen met een beperking kinderbijslag krijgen zonder leeftijdsbeperking, d.w.z. ook nadat ze de leeftijd van 25 jaar hadden bereikt. De wet van 27 februari 1987 heeft daar een einde aan gemaakt, maar heeft als overgangsmaatregel bepaald dat kinderen die op dat tijdstip al 21 jaar waren, verder kinderbijslag kunnen ontvangen zonder leeftijdsbegrenzing.

In dit artikel wordt bepaald dat de kinderen die in december 2018 nog onder die overgangsmaatregel vallen, het bedrag blijven ontvangen dat ze in december 2018 ontvangen. Hun recht op dat vastgestelde bedrag eindigt als ze niet meer onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vallen.

Artikel 113

Deze overgangsbepaling regelt de rechtsopvolging van de Raad voor Gezinsbijslagen die werd opgericht bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2016 tot oprichting van een Raad voor Gezinsbijslagen. Zo hoeven de leden van die Raad niet opnieuw te worden aangewezen en blijven die leden aangewezen voor de duur van het oorspronkelijke mandaat, beginnend vanaf de datum van hun oorspronkelijke aanwijzing.

Artikel 114

Dit artikel strekt ertoe de continuïteit van de uitbetaling veilig te stellen. De persoon die vóór inwerkingtreding van dit ontwerp van decreet bijslagtrekkende van de gezinsbijsla-

gen was, blijft dat ook totdat zich een gebeurtenis voordoet die een wijziging van de bijslagtrekkende tot gevolg heeft.

Artikel 115

In de huidige federale wetgeving kan een persoon op basis van zijn beroepssituatie het recht openen voor bepaalde gezinsleden. Voortaan steunt het recht principieel op de woonplaats, waarbij personen die in het Duitse taalgebied werken verder kinderbijslag ontvangen voor hun kinderen die in het buitenland wonen. In het kader van de bevoegdheidsoverdracht hebben de deelentiteiten een gemeenschappelijke definitie van het begrip "gezinslid" vastgelegd. Die definitie is echter enger dan de huidige definitie. Bij dit artikel wordt een overgangsregeling ingevoerd, zodat de kinderen die geen recht op kinderbijslag meer zouden hebben, voor bepaalde tijd verder recht op kinderbijslag behouden.

Artikel 116

Luidens dit artikel treedt het ontwerp van decreet in werking op 1 januari 2019.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet betreffende de gezinsbijslagen

HOOFDSTUK 1 - ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Strekking

Dit decreet legt verschillende geldelijke uitkeringen voor kinderen vast, onverminderd de ondersteunende uitkeringen die hen op basis van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen worden toegekend. Die uitkeringen zijn eenmalig of periodiek en hebben tot doel alle kinderen ontwikkelings- en ontplooiingskansen te bieden, de financiële belasting voor een gezin door de onderhoudskosten voor één of meer kinderen gedeeltelijk te compenseren en kinderarmoede te bestrijden.

Art. 2 – Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° kind: elke minderjarige of meerderjarige persoon die recht heeft op één van de uitkeringen vermeld in de hoofdstukken 2 en 3;

2° verdwenen kind: kind dat onvrijwillig niet meer op zijn woonplaats aanwezig is en van wie men geen nieuws heeft. De verdwijning kan met alle rechtsmiddelen bewezen worden. Het kind dat naar alle waarschijnlijkheid in omstandigheden zoals een ongeval of een ramp overleden is, zelfs wanneer zijn lijk nooit teruggevonden werd, alsook het kind dat door één van de ouders ontvoerd is, wordt niet als verdwenen beschouwd;

3° ontvoerd kind: kind dat op onwettige wijze onttrokken werd aan het gezag van zijn ouders, zijn vader, zijn moeder of de persoon of instelling die onmiddellijk vóór de ontvoering de basiskinderbijslag heeft ontvangen overeenkomstig artikel 26;

4° sociaal verzekerde: de persoon die onder het personeel toepassingsgebied valt van een Europese verordening of van een bilateraal akkoord die/dat op de gezinsbijslagen van toepassing is en die op grond van een samenwerkingsakkoord onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteert;

5° gezinslid: onverminderd de toepassing van bilaterale overeenkomsten inzake gezinsbijslagen, volgende kinderen:

a) het eigen kind van de sociaal verzekerde;

b) het eigen kind van de echtgenoot van de sociaal verzekerde of van de persoon die geen (bloed)verwant tot de derde graad van de sociaal verzekerde is, met wie de sociaal verzekerde werkelijk samenwoont of met wie de sociaal verzekerde een verklaring van wettelijke samenwoning heeft afgelegd;

c) het gemeenschappelijke kind van de sociaal verzekerde en van diens echtgenoot of van de persoon die geen (bloed)verwant tot de derde graad van de sociaal verzekerde is, met wie de sociaal verzekerde werkelijk samenwoont of met wie de sociaal verzekerde een verklaring van wettelijke samenwoning heeft afgelegd;

6° gezinsbijslagen: de uitkeringen gedefinieerd in de hoofdstukken 2 en 3;

7° kinderbijslag: de basiskinderbijslag vermeld in artikel 8, verhoogd met de bijslagen vermeld in de artikelen 15, 17, 19, 21, en 23 waarop het kind in voorkomend geval recht heeft;

8° aanvrager: de natuurlijke persoon die recht heeft op gezinsbijslagen, aanspraak maakt of kan maken op gezinsbijslagen, zijn wettelijke vertegenwoordigers en gevolmachtigden, alsook de werkelijke of mogelijke bijslagtrekkende van de gezinsbijslagen;

9° inspecteurs: de personen vermeld in artikel 65;

10° Raad: de Raad voor Gezinsbijslagen vermeld in artikel 75.

Art. 4 – Bepaling van de woonplaats

§ 1 – Voor de toepassing van dit decreet wordt de woonplaats van een persoon als volgt bepaald:

1° in België geldt als woonplaats de plaats waar een persoon zijn hoofdverblijfplaats heeft overeenkomstig de bevolkingsregisters bepaald in artikel 1, § 1, eerste lid, 1°, van de wet van 19 juli 1991 betreffende de bevolkingsregisters, de identiteitskaarten, de vreemdelingenkaarten en de verblijfsdocumenten en tot wijziging van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen of zijn referentieadres heeft overeenkomstig artikel 1, § 2, van die wet;

2° in het buitenland geldt als woonplaats de plaats die als zodanig wordt vermeld in de documenten van de bevolkingsdienst of van de buitenlandse autoriteit of instantie bevoegd voor de burgerlijke stand.

§ 2 – De plaats vermeld overeenkomstig § 1, eerste lid, geldt niet als woonplaats, indien de persoon zijn hoofdverblijfplaats op een andere plaats heeft vastgelegd, zonder dit te melden in de vorm en binnen de termijnen die worden voorgeschreven bij de wet van 19 juli 1991 betreffende de bevolkingsregisters, de identiteitskaarten, de vreemdelingenkaarten en de verblijfsdocumenten en tot wijziging van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen en de uitvoeringsbesluiten ervan. In dat geval geldt dat de persoon geen woonplaats heeft in het Duitse taalgebied.

In afwijking van het eerste lid geldt de plaats waar de betrokken persoon zijn hoofdverblijfplaats heeft vastgelegd, zonder dit te melden in de vorm en binnen de termijnen die worden voorgeschreven bij de wet van 19 juli 1991 betreffende de bevolkingsregisters, de identiteitskaarten, de vreemdelingenkaarten en de verblijfsdocumenten en tot wijziging van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen en de uitvoeringsbesluiten ervan, wél als woonplaats, indien die plaats zich in het Duitse taalgebied bevindt.

Art. 5 – Gelijktelling van adoptieouders en biologische ouders

Voor de toepassing van dit decreet, met uitzondering van artikel 32 tot 35, worden de ouders door eenvoudige adoptie of volledige adoptie gelijkgesteld met de biologische ouders.

HOOFDSTUK 2 – KINDERBIJSLAG

Afdeling 1 – Rechthebbenden

Art. 6 – Het kind

Het kind dat zijn woonplaats heeft in het Duitse taalgebied opent het recht op kinderbijslag.

Wanneer het kind bedoeld in het eerste lid van buitenlandse nationaliteit is, wordt het recht alleen geopend wanneer zijn verblijf of vestiging voor meer dan drie maanden gemachtigd of toegelaten is overeenkomstig de wet van 15 december 1980 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen.

De Regering bepaalt in welke situaties de woonplaatsvoorwaarde vermeld in het eerste en het tweede lid als vervuld wordt beschouwd.

Art. 7 – De sociaal verzekerde

In afwijking van artikel 6 opent de sociaal verzekerde het recht op kinderbijslag voor zijn gezinsleden.

Afdeling 2 – Uitkeringen

Onderafdeling 1 – Basiskinderbijslag

Art. 8 – Basiskinderbijslag

De Regering kent een basiskinderbijslag toe die 154 euro per maand bedraagt.

Art. 9 – Toekenningsvoorwaarden

§ 1 – Elk kind krijgt de basiskinderbijslag vanaf de maand na zijn geboorte tot en met de maand waarin het 18 jaar wordt.

§ 2 – In afwijking van § 1 krijgt elk kind de basiskinderbijslag vanaf de maand na de maand waarin het 18 jaar wordt tot en met de maand waarin het 21 jaar wordt indien:

1° bij het kind een beperking in de zin van artikel 22, eerste lid, 2°, werd vastgesteld;

2° de uitwerkingen van de beperking begonnen zijn op een tijdstip waarop het kind recht op kinderbijslag had.

§ 3 – In afwijking van § 1 wordt de basiskinderbijslag toegekend aan elk kind dat een opleiding volgt, vanaf de maand na de maand waarin het 18 jaar wordt.

De Regering bepaalt wat onder 'opleiding' in de zin van deze paragraaf moet worden verstaan.

Art. 10 – Verlenging van het recht

De basiskinderbijslag wordt toegekend voor in totaal twaalf maanden nadat het kind niet meer voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 9.

Zodra het kind weer aan de daar vermelde voorwaarden voldoet, wordt het recht krachtens dit artikel geschorst en wordt de basiskinderbijslag krachtens artikel 9 toegekend. Indien de basiskinderbijslag vervolgens weer krachtens dit artikel wordt toegekend, wordt het recht verminderd met de reeds krachtens dit artikel benutte periode.

Art. 11 – Beroepsactiviteit

Het recht op de basiskinderbijslag krachtens artikel 9, § 3, en artikel 10 wordt geschorst

voor de periode waarin het kind werkt.

De Regering bepaalt:

- 1° welke activiteiten als beroepsactiviteit in de zin van dit artikel worden beschouwd;
- 2° voor welke periode het kind als werkende persoon wordt beschouwd;
- 3° de situaties die met een beroepsactiviteit gelijkgesteld worden;
- 4° welke beroepsactiviteiten niet tot een schorsing leiden.

Art. 12 – Verdwenen kind

De basiskinderbijslag wordt toegekend ten gunste van het verdwenen kind, wanneer het op het tijdstip van zijn verdwijning overeenkomstig artikel 9 of 10 recht op kinderbijslag had.

De basiskinderbijslag ten gunste van het verdwenen kind wordt gedurende hoogstens vijf jaar toegekend, gerekend vanaf de eerste dag van de maand na de maand van de verdwijning van het kind, voor zover het kind de leeftijd van vijfentwintig jaar niet bereikt heeft.

Het recht van het verdwenen kind op kinderbijslag eindigt na afloop van de maand waarin het kind gevonden wordt, behalve indien de voorwaarden van artikel 9 of 10 vervuld zijn.

Art. 13 – Ontvoerd kind

De basiskinderbijslag wordt toegekend ten gunste van het ontvoerde kind:

- 1° wanneer het kind op het tijdstip van zijn ontvoering overeenkomstig artikel 9, § 1, recht op kinderbijslag had;
- 2° wanneer de ontvoering het voorwerp uitmaakt van een rechtsvordering of een aangifte bij de politie, bij het parket of bij de Belgische overheden die bevoegd zijn inzake de ontvoering van kinderen;
- 3° zolang het ontvoerde kind jonger dan 18 jaar is.

Het recht van het ontvoerde kind op kinderbijslag eindigt na afloop van de maand waarin het kind niet meer als ontvoerd wordt beschouwd, behalve indien de voorwaarden van artikel 9 of 10 vervuld zijn.

Art. 14 – Einde van het recht

Het recht op de basiskinderbijslag houdt in elk geval op te bestaan in de maand nadat het kind 25 jaar geworden is.

Onderafdeling 2 - De jaarlijkse bijslag

Art. 15 – Jaarlijkse bijslag

De Regering kent een jaarlijkse bijslag toe die 51 euro per jaar bedraagt.

Art. 16 – Toekenningsvoorwaarden

De jaarlijkse bijslag wordt toegekend aan elk kind dat in de maand juli recht op de basiskinderbijslag heeft.

Onderafdeling 3 - De bijslag voor grote gezinnen

Art. 17 – Bijslag voor grote gezinnen

De Regering kent een bijslag voor grote gezinnen toe die 133 euro per maand bedraagt.

Art. 18 – Toekenningsvoorwaarden

De bijslag voor grote gezinnen wordt aan elk kind toegekend, op voorwaarde dat het gaat om een derde kind of elk daarop volgend kind dat het recht op de basiskinderbijslag opent dat aan dezelfde bijslagtrekkende betaald wordt.

Indien de kinderbijslag met toepassing van artikel 26, § 2, betaald wordt, geldt de persoon die één derde van de kinderbijslag ontvangt voor de toepassing van dit artikel als bijslagtrekkende.

Onderafdeling 4 – De sociale bijslag

Art. 19 – Sociale bijslag

De Regering kent een sociale bijslag toe die 73 euro per maand bedraagt.

Art. 20 – Toekenningsvoorwaarden

De sociale bijslag wordt toegekend aan elk kind dat:

- 1° recht op de basiskinderbijslag heeft;
- 2° overeenkomstig artikel 37, § 19, van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen gecoördineerd op 14 juli 1994 ofwel zelf, ofwel via een huisgenoot recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging heeft;
- 3° geen recht op de wezenbijslag vermeld in artikel 23 heeft.

Onderafdeling 5 – Bijslag voor kinderen met een beperking

Art. 21 – Bijslag voor kinderen met een beperking

De Regering kent een bijslag voor kinderen met een beperking toe die, afhankelijk van de uitwerkingen van de beperking, overeenstemt met één van de volgende categorieën:

- 1° categorie 1: 83 euro per maand;
- 2° categorie 2: 110 euro per maand;
- 3° categorie 3: 256 euro per maand;
- 4° categorie 4: 423 euro per maand;
- 5° categorie 5: 481 euro per maand;
- 6° categorie 6: 515 euro per maand;
- 7° categorie 7: 550 euro per maand.

Art. 22 – Toekenningsvoorwaarden

De bijslag voor kinderen met een beperking wordt toegekend aan elk kind:

1° dat ofwel recht heeft op de basiskinderbijslag op grond van artikel 9, § 1, of dat recht heeft op de basiskinderbijslag op grond van artikel 9, § 2, en geen werkende persoon in de zin van artikel 11 is;

2° bij wie een beperking werd vastgesteld die uitwerkingen heeft op zijn lichamelijke of geestelijke mogelijkheden, zijn daadkracht en/of zijn participatie in het maatschappelijk leven of in zijn familiale omgeving.

De Regering bepaalt:

1° hoe de vastgestelde beperking in de categorieën vermeld in artikel 21 wordt ingedeeld;

2° wie de uitwerkingen vermeld in het eerste lid, 2°, vaststelt, hoe hij ze vaststelt en op basis van welke criteria hij ze vaststelt;

3° onder welke voorwaarden de vaststelling van de uitwerkingen van de beperking herzien kan worden.

Onderafdeling 6 – De wezenbijslag

Art. 23 – Wezenbijslag

De Regering kent een wezenbijslag toe die 235 euro per maand bedraagt.

Art. 24 – Toekenningsvoorwaarden

De wezenbijslag wordt toegekend aan elk kind:

1° dat recht op de basiskinderbijslag heeft;

2° van wie beide ouders gestorven zijn of vermist zijn verklaard of, indien de afstammingsverhouding slechts voor één ouder vaststaat, van wie die ouder gestorven is of vermist is verklaard.

De wezenbijslag wordt niet verder toegekend wanneer het weeskind geadopteerd wordt of wanneer een afstammingsverhouding tot een tevoren onbekende ouder wordt geschapen.

Onderafdeling 7 – Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 25 – Tijdstip van de opening en van de uitdoving van het recht

Het recht op de uitkeringen vermeld in de onderafdelingen 1 tot 6 wordt geopend in de maand na de maand waarin de daarvoor geldende voorwaarden vervuld werden.

Het dooft uit in de maand na de maand waarin de daarvoor geldende voorwaarden niet meer vervuld zijn.

Afdeling 3 – Bijslagtrekkende

Art. 26 – Bijslagtrekkende

§1 – De volgende personen gelden als bijslagtrekkende van de kinderbijslag, in deze volgorde:

1° de persoon die door de bevoegde rechtbank krachtens artikel 53 bepaald werd;

2° de ouder die dezelfde woonplaats heeft als het kind;

3° de moeder, wanneer ouders van verschillend geslacht dezelfde woonplaats hebben als het kind;

4° de oudste ouder wanneer ouders van hetzelfde geslacht dezelfde woonplaats hebben als het kind;

5° de persoon die het kind werkelijk opvoedt, wanneer geen van de ouders dezelfde woonplaats heeft als het kind;

6° de vrouw wanneer het in het geval vermeld in 5° om twee personen van verschillend geslacht gaat;

7° de oudste persoon wanneer het in het geval vermeld in 5° om twee personen van hetzelfde geslacht gaat of om meer dan twee personen gaat.

De personen die meer dan de helft van de onderhoudskosten voor het kind betalen, worden beschouwd als de personen die het kind werkelijk opvoeden in de zin van het eerste lid, 5°, 6° en 7°. Tot bewijs van het tegendeel geldt dat het gaat om de meerderjarige personen die dezelfde woonplaats hebben als het kind.

De Regering bepaalt hoe het tegendeel wordt bewezen.

§ 2 – In afwijking van § 1 gelden de volgende personen als bijslagtrekkende van de kinderbijslag voor het kind dat door bemiddeling van of ten laste van een openbare overheid gedurende 30 of meer opeenvolgende dagen in een instelling is geplaatst:

1° de overeenkomstig § 1 bepaalde persoon, voor één derde van de kinderbijslag;

2° de instelling, voor twee derden van de kinderbijslag.

In afwijking van het eerste lid gelden de volgende personen als bijslagtrekkende van de kinderbijslag voor het kind dat met toepassing van de reglementering betreffende de jeugdbescherming of de jeugdbijstand gedurende 30 of meer opeenvolgende dagen in een instelling geplaatst is ten laste van de bevoegde overheid:

1° de overeenkomstig § 1 bepaalde persoon, voor één derde van de kinderbijslag;

2° de overheid, voor twee derden van de kinderbijslag.

De Regering bepaalt voor de toepassing van deze paragraaf wat onder plaatsing, overheid en instelling moet worden verstaan.

§ 3 – In afwijking van § 1 en onverminderd § 2 geldt het kind zelf in de volgende gevallen als bijslagtrekkende:

1° als het gehuwd is;

2° als het ontvoegd is en niet dezelfde woonplaats heeft als de persoon vermeld in § 1;

3° als het de leeftijd van 16 jaar heeft bereikt en niet dezelfde woonplaats heeft als de persoon vermeld in § 1;

4° als het zelf bijslagtrekkende van de kinderbijslag ten gunste van één of meer eigen kinderen is.

Alleen de kinderen bedoeld in deze paragraaf kunnen een andere persoon als bijslagtrekkende aanwijzen, op voorwaarde dat die persoon met het kind verbonden is door verwantschap of aanverwantschap in de eerste graad.

§ 4 – In afwijking van § 1 gelden de volgende personen als bijslagtrekkende van de kinderbijslag voor het ontvoerde kind, in deze volgorde:

1° de persoon bepaald overeenkomstig § 1 die onmiddellijk voor de ontvoering bijslagtrekkende van de kinderbijslag was;

2° de moeder van het ontvoerde kind, indien het om ouders van verschillend geslacht

gaat en de moeder geen bijslagtrekkende voor dat kind was;

3° de vader van het ontvoerde kind, indien het om ouders van verschillend geslacht gaat en de vader geen bijslagtrekkende voor dat kind was;

4° de oudste ouder die geen bijslagtrekkende voor dat kind was, indien het gaat om ouders van hetzelfde geslacht;

5° de jongste ouder die geen bijslagtrekkende voor dat kind was, indien het gaat om ouders van hetzelfde geslacht;

6° de persoon die het kind onmiddellijk voor de ontvoering werkelijk opvoedde en geen bijslagtrekkende voor dat kind was, waarbij § 1, eerste lid, 5°, 6° en 7°, moet worden toegepast om die persoon te bepalen.

De persoon bepaald overeenkomstig het eerste lid kan alleen bijslagtrekkende van de kinderbijslag zijn indien die persoon noch direct, noch indirect heeft deelgenomen aan de ontvoering van het kind en indien deze op het ogenblik van de ontvoering van het kind en tijdens de duur van die ontvoering zijn woonplaats heeft in het Duitse taalgebied.

Art. 27 – Nieuwe bijslagtrekkende

Gebeurtenissen die leiden tot de wijziging van de bijslagtrekkende hebben uitwerking vanaf de maand die volgt op de maand waarin die gebeurtenis plaatsgevonden heeft.

HOOFDSTUK 3 – PREMIES

Afdeling 1 – Geboortepremie

Art. 28 – Geboortepremie

De Regering kent een geboortepremie toe die 1.122 euro bedraagt.

Art. 29 – Toekenningsvoorwaarden

De geboortepremie wordt één keer naar aanleiding van de geboorte toegekend aan elk kind dat zijn eerste woonplaats in het Duitse taalgebied heeft.

De geboortepremie wordt ook toegekend indien geen recht op kinderbijslag bestaat, voor zover het gaat om een kind voor wie een ambtenaar van de burgerlijke stand een akte van aangifte van een levenloos kind heeft opgesteld en voor zover de moeder op het ogenblik van de bevalling haar woonplaats in het Duitse taalgebied had.

Art. 30 – Bijslagtrekkende

De volgende personen gelden als bijslagtrekkende van de geboortepremie, in deze volgorde:

1° de moeder, indien het om ouders van verschillend geslacht of van het vrouwelijk geslacht gaat;

2° de oudste persoon, indien het om ouders van het mannelijke geslacht gaat of indien de ouders van het vrouwelijke geslacht het kind niet zelf ter wereld hebben gebracht.

Art. 31 – Tijdstip van de bepaling van het bedrag van de premie

Onverminderd de toepassing van artikel 49, eerste lid, 2°, wordt het bedrag van de geboortepremie op het ogenblik van de geboorte vastgelegd.

Afdeling 2 – Adoptiepremie

Art. 32 – Adoptiepremie

De Regering kent een adoptiepremie toe die 1.122 euro bedraagt.

Art. 33 – Toekenningsvoorwaarden

De adoptiepremie wordt toegekend aan elk kind onder de volgende voorwaarden:

- 1° er zijn documenten ingediend die de wil van de adoptant of van zijn echtgenoot uitdrukken om een kind te adopteren. Bij die documenten gaat het om een bij de bevoegde rechtbank ingediend verzoekschrift of, bij gebrek hieraan, een ondertekende adoptieakte;
- 2° het kind heeft dezelfde woonplaats als de adoptant;
- 3° het kind heeft krachtens artikel 6 recht op kinderbijslag.

Indien het kind reeds dezelfde woonplaats heeft als de adoptant op de datum van de indiening van het verzoekschrift of, bij gebreke hiervan, op de datum van de ondertekening van de akte, moet de voorwaarde bedoeld in het eerste lid, 3°, vervuld zijn op die datum.

Indien het kind nog niet dezelfde woonplaats heeft als de adoptant op de datum van de indiening van het verzoekschrift of, bij gebreke hiervan, op de datum van de ondertekening van de akte, moet de voorwaarde bedoeld in het eerste lid, 3°, vervuld zijn op het tijdstip waarop het kind dezelfde woonplaats als de adoptant heeft.

Art. 34 – Bijslagtrekkende

De volgende personen gelden als bijslagtrekkende van de adoptiepremie, in deze volgorde:

- 1° de adoptant, indien hij het kind alleen adopteert;
- 2° de adoptant die door beide adoptanten als bijslagtrekkende werd bepaald, indien er meer dan één adoptant is;
- 3° de adoptiemoeder, indien geen keuze als vermeld in 2° is gemaakt en het om twee adoptanten van verschillend geslacht gaat;
- 4° de oudste persoon, indien geen keuze als vermeld in 2° is gemaakt en het om twee adoptanten van hetzelfde geslacht gaat.

De Regering bepaalt volgens welke regels de adoptanten vermeld in het eerste lid, 2°, een keuze maken.

Art. 35 – Tijdstip van de toekenning en uitsluitingscriteria

Voor een geadopteerd kind wordt het bedrag van de adoptiepremie toegekend dat van toepassing is op de datum van de indiening van het verzoekschrift of, bij gebrek hieraan, op de datum van de ondertekening van de adoptieakte. Indien het kind op die datum nog niet dezelfde woonplaats als de adoptant heeft, wordt het bedrag van de adoptiepremie toegekend dat van toepassing is op het tijdstip waarop het kind dezelfde woonplaats als de adoptant heeft.

Er kan slechts één adoptiepremie toegekend worden voor hetzelfde kind in het kader van dezelfde adoptie.

De adoptiepremie wordt niet toegekend indien de adoptant, zijn echtgenoot of de persoon die overeenkomstig artikel 3, eerste lid, 9°, van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen deel uitmaakt van zijn gezin reeds een geboortepremie of een vergelijkbare premie van een andere territoriale entiteit of een andere Staat heeft ontvangen voor hetzelfde kind naar aanleiding van de geboorte.

HOOFDSTUK 4 – ONTWIKKELING VAN DE UITKERINGEN

Art. 36 – Nadere regels omtrent de ontwikkeling

§ 1 – Vanaf 2020 worden de gezinsbijslagen jaarlijks in de maand juli aangepast:

1° aan de definitief vastgelegde procentuele verandering van het gemiddelde indexcijfer van de consumptieprijzen van het vorige begrotingsjaar, overeenkomstig de nadere regels vastgelegd in artikel 38, § 3, eerste lid, van de bijzondere wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten;

2° aan het percentage van 25% van de definitief vastgestelde werkelijke groei van het bruto-binnenlandsproduct per inwoner van het vorige begrotingsjaar.

§ 2 – In afwijking van § 1 blijven de bedragen van de uitkeringen ongewijzigd, indien de toepassing van § 1 een negatieve aanpassing tot gevolg zou hebben.

In dat geval geschiedt de in § 1 vermelde aanpassing in het daaropvolgende jaar tegen de waarden van de vorige begrotingsjaren die nog niet voor een aanpassing in aanmerking werden genomen.

§ 3 – De waarden vermeld in § 1 worden aangegeven in eenheden met vier cijfers achter de komma. De vijfde decimaal valt weg, waarbij de vierde decimaal naar boven afgerond wordt als de vijfde decimaal 5 of meer bedraagt.

Indien de uitkeringen door de toepassing van § 1 eindigen op een gedeelte van een cent, wordt het centgedeelte tot de hogere of de lagere cent afgerond naargelang het centgedeelte al dan niet 0,5 bereikt.

HOOFDSTUK 5 – TOEKENNINGSPROCEDURE EN TERUGVORDERINGSPROCEDURE

Afdeling 1 – Gemeenschappelijke bepalingen

Art. 37 – Afwijking van het handvest van de sociaal verzekerde

Dit hoofdstuk is van toepassing in afwijking van de wet van 11 april 1995 tot invoering van het "handvest" van de sociaal verzekerde.

Afdeling 2 – Aanvragen

Art. 38 – Indienen van de aanvraag

De gezinsbijslagen worden uitbetaald, ofwel van ambtswege indien het materieel mogelijk is, ofwel op basis van een schriftelijk verzoek dat bij de Regering moet worden ingediend.

De Regering zendt of overhandigt de aanvrager een ontvangstbevestiging of een bevestiging dat zijn recht op gezinsbijslagen onderzocht wordt. In elke ontvangstbevestiging moet vermeld worden binnen welke termijn de aanvraag behandeld wordt en welke verjaaringstermijn in acht moet worden genomen. Een betaling of een verzoek om aanvullende inlichtingen wordt als een ontvangstbevestiging beschouwd.

De Regering bepaalt:

- 1° wat onder 'materieel mogelijk' moet worden verstaan;
- 2° de inhoud van de aanvragen om gezinsbijslagen;
- 3° hoe het recht op gezinsbijslagen van ambtswege wordt onderzocht;
- 4° de verdere regels omtrent de bevestigingen;
- 5° de gevallen waarin geen ontvangstbevestiging hoeft te worden afgegeven.

Art. 39 – Verstrekken van nuttige inlichtingen

Onverminderd de bepalingen van artikel 43 verstrekt de Regering de aanvrager alle nuttige inlichtingen omtrent zijn rechten en plichten op voorwaarde dat de aanvrager daarom verzoekt en bezorgt de Regering hem op eigen initiatief alle aanvullende inlichtingen die voor de behandeling van zijn aanvraag of voor de toekenning van zijn rechten noodzakelijk zijn. Bovendien adviseert ze hem over de uitoefening van zijn rechten of de nakoming van zijn plichten.

De inlichting vermeld in het eerste lid:

- 1° vermeldt duidelijk het dossiernummer van het behandelde dossier;
- 2° is precies en volledig;
- 3° is gratis;
- 4° wordt binnen een termijn van vijfenveertig dagen verstrekt.

De Regering bepaalt wat onder 'nuttige inlichting' moet worden verstaan, alsook hoe dit artikel moet worden toegepast.

Art. 40 – Behandeling van de aanvraag

De Regering verzamelt voor de behandeling van de aanvraag op eigen initiatief alle noodzakelijke inlichtingen om het recht van de aanvrager te kunnen beoordelen. Indien die inlichtingen ontbreken, vraagt ze die aan bij de aanvrager, overeenkomstig de door haar vastgestelde nadere regels.

Indien de aanvrager die inlichtingen niet binnen een maand verstrekt, krijgt hij een aanmaning. Indien de aanvrager de aanvullende inlichtingen ondanks aanmaning na meer dan een maand nog altijd niet verstrekt heeft, kan de Regering, na alle voor het inwinnen van die inlichtingen dienstige stappen te hebben ondernomen, beslissen op grond van de inlichtingen waarover ze beschikt, behalve indien de aanvrager een reden opgeeft die een langere antwoordtermijn rechtvaardigt.

Art. 41 – Nieuwe aanvraag

Na een administratieve beslissing of een in kracht van gewijsde gegane rechterlijke beslissing over een aanvraag tot toekenning van een gezinsbijslag, kan in de voor de oorspronkelijke aanvraag bepaalde vormen een nieuwe aanvraag worden ingediend. Een nieuwe aanvraag kan slechts gegrond worden verklaard op voorlegging van nieuw bewijsmateriaal dat niet eerder aan de Regering of aan het bevoegde rechtscollege is voor-

gelegd, of op grond van een wijziging van een wettelijke, decretale of reglementaire bepaling of op grond van een wijziging in de situatie van de aanvrager.

Afdeling 3 – Beslissingen

Art. 42 – Termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen

De Regering beslist uiterlijk binnen vier maanden na ontvangst van de aanvraag vermeld in artikel 38 of binnen vier maanden nadat de situatie die in datzelfde artikel wordt vermeld en waarvoor het recht van ambtswege wordt onderzocht, zich heeft voorgedaan.

Indien de Regering binnen die termijn geen beslissing kan nemen, deelt ze dit aan de aanvrager mee, met vermelding van de redenen. De termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen, wordt daardoor niet verlengd.

Indien de aanvraag de tussenkomst vereist van een instelling die onder een andere territoriale entiteit ressorteert, vraagt de Regering die tussenkomst aan. De aanvrager wordt daarvan op de hoogte gebracht.

De termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen, wordt geschorst zolang de aanvrager of een instelling die onder een andere territoriale entiteit ressorteert, de Regering niet alle inlichtingen heeft bezorgd die de Regering heeft aangevraagd en die noodzakelijk zijn om een beslissing te kunnen nemen.

Art. 43 – Kennisgeving van beslissingen

De Regering stelt de betrokken personen uiterlijk op het ogenblik van de uitvoering in kennis van elke beslissing die hen betreft.

Onverminderd de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen geschiedt de kennisgeving aan de aanvrager schriftelijk.

De Regering bepaalt:

- 1° de nadere regels en termijnen voor de kennisgeving;
- 2° de gevallen waarin geen kennisgeving vereist is of de gevallen waarin de kennisgeving op het ogenblik van de uitvoering moet plaatsvinden;
- 3° de gevallen waarin de kennisgeving aangetekend geschiedt.

Art. 44 – Mededeling van de wijze waarop de gezinsbijslag wordt berekend

In beslissingen over de toekenning van een gezinsbijslag, de toekenning van een aanvullende gezinsbijslag, de regularisatie van een gezinsbijslag of de weigering van een gezinsbijslag waarbij geldbedragen gemoeid zijn, wordt vermeld hoe die bedragen berekend zijn. Voorts zijn de beslissingen onderworpen aan de bepalingen van de wet van 29 juli 1991 betreffende de uitdrukkelijke motivering van de bestuurshandelingen.

De Regering bepaalt welke vermeldingen op de betalingsformulieren verplicht zijn.

Art. 45 – Vereisten waaraan de beslissingen inhoudelijk moeten voldoen

§ 1 – Beslissingen over de toekenning of de weigering van gezinsbijslagen bevatten de volgende vermeldingen:

- 1° de mogelijkheid om beroep in te stellen bij het bevoegde rechtscollege;
- 2° het adres van de bevoegde rechtscolleges;
- 3° de termijnen en nadere regels die in geval van beroep moeten worden nageleefd;
- 4° de inhoud van de artikelen 728 en 1017 van het Gerechtelijk Wetboek;
- 5° het dossiernummer en de dienst die het dossier beheert;
- 6° de mogelijkheid om bij de dienst die het dossier beheert of bij een daartoe aangewezen informatiedienst alle uitleg over de beslissing te krijgen.

Indien de beslissing de in het eerste lid bepaalde vermeldingen niet bevat, gaat de beroepstermijn vermeld in de artikelen 73 en 74 niet in.

§ 2 – Beslissingen tot terugvordering van onverschuldigd betaalde bedragen bevatten, naast de vermeldingen omschreven in § 1, de volgende gegevens:

- 1° de vaststelling dat onverschuldigde bedragen zijn betaald;
- 2° het totale bedrag van wat onverschuldigd is betaald, alsook de berekeningswijze ervan;
- 3° de inhoud en de refertes van de bepalingen in strijd waarmee de betalingen zijn gedaan;
- 4° de in aanmerking genomen verjaringstermijn;
- 5° in voorkomend geval, de mogelijkheid voor de Regering om van de terugvordering van onverschuldigd betaalde bedragen en van de hiervoor te volgen procedure af te zien;
- 6° de mogelijkheid om een met redenen omkleed voorstel tot terugbetaling in schijven in te dienen.

Indien de beslissing de in het eerste lid bepaalde vermeldingen niet bevat, gaat de beroepstermijn vermeld in de artikelen 73 en 74 niet in.

Art. 46 – Onwettige beslissingen

Indien vastgesteld wordt dat de beslissing aangetast is door een onregelmatigheid of een materiële vergissing, neemt de Regering op eigen initiatief een nieuwe beslissing die uitwerking heeft op de datum waarop de onwettige beslissing werkzaam had moeten worden, onverminderd de toepasselijke verjaringsbepalingen.

Onverminderd de toepassing van artikel 47 heeft de nieuwe beslissing, indien de vergissing aan de Regering te wijten is, uitwerking vanaf de maand die volgt op de kennisgeving van die beslissing, als het recht op de gezinsbijslag kleiner is dan het aanvankelijk toegekende recht.

Het tweede lid is niet van toepassing indien de aanvrager:

- 1° weet of moest weten dat hij geen recht heeft of meer heeft op het gehele bedrag van een uitkering;
- 2° niet alle toelichtingen heeft gegeven die voortvloeien uit zijn vroegere verplichtingen of die bij een wettelijke, decretale of reglementaire bepaling worden voorgeschreven.

Art. 47 – Intrekking van beslissingen en herziening van beslissingen

Onverminderd de toepasselijke verjaringsbepalingen kan de Regering - binnen de termijn waarbinnen bij het bevoegde rechtscollege een rechtsvordering kan worden ingesteld of verzet kan worden aangetekend of, wanneer al een rechtsvordering is ingesteld of al verzet is aangetekend, tot de sluiting van de debatten - haar beslissing intrekken en een nieuwe beslissing nemen indien:

- 1° op de datum waarop de uitkering is ingegaan, het recht door een wettelijke, decreta-

le of reglementaire bepaling is gewijzigd;

2° een nieuw feit of nieuw bewijsmateriaal dat uitwerkingen heeft op de rechten van de verzoeker, tijdens het geding wordt ingeroepen.

Afdeling 4 – Uitbetaling

Art. 48 – Nadere regels voor de uitbetaling

§ 1 – Met inachtneming van artikel 42 geschiedt de uitbetaling van de gezinsbijslagen in de loop van de maand die volgt op de maand waarop die gezinsbijslagen betrekking hebben.

Opdat de uitbetaling van de gezinsbijslagen niet onderbroken of vertraagd wordt, kan de Regering de vooruitbetaling van de gezinsbijslagen en de regularisatie van de rekeningen voorzien.

De Regering bepaalt de datum waarop de gezinsbijslagen worden uitbetaald.

§ 2 – De gezinsbijslagen worden betaald per overschrijving op een rekening van de bijslagtrekkende bij een kredietinstelling zoals gedefinieerd in artikel 1 van de wet van 22 maart 1993 op het statuut van en het toezicht op de kredietinstellingen. De Regering kan nadere regels voor de uitbetaling bepalen die daarvan afwijken.

Bij de rekening vermeld in het eerste lid gaat het om een rekening die geopend werd op naam van de bijslagtrekkende of op naam van de bijslagtrekkende en een andere persoon.

Art. 49 – Specifieke nadere regels voor de uitbetaling

In afwijking van artikel 48, § 1, gelden de volgende specifieke nadere regels voor de uitbetaling:

1° in het geval vermeld in artikel 26, § 2, tweede lid, worden geen gezinsbijslagen uitbetaald als de overheid ten laste van wie het kind geplaatst is, de Duitstalige Gemeenschap is;

2° de uitbetaling van de geboortepremie vermeld in artikel 28 kan al vanaf de zesde maand van de zwangerschap aangevraagd worden. Als de toekomstige moeder op dat ogenblik haar woonplaats in het Duitse taalgebied heeft, kan de geboortepremie twee maanden voor de vermoedelijke geboortedatum die vermeld staat op het geneeskundig getuigschrift dat bij de aanvraag is gevoegd, vooraf uitbetaald worden. De Regering bepaalt de aanvraagprocedure.

In afwijking van artikel 48, § 2, worden de uitkeringen gestort op de rekening van de persoon die de gezinsbijslagen ontvangt op grond van een gerechtelijk vonnis dat niet met toepassing van artikel 53 werd gewezen. De uitbetaling op de rekening van die persoon heeft geen invloed op de hoedanigheid van de oorspronkelijke bijslagtrekkende.

Art. 50 – Te late uitbetaling

Indien de gezinsbijslagen niet vanaf het in artikel 48 voorgeschreven tijdstip worden betaald, stelt de Regering de aanvrager daarvan in kennis, met vermelding van de redenen van de vertraging, onverminderd het recht van de aanvrager om de zaak voor de bevoegde rechtscolleges te brengen.

Zolang de betaling niet is gedaan, wordt de aanvrager om de vier maanden over de redenen van die vertraging ingelicht.

Art. 51 – Opschorting van betaling

Onverminderd het recht op terugvordering vermeld in artikel 55 kan de betaling opgeschort worden als er ernstige en eensluidende aanwijzingen zijn dat de door de aanvrager meegedeelde informatie om gezinsbijslagen te krijgen, gebaseerd zijn op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen of vals zijn. De betaling kan opgeschort worden tot de verdenking niet meer bestaat en dit hoogstens zes maanden, één keer hernieuwbaar.

Art. 52 – Verrekening met buitenlandse gezinsbijslagen

Onverminderd de in het Duitse taalgebied geldende bepalingen van de internationale verdragen en Europese verordeningen over de sociale zekerheid wordt het bedrag van de gezinsbijslagen verminderd met het bedrag van soortgelijke uitkeringen waarop aanspraak kan worden gemaakt voor een kind met toepassing van andere buitenlandse wettelijke of reglementaire bepalingen of op grond van regels die van toepassing zijn op het personeel van een volkenrechtelijke instelling, zelfs als de toekenning van die uitkeringen krachtens de voormelde bepalingen en regels als een aanvulling op de met toepassing van dit decreet toegekende gezinsbijslagen wordt beschouwd.

Die aftrek wordt niet toegepast wanneer voor een kind recht bestaat op soortgelijke uitkeringen op grond van de statutaire bepalingen die van toepassing zijn op ambtenaren en andere personeelsleden van de Europese Unie.

De Regering bepaalt:

1° het voorlopig uit te betalen verschilbedrag van de gezinsbijslagen voor de gevallen waarin het bedrag van de buitenlandse gezinsbijslagen nog niet bekend is;

2° de volkenrechtelijke instellingen waarvan de statutaire bepalingen die van toepassing zijn op hun personeel gelijkgesteld worden met de statutaire bepalingen vermeld in het tweede lid.

Art. 53 – Verzet tegen de uitbetaling aan de bijslagtrekkende

Zo het belang van het kind dit vereist, kan het meerderjarige kind, elke ouder, de adoptant, de pleegvoogd, de toeziende voogd, de curator, de bewindvoerder of de sociaal verzekerde, naargelang het geval, overeenkomstig artikel 572bis, 8° en 14°, van het Gerechtelijk Wetboek, verzet aantekenen tegen de uitbetaling aan de bijslagtrekkende bedoeld in artikel 26.

Art. 54 – Overschrijding van de termijn waarbinnen een beslissing wordt genomen

Indien de beslissing vermeld in artikel 42 door toedoen van de Regering niet wordt genomen binnen de in dat artikel gestelde termijn, brengen de uitkeringen van rechtswege interest op voor de bijslaggerechtigde aanvrager en dit ten laatste vanaf het verstrijken van de termijn waarbinnen een beslissing moet worden genomen en ten vroegste vanaf de datum van opeisbaarheid van die interest. Het toepasselijke tarief bedraagt zeven procent per jaar op de verschuldigde uitkeringen.

De van rechtswege verschuldigde interesten vermeld in het eerste lid zijn niet verschuldigd op het verschil tussen enerzijds het bedrag van de vooruitbetalingen die gedaan zijn omdat de Regering nog niet over de noodzakelijke informatie beschikte om een defini-

tieve beslissing te kunnen nemen en anderzijds het bedrag dat voortvloeit uit de definitieve beslissing, indien die vooruitbetalingen overeenstemmen met negentig procent of meer van het bedrag dat op basis van de definitieve beslissing verschuldigd is.

De interesten vermeld in het eerste lid zijn niet verschuldigd indien vooruitbetalingen zijn gedaan en de definitieve beslissing afhangt van inlichtingen die meegedeeld moeten worden door de aanvrager zelf of door een instelling die onder een andere territoriale entiteit ressorteert.

Afdeling 5 – Terugvordering

Art. 55 – Voorwaarden

De Regering vordert gezinsbijslagen geheel of gedeeltelijk terug indien blijkt dat die onverschuldigd betaald zijn. Uitkeringen gelden als onverschuldigd betaald indien:

1° de informatie die tot de toekenning van de uitkeringen geleid heeft, frauduleus of vals is;

2° de bijslagtrekkende op grond van dit decreet uitkeringen heeft ontvangen, hoewel dit decreet niet of niet langer op hem van toepassing is.

Art. 56 – Procedure

Met inachtneming van artikel 1410, § 4, van het Gerechtelijk Wetboek geschiedt de terugvordering van de gezinsbijslagen door inhouding op later verschuldigde uitkeringen. Indien geen uitkeringen meer verschuldigd zijn, maant de Regering de bijslagtrekkende aan om de onverschuldigd betaalde uitkeringen terug te betalen.

Indien de bedragen niet overeenkomstig het eerste lid teruggevorderd konden worden, stelt de Regering een rechtsgeding tegen de bijslagtrekkende in om de bedragen terug te vorderen.

De Regering bepaalt:

1° de nadere regels omtrent de aanmaning tot terugbetaling;

2° de nadere regels en termijnen voor het instellen van het rechtsgeding.

Art. 57 – Afstand

§ 1 – Indien de terugvordering van onverschuldigd betaalde sommen technisch onmogelijk blijkt, kan de Regering in de door haar bepaalde gevallen van de terugvordering afzien.

§ 2 – Indien de terugvordering van de onverschuldigd betaalde sommen te duur blijkt in verhouding tot het bedrag van de in te vorderen sommen, kan de Regering, binnen de door haar bepaalde perken, hetzij afzien van de mogelijkheid om een rechtsgeding in te stellen om die sommen terug te vorderen, hetzij afzien van een gedwongen tenuitvoerlegging van de terugvordering van die sommen.

De Regering kan, binnen de door haar bepaalde perken, afzien van de terugvordering van geringe sommen als die sommen niet teruggevorderd kunnen worden via inhouding op later verschuldigde uitkeringen.

§ 3 – De Regering kan om sociale redenen geheel of gedeeltelijk afzien van de terug-

vordering indien:

- 1° de aanvrager daartoe een aanvraag indient;
- 2° de onverschuldigd betaalde som niet gebaseerd is op arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen of op een fout van de aanvrager vermeld in artikel 46, derde lid;
- 3° het beschikbare gezinsinkomen van de aanvrager een bepaald plafond niet overschrijdt. De Regering bepaalt het plafond en de manier waarop de naleving van die voorwaarde wordt nagegaan.

In afwijking van het eerste lid kan de Regering in door haar bepaalde schrijnende situaties geheel of gedeeltelijk afzien van de terugvordering indien de voorwaarde vermeld in het eerste lid, 3°, niet vervuld is.

§ 4 – Behalve in geval van bedrog, arglist of bedrieglijke handelingen worden onverschuldigd betaalde bedragen van ambtswege niet teruggevorderd indien de persoon aan wie ze betaald zijn, gestorven is en de terugvordering op het ogenblik van het overlijden nog niet ter kennis was gebracht van betrokkene.

Art. 58 – Interest

Onverschuldigd betaalde uitkeringen brengen van rechtswege interest op vanaf de betaling, indien de onverschuldigde betaling het gevolg is van arglist, bedrog of bedrieglijke handelingen van de aanvrager. Het toepasselijke tarief bedraagt zeven procent per jaar op de onverschuldigd betaalde uitkeringen.

Afdeling 6 - Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens

Art. 59 - Vertrouwelijkheid

Onverminderd bijzondere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen moeten de Regering en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 60 – Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 – Onverminderd artikel 61 is de Regering de verantwoordelijke voor de verwerking van persoonsgegevens vermeld in deze afdeling in de zin van artikel 1, § 4, van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

§ 2 – De Regering verwerkt persoonsgegevens om de in dit decreet vastgelegde opdrachten uit te voeren. Zij mag de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van die opdrachten gebruiken.

De Regering bepaalt de nadere regels en raamvoorwaarden voor de uitvoering van de opdrachten vermeld in deze afdeling, met inbegrip van eventuele procedurebepalingen.

§ 3 – Het verwerken van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

Art. 61 – Verwerking van gezondheidsgegevens

Het verwerken van gegevens over de gezondheid geschiedt met inachtneming van het medisch geheim en met inachtneming van de wet van 22 augustus 2002 betreffende de rechten van de patiënt.

Art. 62 – Gegevenscategorieën

De Regering kan alle overeenkomstig artikel 60, § 2, toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verwerken:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens van de aanvrager, van het kind, van de bij-slagtrekkende, van de sociaal verzekerde en van de gezinsleden;

2° gegevens over het schoolbezoek of, naargelang van het geval, de opleiding van het kind;

3° gegevens over de beroepssituatie van de personen vermeld in 1°;

4° gegevens over de gezinssituatie van de personen vermeld in 1°;

5° gegevens over de sociale en financiële situatie van de personen vermeld in 1°;

6° gegevens over de lichamelijke en psychische gezondheid van het kind;

7° gevoelige gegevens van de gebruiker vermeld in artikel 6 van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens;

8° gerechtelijke gegevens over de personen vermeld in 1°.

Art. 63 – Gebruik van gegevens voor onderzoek en statistieken

Voor het uitvoeren van analyses en statistieken in verband met de toepassing van dit decreet werkt de Regering principieel met anonieme gegevens.

Indien de analyses en statistieken niet volledig kunnen worden uitgevoerd met de anonieme gegevens vermeld in het eerste lid, dan mogen gecodeerde persoonsgegevens gebruikt worden.

Indien de analyses en statistieken niet volledig kunnen worden uitgevoerd met de gecodeerde persoonsgegevens vermeld in het tweede lid, dan mogen niet-gecodeerde persoonsgegevens gebruikt worden.

Voor de toepassing van het tweede en het derde lid vermeldt de Regering in de 'aangifte betreffende de verwerking' waarom de verwerking van anonieme resp. gecodeerde persoonsgegevens niet de mogelijkheid biedt om de analyses en statistieken vermeld in het eerste resp. het tweede lid uit te voeren.

Art. 64 – Duur van de gegevensverwerking

De gegevens mogen niet langer dan noodzakelijk is voor de verwezenlijking van de doeleinden waarvoor ze verwerkt worden in een vorm bewaard worden die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren. Onverminderd de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

HOOFDSTUK 6 – CONTROLEBEPALINGEN, STRAFBEPALINGEN EN VERJARINGSBEPALINGEN

Afdeling 1 - Controle

Art. 65 – Inspecteurs

De Regering wijst de inspecteurs aan die bevoegd zijn om de naleving van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan te bewaken en de overtredingen vermeld in de artikelen 68 tot 70 op te sporen en bij proces-verbaal vast te stellen. Voor de uitoefening van die activiteiten kan ze hen de hoedanigheid van officier van gerechtelijke politie toekennen.

Art. 66 – Bevoegdheden van de inspecteurs

Overtredingen van de bepalingen van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan worden opgespoord en vastgesteld overeenkomstig het Sociaal Strafwetboek.

Onverminderd de plichten en bevoegdheden van andere officieren van gerechtelijke politie die op grond van andere rechtsvoorschriften aangewezen zijn, beschikken de inspecteurs over de bevoegdheden vermeld in de artikelen 23 tot 39 van het Sociaal Strafwetboek indien ze van ambtswege of op verzoek optreden in het kader van hun informatieopdracht, adviesopdracht en toezichthoudende opdracht met het oog op de naleving van de bepalingen van dit decreet en de uitvoeringsbesluiten ervan.

Art. 67 – Bescherming van de persoonlijke levenssfeer

Onverminderd de bepalingen vastgelegd in hoofdstuk 5, afdeling 6, zijn de inspecteurs ertoe verplicht de nodige maatregelen te nemen om het vertrouwelijke karakter van de persoonsgegevens waarvan ze in het kader van de uitoefening van hun ambt kennis hebben gekregen, te waarborgen. Ze waarborgen ook dat die gegevens alleen worden gebruikt voor doeleinden die voor de uitoefening van hun toezichthoudende opdracht noodzakelijk zijn.

Afdeling 2 – Strafbepalingen

Art. 68 – Valsheid en gebruik van valse stukken

Wordt gestraft met een gevangenisstraf van zes maanden tot drie jaar en met een strafrechtelijke geldboete van 600 tot 6.000 euro of met één van die straffen of met een administratieve geldboete van 300 tot 3.000 euro eenieder die, met het oogmerk ten onrechte de uitbetaling van de gezinsbijslagen te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden:

1° valsheid in geschrifte heeft gepleegd, hetzij door valse handtekeningen, hetzij door namaking of vervalsing van geschriften of handtekeningen, hetzij door overeenkomsten, beschikkingen, verbintenissen of schuldbevrijdingen valselijk op te maken of in een akte in te voegen, hetzij door toevoeging of vervalsing van bedingen, verklaringen of feiten die deze akte ten doel had op te nemen of vast te stellen;

2° zich bediend heeft van een valse akte of een vals stuk;

3° valsheid heeft gepleegd, door gegevens die worden opgeslagen, verwerkt of overgedragen door middel van een informaticasysteem, in te brengen in een informaticasysteem, te wijzigen of te wissen, of met enig ander technologisch middel de mogelijke aanwending van gegevens in een informaticasysteem te veranderen, waardoor de juridische draagwijdte van dergelijke gegevens verandert;

4° gebruik heeft gemaakt van die gegevens, terwijl hij weet dat de aldus verkregen gegevens vals zijn.

Art. 69 – Onjuiste of onvolledige verklaringen

Wordt gestraft overeenkomstig artikel 68 eenieder die wetens en willens:

1° een onjuiste of onvolledige verklaring heeft afgelegd om ten onrechte de uitbetaling van de gezinsbijslagen te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden;

2° heeft nagelaten of geweigerd om een verplichte verklaring af te leggen of de inlichtingen te verstrekken die hij gehouden is te verstrekken om ten onrechte de uitbetaling van de gezinsbijslagen te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden;

3° ingevolge een verklaring bedoeld in 1°, het nalaten of het weigeren om een verklaring af te leggen of inlichtingen te verstrekken bedoeld in 2°, of een akte bedoeld in artikel 68, een gezinsbijslag heeft ontvangen waarop hij geen aanspraak had of waarop hij slechts gedeeltelijk aanspraak had.

Art. 70 – Oplichting

Overeenkomstig artikel 68 wordt gestraft, eenieder die, met het oogmerk ten onrechte de uitbetaling van de gezinsbijslagen te bekomen of te doen bekomen, te behouden of te doen behouden, gebruik heeft gemaakt van valse namen, valse hoedanigheden of valse adressen, of enige andere bedrieglijke handeling aangewend heeft om te doen geloven aan het bestaan van een valse persoon, een valse onderneming, of enige andere fictieve gebeurtenis of om op andere wijze misbruik te maken van het vertrouwen.

Art. 71 – Opdecienen

De opdecienen bedoeld in artikel 1, eerste lid, van de wet van 5 maart 1952 betreffende de opdecienen op strafrechtelijke geldboeten zijn van toepassing op de administratieve geldboeten bedoeld in deze afdeling.

In geval van een administratieve geldboete maakt de Regering in haar beslissing melding van de vermenigvuldiging ingevolge de voormelde wet van 5 maart 1952 en vermeldt het getal dat het gevolg is van deze verhoging.

Art. 72 – De op de bestraffing van overtredingen toepasselijke regels

Op de bestraffing van de overtredingen vermeld in deze afdeling zijn de bepalingen van boek I, titel 6, hoofdstukken 3 en 4, van het Sociaal Strafwetboek van toepassing.

Afdeling 3 – Verjaring

Art. 73 – Verjaringstermijn voor de invordering van gezinsbijslagen

§ 1 – Aanvragen en rechtsvorderingen van personen aan wie gezinsbijslagen verschuldigd zijn of uitbetaald moeten worden, worden binnen de vijf jaar ingediend resp. ingesteld.

Voor de kinderbijslag gaat die termijn in op de eerste dag van de maand die volgt op de maand waarin het recht geopend wordt.

Voor de geboortepremie gaat de termijn in op de dag van de geboorte.

Voor adoptiepremies gaat de termijn in op de dag waarop het verzoekschrift dat de wil uitdrukt om te adopteren wordt ingediend bij de bevoegde rechtbank, of, bij gebrek aan een verzoekschrift, op de dag waarop de adoptieakte is ondertekend; indien echter het betrokken kind op die dag nog niet dezelfde woonplaats had als de adoptant, gaat de termijn in op de dag waarop het kind dezelfde woonplaats heeft als de adoptant.

§ 2 – Onverminderd de oorzaken vermeld in het Burgerlijk Wetboek wordt de verjaring ook gestuit door een eis of een klacht, bij gewone brief, fax of elektronische post verzonden naar de Regering of door de neerlegging van een dergelijke eis of klacht bij de Regering. De stuiting gebeurt op de datum van het aangetekend schrijven, waarvoor de postdatum als bewijs geldt, of, bij gebrek daaraan, op de datum van het ontvangstbewijs dat door de Regering wordt afgegeven aan de persoon die de uitkeringen aanvraagt of aanspraak op de uitkeringen maakt.

De stuiting is vijf jaar geldig. Ze kan verlengd worden.

Art. 74 – Verjaringstermijn voor de terugvordering van gezinsbijslagen

De terugvordering van onverschuldigd betaalde uitkeringen kan niet geëist worden na verloop van een termijn van drie jaar te rekenen vanaf de datum waarop de uitbetaling is geschied.

Onverminderd de oorzaken vermeld in het Burgerlijk Wetboek wordt de verjaring ook gestuit door de terugvordering van onverschuldigd betaalde sommen die aangetekend ter kennis wordt gebracht van de schuldenaar.

In afwijking van het eerste lid wordt de verjaringstermijn op vijf jaar gebracht als de onverschuldigd betaalde uitkeringen verkregen werden door bedrieglijke handelingen of door valse of opzettelijk onvolledige verklaringen.

HOOFDSTUK 7 - RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

Art. 75 – Oprichting

Er wordt een Raad voor Gezinsbijslagen opgericht.

Art. 76 – Taken

De Raad heeft tot taak:

- 1° adviezen te verstrekken op eigen initiatief of op verzoek van de Regering;
- 2° de ontwikkelingen op het gebied van gezinsbijslagen in het binnen- en het buitenland te volgen;
- 3° voorstellen uit te werken om de gezinsbijslagen te optimaliseren;
- 4° te onderzoeken welke invloed de gezinsbijslagen hebben op de situatie van de gezinnen en in het bijzonder op de kinderarmoede.

De Regering vraagt het advies van de Raad over elk voorontwerp van decreet of besluit dat betrekking heeft op de gezinsbijslagen. De Raad verstrekt het advies binnen een termijn van 30 dagen na ontvangst van de aanvraag. Die termijn wordt van rechtswege verlengd met vijftien dagen indien hij tussen 1 juli en 31 augustus begint te lopen of verstrijkt. Na het verstrijken van die termijn kan de Regering het ontwerp zonder advies goedkeuren. Indien de Raad zijn advies over een voorontwerp van decreet binnen de ge-

stelde termijn verstrekt, dient de Regering het samen met het ontwerp van decreet in bij het Parlement.

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap kan door bemiddeling van zijn voorzitter een advies aanvragen bij de Raad. De Raad bezorgt dat advies aan de aanvrager binnen een door het Parlement gestelde termijn.

Art. 77 – Samenstelling

§ 1 – De volgende leden van de Raad zijn stemgerechtigd:

1° zes vertegenwoordigers van de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap, onder wie drie vertegenwoordigers van de representatieve werknemersorganisaties en drie vertegenwoordigers van de interprofessionele werkgeversorganisaties die in de Duitstalige Gemeenschap gevestigd zijn;

2° drie vertegenwoordigers van de organisaties die de belangen van de gezinnen in de Duitstalige Gemeenschap verdedigen.

De volgende leden van de Raad hebben een raadgevende stem:

1° één vertegenwoordiger van de minister bevoegd voor de gezinsbijslagen;

2° één vertegenwoordiger van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

3° één vertegenwoordiger van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

De Regering stelt de notulen van de vergaderingen van de Raad op.

§ 2 – De Raad kiest uit zijn stemgerechtigde leden, voor de duur van het mandaat, een voorzitter en een plaatsvervangend voorzitter.

§ 3 – De Regering wijst de leden van de Raad aan en wijst voor elk van hen een plaatsvervangend lid aan.

De leden vermeld in § 1, eerste lid, worden aangewezen op de voordracht van de betreffende organisaties die in de Raad vertegenwoordigd zijn. Het lid vermeld in § 1, tweede lid, 3°, wordt aangewezen op de voordracht van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Het mandaat van de leden duurt vijf jaar en kan worden verlengd.

Op verzoek van de betreffende organisatie kan de Regering het mandaat van een lid vroegtijdig beëindigen en een nieuw lid aanwijzen dat het mandaat van zijn voorganger voortzet.

Art. 78 – Werkwijze

§ 1 – De eerste vergadering van de Raad vindt ten laatste twee maanden na de aanwijzing van de leden ervan plaats.

Binnen twee maanden na deze eerste vergadering neemt de Raad een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dat huishoudelijk reglement regelt de details van de werkwijze van de Raad.

§ 2 – De beslissingen van de Raad worden genomen bij meerderheid van stemmen, uitgebracht door de aanwezige leden. De Raad kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten

wanneer minstens de helft van de leden, onder wie minstens één vertegenwoordiger van elke organisatie vermeld in artikel 77, § 1, eerste lid, aanwezig is.

Indien de Raad niet rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, roept de voorzitter een tweede vergadering bijeen waarop de Raad rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, ongeacht de voorwaarden vermeld in het eerste lid.

§ 3 – Om zijn taken te vervullen, kan de Raad deskundigen op de vergaderingen uitnodigen die met raadgevende stem aan de vergaderingen deelnemen. Bovendien kan de Raad werkgroepen oprichten.

Art. 79 – Rapportering

Op het einde van het kalenderjaar maakt de Raad een verslag over de activiteiten van het afgelopen jaar op en zendt dat gelijktijdig toe aan het Parlement en aan de Regering.

Art. 80 – Vergoedingen

De stemgerechtigde leden van de Raad en de deskundigen die met toepassing van artikel 78, § 3, de vergaderingen bijwonen, hebben recht op presentiegelden en reiskostenvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

HOOFDSTUK 8 – VARIA

Art. 81 – Ondersteuning bij meerlingengeboorten

De Regering kan onder de door haar vastgestelde voorwaarden ondersteuning bij meerlingengeboorten toekennen aan personen die met de opvoeding van minstens drie kinderen jonger dan drie jaar belast zijn indien:

- 1° die kinderen dezelfde woonplaats in het Duitse taalgebied hebben;
- 2° het leeftijdsverschil tussen die drie kinderen minder dan 18 maanden bedraagt.

Die ondersteuning bij meerlingengeboorten kan zowel in de vorm van financiële ondersteuning geschieden als in de vorm van een volledige of gedeeltelijke overname van de kosten van dienstprestaties.

HOOFDSTUK 9 – SLOTBEPALINGEN

Afdeling 1 – Wijzigingsbepalingen

Art. 82 – Wijzigingsbepaling

Artikel 15, c), van de samengeordende wetten van 5 oktober 1948 op de vergoedingspensioenen, gewijzigd bij de wetten van 11 juli 1973, 17 juli 1975 en 7 juni 1989, wordt opgeheven.

Art. 83 – Wijzigingsbepaling

In artikel 1 van de wet van 9 juli 1951 houdende vergoeding ten behoeve van de gezinnen van soldijtrekkende militairen, gewijzigd bij de wet van 13 juli 1970, worden de woorden “aanvullende kinderbijslag en geboortevergoeding” opgeheven.

Art. 84 – Wijzigingsbepaling

In artikel 2 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 13 juli 1970, worden de woorden “aanvullende kinderbijslag en geboortevergoeding” opgeheven.

Art. 85 – Wijzigingsbepaling

Hoofdstuk III van dezelfde wet, dat de artikelen 22 tot 26 omvat, gewijzigd bij de wetten van 13 juli 1970 en 17 oktober 1986, wordt opgeheven.

Art. 86 – Wijzigingsbepaling

Hoofdstuk IV van dezelfde wet, dat de artikelen 30 tot 33 omvat, gewijzigd bij de wetten van 13 juli 1970 en 17 oktober 1986, wordt opgeheven.

Art. 87 – Wijzigingsbepaling

In artikel 41 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 13 juli 1970, 17 oktober 1986 en 22 december 1989, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

- 1° in het opschrift boven artikel 41 worden de woorden “en de bijslagen” opgeheven en in § 1, eerste lid, worden de woorden “en de aanvullende kinderbijslag” opgeheven;
- 2° in § 4 worden de woorden “en de aanvullende kinderbijslag” opgeheven;
- 3° in § 6, eerste lid, worden de woorden “en de aanvullende kinderbijslag, met uitzondering van de geboortevergoedingen” opgeheven.

Art. 88 – Wijzigingsbepaling

Artikel 6, § 4, van de wet van 15 maart 1954 betreffende de herstelpensioenen voor de burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940-1945 en hun rechthebbenden, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 18 mei 1989, wordt opgeheven.

Art. 89 – Wijzigingsbepaling

Artikel 14, § 1, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 23 december 1970, wordt opgeheven.

Art. 90 – Wijzigingsbepaling

Artikel 14bis van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 23 december 1970, en artikel 18 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 27 mei 1969, worden opgeheven.

Art. 91 – Wijzigingsbepaling

In artikel 15, § 3, van de wet van 28 april 1958 betreffende het pensioen van het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden, gewijzigd bij de wet van 27 december 2006, worden de woorden “, alsmede kinderbijslag en kraamgeld indien zij geen aanspraak kunnen maken op deze gezinsbijslag ten laste van het bijzonder kinderbijslagfonds bedoeld in artikel 32 van de samengeordende wetten van 19 december 1939 betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders” opgeheven.

Art. 92 – Wijzigingsbepaling

In artikel 572bis van het Gerechtelijk Wetboek van 10 oktober 1967, ingevoegd bij de

wet van 30 juli 2013 en gewijzigd bij de wet van 8 mei 2014, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 8° wordt vervangen als volgt:

"8° geschillen met betrekking tot het aanwijzen van de bijslagtrekkende(n) van de gezinsbijslagen, alsook geschillen over aanvragen en verzet tegen de uitbetaling van gezinsbijslagen aan de bijslagtrekkende, tenzij de zaak is doorverwezen naar de jeugdrechtbank krachtens artikel 29 van de wet van 8 april 1965 betreffende de jeugdbescherming, het ten laste nemen van minderjarigen die een als misdrijf omschreven feit hebben gepleegd en het herstel van de door dit feit veroorzaakte schade;"

2° de bepaling onder 14° wordt vervangen als volgt:

"14° geschillen tussen bijslagtrekkenden van gezinsbijslagen en de instelling die belast is met de toepassing van het decreet van *** betreffende de gezinsbijslagen wat de rechten en plichten van de bijslagtrekkenden, de sociaal verzekerden en het kind betreft en wat de rechtsvorderingen over de terugvordering van gezinsbijslagen betreft; de familierechtbank past de strafbepalingen toe bepaald in hoofdstuk 6, afdeling 2, van het voormelde decreet."

3° de bepaling onder 15° wordt opgeheven.

Art. 93 – Wijzigingsbepaling

In artikel 580 van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 20 juli 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 1° wordt het woord "gezinsbijslag" opgeheven;

2° in de bepaling onder 8° wordt de bepaling onder b) opgeheven.

Art. 94 – Wijzigingsbepaling

In artikel 581 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij de wet van 30 juni 1978, wordt het woord "gezinsbijslag" in de bepaling onder 1° opgeheven.

Art. 95 – Wijzigingsbepaling

In artikel 594 van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 25 december 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 8° wordt opgeheven;

2° de bepaling onder 9° wordt opgeheven.

Art. 96 – Wijzigingsbepaling

Artikel 6 van de wet van 29 juni 1981 houdende de algemene beginselen van de sociale zekerheid voor werknemers wordt opgeheven.

Art. 97 – Wijzigingsbepaling

Artikel 21, § 1, 6°, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 8 augustus 1997 en 24 december 2002, wordt opgeheven.

Art. 98 – Wijzigingsbepaling

In artikel 37quater, § 1, van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 27 december 2006, worden de woorden "en de gezinsbijslag" opgeheven.

Art. 99 – Wijzigingsbepaling

Artikel 6bis, § 2, van het decreet van 9 mei 1988 betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 19 april 2010, wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° overname van financiële tegemoetkomingen met toepassing van de artikelen 33.1 en 33.2 van het decreet van 18 mei 2008 over de Jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming."

Art. 100 – Wijzigingsbepaling

Artikel 33 van de programmawet van 20 juli 2006, gewijzigd bij de wet van 28 juni 2013, wordt opgeheven.

Art. 101 – Wijzigingsbepaling

Artikel 162, eerste lid, 2°, van het Sociaal Strafwetboek, vervangen bij de wet van 25 april 2014, wordt opgeheven.

Art. 102 – Wijzigingsbepaling

In artikel 163, eerste lid, 1°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden " , met de wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, gecoördineerd op 19 december 1939," opgeheven.

Art. 103 – Wijzigingsbepaling

Artikel 219, eerste lid, 1°, a), van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 104 – Wijzigingsbepaling

Artikel 223, § 2, van hetzelfde Wetboek wordt opgeheven.

Art. 105 – Wijzigingsbepaling

In hoofdstuk IV van het decreet van 19 mei 2008 over de Jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming, gewijzigd bij het decreet van 25 februari 2013, wordt tussen de afdelingen 9 en 10 een afdeling 9.1 ingevoegd, die de artikelen 33.1 en 33.2 omvat, luidende:

"Afdeling 9.1 – Financiële tegemoetkoming

Art. 33.1 – De Regering kan, onder de door haar vastgestelde voorwaarden, een tegemoetkoming toekennen aan de jongeren die zich in het kader van dit decreet in een pleeggezin of in residentiële begeleiding bevinden en dit voor de duur van hun uithuisplaatsing, om de integratie van die jongeren bij het bereiken van de meerderjarigheid te bevorderen.

Art. 33.2 – De Regering kan, onder de door haar vastgestelde voorwaarden, zo nodig een tegemoetkoming toekennen aan de biologische ouders van jongeren die zich in het kader van dit decreet in een pleeggezin of in residentiële begeleiding bevinden, om de contacten met hun kinderen te bevorderen."

Art. 106 – Wijzigingsbepaling

In artikel 3 van het koninklijk besluit van 21 mei 1964 tot coördinatie van de wetten betreffende het personeel in Afrika, gewijzigd bij de wet van 22 juli 1969, worden het achtste lid, het negende lid en het twaalfde lid opgeheven.

Art. 107 – Wijzigingsbepaling

In artikel 25, § 1, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij de wet van 22 juli 1969, worden het eerste lid, het tweede lid en het vierde lid opgeheven.

Afdeling 2 - Opheffingsbepalingen

Art. 108 – Opheffingsbepaling

Volgende regelingen worden opgeheven:

1° de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939, laatstelijk gewijzigd bij het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016;

2° de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag, laatstelijk gewijzigd bij het samenwerkingsakkoord van 17 juni 2016;

3° het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot uitvoering van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag, laatstelijk gewijzigd bij het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016;

4° het koninklijk besluit van 26 oktober 2004 tot uitvoering van de artikelen 42bis en 56, § 2, van de Algemene kinderbijslagwet, laatstelijk gewijzigd bij het samenwerkingsakkoord van 14 juli 2016;

5° het koninklijk besluit van 20 juli 2006 tot verhoging van de leeftijdstoelagen bedoeld in de artikelen 44 en 44bis van de samengeordende wetten betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders, en tot wijziging van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot uitvoering van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag;

6° het besluit van de Regering van 28 oktober 2016 tot oprichting van een Raad voor Gezinsbijslagen.

Afdeling 3 – Overgangsbepalingen

Art. 109 – Overgangsbepaling

§ 1 – Voor alle kinderen voor wie de volgende uitkeringen voor december 2018 aan dezelfde persoon betaald worden, wordt een bedrag berekend dat is samengesteld uit de som:

1° van de maandelijkse bijslagen vermeld in de artikelen 40 en 50bis van de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939;

2° van de bijslagen vermeld in de artikelen 41, 42bis, 44, 44ter en 50ter van de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939;

3° van de gezinsbijslagen vermeld in artikel 1, negende lid, 1°, 2°, en 7°, van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag;

4° van de 'forfaitaire bijzondere bijslag' toegekend krachtens artikel 10, § 3, van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag;

5° van de bijslagen vermeld in de bepalingen onder 1° en 2°, als die werden toegekend met toepassing van artikel 15, c), van de samengeordende wetten van 5 oktober 1948 op de vergoedingspensioenen;

6° van de bijslag vermeld in artikel 23 van de wet van 9 juli 1951 houdende vergoeding ten behoeve van de gezinnen van soldijtrekkende militairen;

7° van de vergoedingen vermeld in artikel 6, § 4, en artikel 14, § 1, van de wet van 15 maart 1954 betreffende de herstelpensioenen voor de burgerlijke slachtoffers van de oorlog 1940-1945 en hun rechthebbenden;

8° van de kinderbijslag toegekend krachtens artikel 15, § 3, van de wet van 28 april 1958 betreffende het pensioen van het personeel van zekere organismen van openbaar nut alsmede van hun rechthebbenden;

9° van de uitkeringen toegekend krachtens artikel 3, achtste lid, van het koninklijk besluit van 21 mei 1964 tot coördinatie van de wetten betreffende het personeel in Afrika;

10° van de bijslagen vermeld in de bepalingen onder 1° en 2°, wanneer die toegekend werden met toepassing van het koninklijk besluit van 26 maart 1965 betreffende de kinderbijslag voor bepaalde categorieën van het door de Staat bezoldigd personeel alsmede voor de personeelsleden van het operationeel kader en van het administratief en logistiek kader van de korpsen van de lokale politie.

Indien de uitkeringen vermeld in het eerste lid met toepassing van artikel 70 van de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939 aan verscheidene personen worden betaald, wordt het bedrag voor alle kinderen bepaald voor wie het saldo vermeld in artikel 70 van die wet voor december 2018 aan dezelfde persoon betaald worden.

§ 2 – Het bedrag bepaald overeenkomstig § 1 wordt uitbetaald aan de bijslagtrekkende of bijslagtrekkenden van de kinderbijslag bepaald overeenkomstig artikel 26.

Dat bedrag is niet onderworpen aan de regels omtrent de ontwikkeling bepaald in artikel 36.

Dat bedrag wordt betaald in de plaats van de uitkeringen vermeld in de artikelen 8, 17, 19 en 23 tot zich een van de volgende situaties voordoet:

1° de som van de uitkeringen vermeld in de artikelen 8, 17, 19 en 23 waarop de kinderen vermeld in § 1 recht hebben, is voordeliger dan het bedrag bepaald in § 1;

2° de kinderbijslag wordt niet meer betaald voor alle kinderen voor wie het bedrag vermeld in § 1 berekend werd of wordt niet meer alleen voor die kinderen aan dezelfde bijslagtrekkende betaald;

3° de overlevende ouder van het kind dat recht heeft op de bijslag vermeld in artikel 50bis van de Algemene Kinderbijslagwet van 19 december 1939 huwt of legt een verklaring van wettelijke samenwoning af.

Zodra een van de situaties vermeld in het derde lid zich voordoet, worden de uitkeringen vermeld in de artikelen 8, 17, 19 en 23 uitbetaald overeenkomstig de nadere regels bepaald in dit decreet.

Voor de toepassing van het derde lid, 2°:

1° geldt, indien artikel 26, § 2, van toepassing is, alleen de persoon vermeld in artikel 26, § 2, 1°, als bijslagtrekkende;

2° wordt geen rekening gehouden met de kinderen voor wie overeenkomstig artikel 112 een bedrag bepaald werd.

Art. 110 – Overgangsbepaling

De kinderen die op 31 december 2018 lessen of opleidingsleergangen volgen zoals bedoeld in de artikelen 1, 2, 3 of 4 van het koninklijk besluit van 10 augustus 2005 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat onderwijs volgt of een vorming doorloopt, die op 1 januari 2019 niet meer als opleiding in de zin van artikel 9, § 3, gelden, worden bij wijze van overgangsregeling wel als

een opleiding in de zin van artikel 9, § 3, beschouwd.

De overgangsregeling vermeld in het eerste lid is geldig voor de periode waarin het kind op 31 december 2018 ingeschreven is voor de lessen of opleidingsleergangen vermeld in de artikelen 1, 2, 3 of 4 van het koninklijk besluit van 10 augustus 2005 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder kinderbijslag wordt verleend ten behoeve van het kind dat onderwijs volgt of een vorming doorloopt en hoogstens tot 30 september 2019.

Art. 111 – Overgangsbepaling

Voor kinderen die op 31 december 2018 alleen krachtens artikel 1 van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet recht op kinderbijslag hebben, gaat de overeenkomstig artikel 10 bepaalde periode van twaalf maanden in op de dag dat ze krachtens artikel 1, § 2, van dat koninklijk besluit recht op kinderbijslag hadden.

De periode vermeld in het eerste lid wordt verlengd met de periode waarvoor het recht op kinderbijslag vóór 1 januari 2019 verlengd werd overeenkomstig artikel 4, § 1, of artikel 4, §1/2, van het koninklijk besluit van 12 augustus 1985 tot uitvoering van artikel 62, § 5, van de Algemene kinderbijslagwet.

Art. 112 – Overgangsbepaling

§ 1 – In afwijking van artikel 109 wordt voor de kinderen die in december 2018 kinderbijslag ontvangen krachtens artikel 63 van de Algemene kinderbijslagwet, zoals gewijzigd op 28 december 1990, een bedrag berekend dat is samengesteld uit de som:

1° van de maandelijkse bijlagen vermeld in artikel 40 van de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939;

2° van de bijslag vermeld in artikel 44bis van de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939, zoals gewijzigd op 30 juli 2013.

§ 2 – Het bedrag berekend overeenkomstig § 1 wordt uitbetaald aan de bijslagtrekkende van de kinderbijslag bepaald overeenkomstig artikel 26 zolang het kind op grond van een samenwerkingsakkoord onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteert.

Het bedrag berekend overeenkomstig § 1 is niet onderworpen aan de regels omtrent de ontwikkeling bepaald in artikel 36.

Art. 113 – Overgangsbepaling

De Raad voor Gezinsbijslagen opgericht bij artikel 75 is de rechtsopvolger van de Raad opgericht bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2016 tot oprichting van een Raad voor Gezinsbijslagen.

De aangewezen leden en plaatsvervangende leden van de Raad opgericht bij het voormelde besluit van 28 oktober 2016 blijven tot het einde van hun oorspronkelijke mandaat de aangewezen leden en plaatsvervangende leden van de Raad opgericht bij artikel 75.

Art. 114 – Overgangsbepaling

Indien de invoering van artikel 26 zou leiden tot het bepalen van een andere bijslagtrekkende dan de persoon die de kinderbijslag voor december 2018 ontvangt, blijft die persoon de bijslagtrekkende tot zich één van de volgende gebeurtenissen voordoet:

- 1° de bijslagtrekkende wijzigt zijn woonplaats;
- 2° één van de kinderen voor wie de bijslagtrekkende kinderbijslag ontvangt, wijzigt zijn woonplaats;
- 3° voor één van de kinderen voor wie de bijslagtrekkende kinderbijslag ontvangt, wordt geen kinderbijslag meer betaald;
- 4° een bijkomend kind dat dezelfde woonplaats als de bijslagtrekkende of als één van de kinderen heeft, heeft recht op kinderbijslag.

Voor de toepassing van het eerste lid geldt, indien artikel 70 van de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939 van toepassing is voor december 2018, de persoon bepaald in artikel 70, eerste lid, 2°, van die wet als de persoon die de kinderbijslag voor december 2018 ontvangt.

Art. 115 – Overgangsbepaling

In afwijking van artikel 3, 5°, gelden als gezinsleden alle personen voor wie de sociaal verzekerde krachtens de Algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939 op 31 december 2018 het recht op de uitkeringen vermeld in artikel 109, § 1, opende, tot:

- 1° zich één van de situaties voordoet vermeld in artikel 109, § 2, derde lid, 2° of 3°;
- 2° de beroepssituatie van de sociaal verzekerde zo wijzigt dat hij het recht zou openen op een andere grond in de zin van artikel 68 van de Verordening nr. 883/2004 (EG) van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2004 betreffende de coördinatie van de socialezekerheidsstelsels.

Zodra zich één van de situaties vermeld in het eerste lid voordoet, gelden alleen nog de personen vermeld in artikel 3, 5°, als gezinsleden.

Afdeling 4 – Inwerkingtreding

Art. 116 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2019.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS